



# MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Genderverhalten der österreichischen Politik anhand von  
Nationalratssitzungen von 23.10.2019–23.10.2024.

verfasst von | submitted by

Emelie Greimel BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree  
programme code as it appears on the  
student record sheet:

UA 066 817

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree  
programme as it appears on the student  
record sheet:

Masterstudium Deutsche Philologie

Betreut von | Supervisor:

ao. Univ.-Prof. tit. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Ernst

## **Danksagung**

An dieser Stelle bedanke ich mich bei all jenen, die mich während der Erstellung dieser Masterarbeit sowie im Verlauf meiner Ausbildung unterstützt und begleitet haben.

Mein besonderer Dank gilt meinem Betreuer ao. Univ.-Prof. tit. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Ernst, für seine Geduld, seine wertvollen Hinweise und die hilfreiche Unterstützung während des gesamten Arbeitsprozesses.

Zudem bedanke ich mich bei der Parlamentsdirektion des Parlaments in Wien für die raschen und hilfreichen Antworten auf meine Anfragen per E-Mail.

Ein ganz persönlicher Dank gilt meinem Mann Jakob, der mich während der Analysephase mit großem Interesse begleitet hat, sei es durch seine Hilfe, durch unsere teilweisen hitzigen Diskussionen über das Geschehen oder durch viele anregende Gespräche während und nach der Auswertung.

Schließlich danke ich auch meiner Familie, insbesondere meiner Schwester Laura, die mich während der gesamten Zeit stets unterstützt hat.

# Inhaltsverzeichnis

|                                                                      |           |
|----------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1. Einleitung.....</b>                                            | <b>1</b>  |
| <b>2. Forschungsstand.....</b>                                       | <b>5</b>  |
| <b>3. Theorie Teil.....</b>                                          | <b>7</b>  |
| 3.1 Genderlinguistik.....                                            | 7         |
| 3.2 Geschichte der linguistischen Genderforschung.....               | 10        |
| 3.3 Geschichte der linguistischen Genderforschung in Österreich..... | 11        |
| 3.4 Frauenbewegungen in Österreich.....                              | 12        |
| 3.5 Anti-Gender-Diskurs .....                                        | 13        |
| 3.6 Genderdebatten in Österreich .....                               | 17        |
| 3.7 Gendern – wozu und wie? .....                                    | 25        |
| 3.8 Doing-Gender .....                                               | 28        |
| 3.9 Sprache und Macht in der Politik .....                           | 29        |
| 3.10 Gegenwärtige Leitlinien .....                                   | 32        |
| 3.11 Gendern im deutschsprachigen Raum.....                          | 36        |
| 3.12 Der österreichische Nationalrat.....                            | 40        |
| <b>4. Empirischer Teil.....</b>                                      | <b>43</b> |
| <b>4.1 Methodik.....</b>                                             | <b>43</b> |
| 4.1.1 Inhaltsanalyse.....                                            | 43        |
| 4.1.2 Forschungsdesign .....                                         | 44        |
| 4.1.2.1 Forschungsfragen und Hypothesen .....                        | 46        |
| 4.1.2.2 Untersuchungszeitraum .....                                  | 47        |
| 4.1.2.3 Untersuchungsmaterial.....                                   | 48        |
| 4.1.2.4 Analyseeinheit .....                                         | 48        |

|                                            |            |
|--------------------------------------------|------------|
| 4.1.2.5 Festlegung der Kategorien .....    | 48         |
| 4.1.2.6 Probecodierung .....               | 51         |
| <b>4.2 Darstellung der Ergebnisse.....</b> | <b>52</b>  |
| 4.2.1 ÖVP .....                            | 61         |
| 4.2.2 SPÖ.....                             | 63         |
| 4.2.3 FPÖ .....                            | 64         |
| 4.2.4 Die Grünen.....                      | 66         |
| 4.2.5 NEOS .....                           | 67         |
| <b>4.3 Diskussion der Ergebnisse .....</b> | <b>69</b>  |
| 4.3.1 Forschungsfrage 1 .....              | 69         |
| 4.3.2 Forschungsfrage 2 .....              | 78         |
| 4.3.3 Inhaltlich relevant .....            | 84         |
| <b>4.4 Ausblick.....</b>                   | <b>90</b>  |
| <b>5. Literaturverzeichnis.....</b>        | <b>95</b>  |
| Primärquelle.....                          | 95         |
| Sekundärliteratur .....                    | 95         |
| <b>6. Anhang.....</b>                      | <b>101</b> |
| 6.1 Codebuch.....                          | 101        |
| 6.2 Auswertungen .....                     | 105        |
| 6.2.1 2019 – 2024.....                     | 105        |
| 6.2.2 2019 .....                           | 106        |
| 6.2.3 2020 .....                           | 107        |
| 6.2.4 2021 .....                           | 108        |
| 6.2.5 2022 .....                           | 110        |

|                         |            |
|-------------------------|------------|
| 6.2.6 2023.....         | 111        |
| 6.2.7 2024.....         | 112        |
| 6.3 Mail Parlament..... | 114        |
| <b>7. Abstract.....</b> | <b>120</b> |

## **Abbildungsverzeichnis**

**Abbildung 1:** Anteil aller Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten.

**Abbildung 2:** Anteil der gegenderten Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten, Zeitverlauf.

**Abbildung 3:** Anteil der gegenderten Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten.

**Abbildung 4:** Anteil der gegenderten Substantive insgesamt, Zeitverlauf.

**Abbildung 5:** Anteil der gegenderten Substantive nach Parteien, Zeitverlauf.

**Abbildung 6:** Anteil der Substantive im Gesamtverhältnis nach Parteien.

**Abbildung 7:** Anteil der gegenderten Substantive innerhalb der Parteien, Zeitverlauf.

**Abbildung 8:** Anteil der gegenderten Substantive innerhalb der Parteien.

**Abbildung 9:** Anteil der gegenderten Substantive der ÖVP.

**Abbildung 10:** Anteil der gegenderten Substantive der SPÖ.

**Abbildung 11:** Anteil der gegenderten Substantive der FPÖ.

**Abbildung 12:** Anteil der gegenderten Substantive der Grünen.

**Abbildung 13:** Anteil der gegenderten Substantive der NEOS.

Alle in dieser Arbeit enthaltenen Abbildungen wurden von der Autorin selbst erstellt.

## **Tabellenverzeichnis**

**Tabelle 1:** Untersuchte Nationalratssitzungen.

**Tabelle 2:** Variablen der Kategorie B1.

**Tabelle 3:** Absolute Zahlen der Stichprobe.

**Tabelle 4:** Absolute Zahlen Kategorie B1.

**Tabelle 5:** Inhaltlich relevante Aussagen.

# 1. Einleitung

Das generische Maskulinum ist nichts anderes als eine Gebrauchsgewohnheit. Es ist unpräzise, mehrdeutig und repräsentiert Frauen und Angehörige anderer Geschlechter als dem männlichen nicht in adäquater Weise.<sup>1</sup>

Die Frage nach geschlechtergerechter und geschlechtersensibler Sprache ist zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema geworden. In öffentlichen Diskursen, politischen Debatten sowie institutionellen Regelwerken wird das Gendern zunehmend diskutiert. Besonders die Politik nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein, da sie sowohl gesetzgeberisch tätig ist als auch durch die verwendete Sprache eine enorme symbolische Wirkung nach außen hat. Verfolgt man eine Nationalratssitzung, so wird man meistens mit „Liebe Bürgerinnen und Bürger“ begrüßt. In den meisten Fällen zumindest. Auch, wenn die Verwendung des generischen Maskulinums überwunden sein sollte, gibt es beispielsweise Mitglieder der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die nichts von einem gendersensiblen Sprachgebrauch wissen möchten. Sei es die, oftmals, bewusste Verwendung des generischen Maskulinums oder beispielsweise Fälle, wie die Begrüßung von Herrn Amesbauer (FPÖ) in der Nationalratssitzung vom 13.10.2022, in der die weiteren Geschlechtsangaben am Meldezettel ein Thema waren. Herr Amesbauer nimmt die Thematik nicht ernst und zieht das Gendern ins Lächerliche, indem er seine Begrüßung künstlich in die Länge zieht, unter anderem durch die Verwendung zahlreicher Synonyme: „[...] Sehr geehrter androgynen Mensch! Sehr geehrte Androgyn! Sehr geehrte Bigender! Sehr geehrte Frau-zu-Mann! Sehr geehrter Mann-zu-Frau! Sehr geehrte Gender-variabel! Sehr geehrte Genderqueer! [...]“<sup>2</sup> Dabei verwendet er nicht nur diskriminierende Begriffe für Menschen, die nicht in das binäre Geschlechtersystem passen, sondern beleidigt sie auch und zeigt damit deutlich mangelnden Respekt gegenüber diesen Menschen. Frau Brandstötter (NEOS) bringt es auf den Punkt, indem sie sagt: „Wer Antigendern sagt, sagt Antidiversität, sagt Antiinklusion, sagt Antifrauen; und wer Antigendern sagt, sagt auch, dass er Angst hat vor der Zukunft, vor Weiterentwicklungen unter anderem in der Sprache.“<sup>3</sup> Anhand

---

<sup>1</sup> Mag. Dr. Susanne Hochreiter im Gleichbehandlungsausschuss: Öffentliches Expert:innen-Hearing "antigendern Volksbegehren"

<sup>2</sup> Nationalratssitzung vom 13.10.2022, ein Auszug der Begrüßung von Herrn Amesbauer. Die ganze Begrüßung findet sich im empirischen Teil der Arbeit.

<sup>3</sup> Ebd.

dieser zwei Beispiele lässt sich schon ein erster Unterschied zwischen den Parteien erkennen.

Es sollte selbstverständlich sein, anzuerkennen, welche Bedeutung das Gendern hat sowie zu verstehen, dass es mehr als zwei natürliche Geschlechter gibt. Sprache ist zugleich Machtinstrument und ein emotionales Ausdrucksmittel.

Gegenstand dieser Arbeit ist die Untersuchung des Genderverhaltens österreichischer Politiker:innen in den Nationalratssitzungen der 27. Gesetzgebungsperiode (23.10.2019–23.10.2024) und wie sich dieses entwickelt hat. Ziel ist es, zu analysieren, ob und in welchem Ausmaß gendert wird, welche Genderformen bevorzugt verwendet werden und wie sich das Genderverhalten zwischen den Parteien unterscheidet.

Die empirische Analyse basiert auf einer Inhaltsanalyse, die sowohl qualitative als auch quantitative Elemente aufweist und zufällig ausgewählte Nationalratssitzungen aus dem Zeitraum 23.10.2019 bis 23.10.2024 für die Analyse heranzieht. Es wurde eine Stichprobe erstellt, in der 15 Sitzungen berücksichtigt wurden. Grundlage der Analyse sind die offiziellen stenographischen Protokolle sowie ergänzend verfügbare Videoaufzeichnungen des Parlaments. Das methodische Vorgehen folgt den Standards der empirischen Kommunikationsforschung, insbesondere der Inhaltsanalyse nach Rössler und Früh. Zur Sicherstellung von Objektivität und Nachvollziehbarkeit wurde ein standardisiertes Codebuch entwickelt.

Nach der Einleitung folgt ein umfassender Theorieteil, der die Entwicklung der Genderlinguistik im deutschsprachigen Raum, mit besonderem Fokus auf Österreich, behandelt. Es wird zunächst die geschichtliche Entwicklung der feministischen und linguistischen Genderforschung dargestellt, bevor zentrale Begriffe und Konzepte wie das generische Maskulinum, das generische Femininum, geschlechtergerechte Sprache und Doing-Gender vorgestellt werden. Anschließend wird auf die gesellschaftliche und politische Relevanz des Themas eingegangen. Dazu zählen unter anderem die Rolle der Frauenbewegung in Österreich, aktuelle politische Debatten über das Gendern (wie das „Anti-Gendern“-Volksbegehren oder der Gender-Erlass in Niederösterreich) sowie bestehende gesetzliche und sprachpolitische Leitlinien, etwa jene des Rats für



deutsche Rechtschreibung und des Bundeskanzleramts. Der darauf aufbauende empirische Teil widmet sich der Untersuchung des Genderverhaltens österreichischer Politiker:innen in den Plenarprotokollen des Nationalrates. Hier werden zunächst die Forschungsfragen und Hypothesen formuliert, gefolgt von einer Beschreibung des Forschungsdesigns und der Methodik. Insbesondere wird erläutert, wie die Sitzungen ausgewählt, codiert und ausgewertet wurden. Die Ergebnisse der Analyse werden strukturiert dargestellt und im Anschluss interpretiert.

Für die Analyse werden sowohl die Häufigkeit und Form des Genderns als auch mögliche parteipolitische oder zeitliche Unterschiede betrachtet. Dabei wird auch untersucht, ob ein Wandel im Sprachgebrauch erkennbar ist, etwa hin zu inklusiverer Sprache oder im Gegenteil eine Rückbesinnung auf traditionelle Formen wie das generische Maskulinum. Zunächst haben sich folgende Forschungsfragen ergeben:

**Forschungsfrage 1:** Wie hat sich das Genderverhalten der österreichischen Politiker:innen in den vergangenen Jahren (2019–2024) geändert?

H1: in Reden der FPÖ wird am wenigsten gegendert.

H2: in Reden der Grünen wird am meisten gegendert.

H3: 2024 wird mehr gegendert als 2019.

H4: es gibt Personen, die das Gendern strikt verweigern.

H5: weibliche Abgeordnete gendern mehr als männliche Abgeordnete.

**Forschungsfrage 2:** Welche Genderform wird bevorzugt verwendet?

H1: Das binäre Gendersystem wird häufiger angewendet als das geschlechtsneutrale Gendersystem.

H2: Die Wahl der Genderform hängt von der Parteizugehörigkeit der sprechenden Person ab.

Die vorliegende Masterarbeit leistet einen Beitrag zur Erforschung geschlechtersensibler Sprache im politischen Raum und widmet sich dabei einer bislang wenig untersuchten Textsorte: den Redebeiträgen aus Sitzungen des

österreichischen Nationalrates. Während sich die Genderlinguistik bereits intensiv mit geschlechtergerechter Sprache in Medien, Bildung und Verwaltung beschäftigt hat, bleibt der institutionalisierte Sprachgebrauch im parlamentarischen Kontext in Österreich weitgehend unbeleuchtet, insbesondere in quantitativer und qualitativer Hinsicht.<sup>4</sup>

Gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden öffentlichen Debatte über geschlechtergerechte Sprache, etwa im Rahmen des Anti-Gender-Volksbegehrens oder des Gender-Erlasses in Niederösterreich sowie angesichts der unterschiedlichen parteipolitischen Haltungen zum Gendern, erscheint eine wissenschaftliche Analyse der tatsächlichen Sprachpraxis von Abgeordneten besonders relevant. Politische Sprache ist niemals neutral: sie reflektiert, konstruiert und reproduziert Machtverhältnisse. Sprache wird hier nicht nur als Mittel der Repräsentation, sondern auch als Ausdruck politischer Haltung verstanden. Die Frage, wer gendert, wie gendert wird, und in welchen Kontexten, erlaubt Rückschlüsse auf politische Positionierungen sowie auf die symbolische Sichtbarkeit marginalisierter Gruppen im politischen Diskurs.

Während frühere Arbeiten vorrangig mündliche Debatten wie TV-Duelle oder Wahlkampfkommunikation im Fokus hatten, schließt diese Arbeit eine Forschungslücke, indem sie die politische Alltagssprache in einem formalisierten, institutionellen Rahmen untersucht. Darüber hinaus liefert sie einen Beitrag zur politolinguistischen Forschung, indem sie sprachliches Handeln im Spannungsfeld zwischen Norm, Praxis und gesellschaftlichem Wandel analysiert.

Im Rahmen dieser Arbeit wird der Gender-Doppelpunkt („Politiker:innen“) als Form geschlechtergerechter Sprache verwendet. Die Entscheidung ist zugleich ein Ausdruck der Überzeugung, dass Sprache ein zentrales Mittel zur Sichtbarmachung gesellschaftlicher Vielfalt ist.

---

<sup>4</sup> vgl. Eklaude 2024. URL: <https://www.uni-graz.at/de/neuigkeiten/wie-weiblich-sind-politiker-studie-zeigt-wirkung-von-geschlechtergerechter-sprache/> [Zugriff: 28.2.2026].

## 2. Forschungsstand

Zahlreiche Recherchen ergaben kein Ergebnis für Lektüre, Studien oder Untersuchungen zum Genderverhalten in der österreichischen Politik im Rahmen von Plenarsitzungen. Jedoch wurden zwei Studien gefunden, die sich einerseits mit dem Zusammenhang zwischen Geschlecht und Debattenkultur im Nationalrat und andererseits mit der Wirkung von geschlechtergerechter Sprache auseinandersetzt. Die erste Studie wird hier angeführt, da sie einerseits Inhalte von Reden der Nationalratssitzungen behandelt und andererseits Inhalte aus dem Unterkapitel „Doing-Gender“ repräsentiert und anschneidet. Die zweite Studie wurde ausgewählt, da sie zeigt, dass Frauen durch das generische Maskulinum gar nicht oder weniger repräsentiert sind.

2021 wurde eine Studie<sup>5</sup> von Marcelo Jenny veröffentlicht, die einen Zusammenhang zwischen Geschlecht und Debattenkultur im Nationalrat aufzeigt.<sup>6</sup> Als Datengrundlage dienten 50.000 Reden aus Nationalratssitzungen in den Gesetzgebungsperioden 1996 bis 2013.<sup>7</sup> Untersuchungsgegenstand dieser Studie war die „negative Sprache in parlamentarischen Reden“ sowie der Einfluss von Frauen auf die Tonalität der Sprache.<sup>8</sup> Drei aufgestellte Hypothesen wurden durch die Studie bestätigt: Weibliche Abgeordnete verwenden weniger negative Sprache als ihre männlichen Kollegen. Reden, die nach Frauen gehalten werden, sind in einem ruhigeren Tonfall. Die Anzahl der weiblichen Abgeordneten hat ebenfalls Auswirkungen auf die Sprache: Je mehr Frauen in einem parlamentarischen Klub sind, desto weniger negativ sprechen die männlichen Abgeordneten.<sup>9</sup>

Eine Studie der Universität Graz liefert aufschlussreiche Ergebnisse. Es gibt eine Wirkung von geschlechtergerechter Sprache: Weibliche Formen rufen Frauen eher ins Gedächtnis als männliche oder neutrale Formen.<sup>10</sup> Die über 2500

---

<sup>5</sup> *Negativity in Parliamentary Speeches*, 2021.

<sup>6</sup> Kepplinger-Prinz. URL: [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/archiv/j2021/193interview\\_marcelojenny](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/archiv/j2021/193interview_marcelojenny) [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>7</sup> vgl. Ebd.

<sup>8</sup> vgl. Ebd.

<sup>9</sup> Kepplinger-Prinz. URL: [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/in-einfacher-sprache/archiv/j2021/193interview\\_marcelojenny](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/in-einfacher-sprache/archiv/j2021/193interview_marcelojenny) [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>10</sup> Eklaude 2024. URL: <https://www.uni-graz.at/de/neuigkeiten/wie-weiblich-sind-politiker-studie-zeigt-wirkung-von-geschlechtergerechter-sprache/> [Zugriff: 28.2.2026].

Studienteilnehmer:innen erhielten unter anderem die Aufgabe, drei bekannte „Schauspieler“ zu nennen. Die Forscher:innen erhielten im Schnitt weniger als einen Frauennamen.<sup>11</sup> Die Teilnehmer:innen wurden nach drei „PolitikerInnen“ oder „Künstler\*innen“ gefragt und nannten bis zu 1,4 weibliche Vertreterinnen als Antwort.<sup>12</sup> Bei Aufgaben mit neutralen Formulierungen wie „Personen aus dem Sport“ lagen die Ergebnisse dazwischen.<sup>13</sup> Diese Untersuchung bestätigt somit, dass beim generischen Maskulinum an erster Stelle an Männer gedacht wird. Frauen werden durch Genderzeichen wie den Doppelpunkt oder den Gender Stern präsenter. Bei Formulierungen mit Binnen-I wurden die meisten weiblichen Vertreter:innen genannt, jedoch etwa so häufig wie Männer.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> vgl. Ebd.

<sup>12</sup> vgl. Ebd.

<sup>13</sup> vgl. Ebd.

<sup>14</sup> vgl. Ebd.

### **3. Theorie Teil**

Diese Masterarbeit basiert auf der Annahme, dass Sprache in der Politik nicht bloß als Mittel der Kommunikation dient, sondern als zentrales Instrument der Repräsentation, Machtausübung und Identitätskonstruktion wirkt. Gerade im Kontext geschlechtergerechter Sprache wird deutlich, wie sprachliche Entscheidungen politische Haltungen transportieren, gesellschaftliche Realitäten mitgestalten und soziale Gruppen sichtbar oder unsichtbar machen können. Insofern ist ein linguistischer Zugang zur Politik nicht nur legitim, sondern notwendig, um symbolische Prozesse in parlamentarischer Kommunikation zu analysieren.

#### **3.1 Genderlinguistik**

Als Genderlinguistik wird der Teilbereich der Linguistik bezeichnet, der sich mit der geschlechterbezogenen Untersuchung von Sprache befasst.<sup>15</sup> Im Zentrum steht die Frage, wie Frauen, Männer und weitere Geschlechtsidentitäten sprachlich repräsentiert werden, welche sprachlichen Mittel zur Darstellung von Geschlecht verwendet werden und welche gesellschaftlichen Folgen dies hat.<sup>16</sup> Ziel ist es, die sprachliche Konstruktion von Geschlecht sichtbar zu machen und damit auch den Zusammenhang zwischen Sprache, sozialer Realität und Machtstrukturen zu analysieren. Genderlinguistik versteht Sprache dabei nicht als neutrales Abbild gesellschaftlicher Wirklichkeit, sondern als aktiven Mitgestalter sozialer Kategorien. Sprache schafft also nicht nur eine sprachliche Repräsentation von Geschlecht, sondern trägt auch zur Stabilisierung oder Veränderung von Geschlechterrollen bei.<sup>17</sup> Ein zentrales Anliegen der Genderlinguistik ist es deshalb, Mechanismen von Ungleichheit im Sprachgebrauch offenzulegen und Alternativen zu entwickeln, die eine gleichberechtigte sprachliche Darstellung ermöglichen.<sup>18</sup> Thematisch deckt die Genderlinguistik verschiedene Ebenen ab: die sprachliche Repräsentation von Geschlecht in der Lexik und Morphologie (z. B. generisches Maskulinum, feminine Berufsbezeichnungen), die sprachliche Praxis in Kommunikation und Interaktion (z. B. Gesprächsstile von Frauen und Männern, Unterbrechungsverhalten), sowie die

---

<sup>15</sup> vgl. Kotthoff / Nübling 2018, S. 13.

<sup>16</sup> vgl. Ebd., S. 14.

<sup>17</sup> vgl. Günther/ Hüpper/ Spieß, 2012, S.3.

<sup>18</sup> vgl. Ebd., S.4.

gesellschaftspolitische Dimension (z. B. Debatten um geschlechtergerechte Sprache in Bildung, Politik und Verwaltung).<sup>19</sup> Damit nimmt die Genderlinguistik sowohl eine deskriptive Funktion ein, indem sie untersucht, wie Sprache in Bezug auf Geschlecht tatsächlich verwendet wird, als auch eine kritische und normative Funktion, indem sie Diskriminierungen sichtbar macht und sprachpolitische Empfehlungen erarbeitet. Ihr besonderes Merkmal liegt somit in der Verbindung von linguistischer Analyse und gesellschaftlicher Relevanz.

Ein weiterer zentraler Forschungsbereich innerhalb der Genderlinguistik beschäftigt sich mit der sprachlichen Konstruktion von Geschlechtsidentität.<sup>20</sup> Dabei wird davon ausgegangen, dass Geschlechtsidentität nicht isoliert entsteht, sondern eng mit sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden ist.<sup>21</sup> Sprachliche Handlungen stehen immer im Zusammenhang mit institutionellen Strukturen, gesellschaftlichen Normen sowie sozialen Erwartungen. Diese Faktoren beeinflussen, wie Geschlecht in Kommunikation hergestellt und interpretiert wird. Untersuchungen zeigen beispielsweise, dass Geschlechterrollen häufig durch alltägliche Interaktionen reproduziert werden und dabei sowohl bewusst als auch unbewusst stabilisiert werden können.<sup>22</sup>

Darüber hinaus wird in der Genderlinguistik betont, dass Geschlecht nicht als isolierte Kategorie betrachtet werden sollte.<sup>23</sup> Vielmehr steht es in enger Wechselwirkung mit anderen sozialen Faktoren wie sozialer Herkunft, Alter, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung. Diese Perspektive macht deutlich, dass Geschlechtsidentität stets im Zusammenspiel verschiedener sozialer Kategorien entsteht. Entsprechend werden in der Forschung zunehmend Analyseansätze verwendet, die mehrere Einflussfaktoren gleichzeitig berücksichtigen und Geschlecht als dynamischen und kontextabhängigen Prozess verstehen.<sup>24</sup>

---

<sup>19</sup> vgl. Ebd., S. 6.

<sup>20</sup> vgl. Ebd., S. 31.

<sup>21</sup> vgl. Ebd.

<sup>22</sup> vgl. Ebd., S. 31–32.

<sup>23</sup> vgl. Ebd.

<sup>24</sup> vgl. Ebd., S. 13.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft die Rolle gesellschaftlicher Leitbilder und sozialer Erwartungen bei der Entwicklung von Geschlechtsidentitäten. Studien zeigen, dass trotz eines gestiegenen Anspruchs auf Gleichberechtigung traditionelle Rollenbilder weiterhin eine große Bedeutung besitzen. So bestehen in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor Unterschiede zwischen den Geschlechtern, etwa im Hinblick auf Arbeitsteilung innerhalb von Familien oder berufliche Chancen.<sup>25</sup> Diese Diskrepanz zwischen egalitären Einstellungen und tatsächlichen gesellschaftlichen Strukturen beeinflusst auch die Entwicklung und Wahrnehmung von Geschlechtsidentitäten.<sup>26</sup>

In neueren Ansätzen der Genderlinguistik gewinnt zudem die sogenannte Queere Linguistik an Bedeutung. Dieser Forschungsansatz überträgt Fragestellungen der Queer Theory auf die Sprachwissenschaft und hinterfragt traditionelle Vorstellungen von festen Identitätskategorien.<sup>27</sup> Dabei wird insbesondere die Annahme kritisiert, dass Kategorien wie „männlich“, „weiblich“, „heterosexuell“ oder „homosexuell“ stabile und eindeutig definierbare Identitäten darstellen.<sup>28</sup> Stattdessen geht die Queere Linguistik davon aus, dass Identitäten in sozialen und sprachlichen Prozessen entstehen und sich je nach Kontext verändern können.<sup>29</sup>

Ein zentrales Anliegen der Queeren Linguistik ist daher die kritische Analyse gesellschaftlicher Normen, insbesondere der sogenannten Heteronormativität.<sup>30</sup> Darunter wird ein gesellschaftliches Ordnungssystem verstanden, das Heterosexualität als selbstverständlich und normativ voraussetzt.<sup>31</sup> Dieses System beeinflusst nicht nur Menschen mit nicht-heterosexuellen Identitäten, sondern prägt die Erwartungen und Handlungsweisen aller Mitglieder einer Gesellschaft. In der sprachwissenschaftlichen Forschung wird daher untersucht, wie solche Normen in

---

<sup>25</sup> vgl. Ebd., S. 36.

<sup>26</sup> vgl. Ebd., S. 39.

<sup>27</sup> vgl. Ebd., S. 87.

<sup>28</sup> vgl. Ebd., S. 89.

<sup>29</sup> vgl. Ebd.

<sup>30</sup> vgl. Ebd., S. 91.

<sup>31</sup> vgl. Ebd.

sprachlichen Praktiken sichtbar werden und wie sie in unterschiedlichen Kontexten reproduziert oder auch infrage gestellt werden können.<sup>32</sup>

Darüber hinaus untersucht die Queere Linguistik, wie Identitäten in konkreten sozialen Situationen sprachlich hergestellt werden. Dabei wird häufig mit dem Konzept sogenannter „communities of practice“ gearbeitet, also sozialer Gruppen, die durch gemeinsame Aktivitäten und Kommunikationspraktiken verbunden sind.<sup>33</sup> Innerhalb solcher Gruppen können sich unterschiedliche Formen der Identitätsdarstellung entwickeln, die je nach Kontext variieren. Diese Perspektive verdeutlicht, dass sprachliche Identitätskonstruktionen nicht statisch sind, sondern sich in verschiedenen sozialen Situationen unterschiedlich ausdrücken können.<sup>34</sup>

### **3.2 Geschichte der linguistischen Genderforschung**

Die Geschichte der linguistischen Genderforschung findet ihren Ursprung im 18. Jahrhundert, als die Französische Revolution zu einer größeren Aufmerksamkeit für die Gleichberechtigung der Geschlechter führte. Bei dieser „größeren Aufmerksamkeit“ handelt es sich jedoch um die ersten Schritte Richtung Gleichberechtigung und hat keineswegs etwas damit zu tun, was wir heutzutage unter Gleichberechtigung verstehen. Frauen hatten demnach kein Wahlrecht, keine Berufsfreiheit, keine Eigentumsrechte und keinen Zugang zu öffentlichen Ämtern<sup>35</sup>. Olympe de Gauges „Erklärung der Rechte der Frauen und Bürgerinnen“ von 1792 gilt als Grundlage für die Einführung des Frauenwahlrechtes in Europa.<sup>36</sup> In den folgenden Jahrhunderten intensivierte sich die Debatte sowohl in verschiedenen Ländern als auch in wissenschaftlichen Disziplinen. In der Linguistik begann die systematische Erforschung der geschlechtsspezifischen Aspekte von Sprache in den 1960er Jahren.<sup>37</sup> Dabei ging es zunächst um die Frage, wie Geschlechterrollen in der Sprache repräsentiert sind und welchen Einfluss das auf das Denken und Handeln hat. Erste

---

<sup>32</sup> vgl. Ebd., S. 97.

<sup>33</sup> vgl. Ebd., S. 106.

<sup>34</sup> vgl. Ebd., S. 101–104.

<sup>35</sup> vgl. ÖNB. URL: <https://www.onb.ac.at/mehr/ariadne-frauen-und-genderspezifisches-wissensportal/frauen-waehlet/frauenwahlrecht-in-europa/symbolfiguren-ohne-rechte-frankreich> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>36</sup> vgl. Ebd.

<sup>37</sup> vgl. Henigin 2016, S. 2–3.



Studien zum Zusammenhang von Patriarchat, Sprache und Diskurs entstanden zu Beginn der 1970er Jahre in den USA.<sup>38</sup> Unter anderem wurden linguistische Ansätze entwickelt, um die stereotype Darstellung von Frauen und Männern in der Sprache zu analysieren. Linguistinnen wie Deborah Tannen oder Robin Lakoff zeigten auf, dass Frauen häufig durch Sprachgebrauch marginalisiert werden (z.B. „verschwinden“ sie im generischen Maskulinum) und dass ihre Sprechweise häufig als weniger selbstbewusst wahrgenommen wird.<sup>39</sup> In den letzten Jahrzehnten wurde das Forschungsfeld um weitere Gebiete erweitert: die Analyse von Gender-Diskriminierung, Sprachpolitik, Sprachgebrauch in Medien und Werbung sowie künstlicher Intelligenz.<sup>40</sup> Die linguistische Genderforschung leistet einen großen Beitrag, das Bewusstsein für die Macht der Sprache in der Konstruktion von Geschlechterungleichheit zu erhöhen und die Notwendigkeit von geschlechtsneutraler Sprache zu betonen.

### **3.3 Geschichte der linguistischen Genderforschung in Österreich**

Die Geschlechterforschung in Österreich begann in den 1970er Jahren, als feministische Aktivist:innen begannen, die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern kritisch zu hinterfragen. Dabei ging es nicht nur um politische und soziale Aspekte wie die Gleichstellung von Frauen und Männern oder die Anerkennung von feministischen Anliegen, sondern auch um wissenschaftliche Fragen wie die Rolle von Frauen in der Gesellschaft oder die Struktur von Sprache und Kommunikation. Die linguistische Genderforschung in Österreich hat sich erst in den 1990er Jahren als eigenständiger Forschungszweig etabliert.<sup>41</sup> Dabei standen die Analyse der Rolle von Sprache bei der Konstruktion von Geschlecht und die Entwicklung gendergerechter Sprache im Fokus: Gabriela Christmann untersuchte die Auswirkungen von maskulinen Generika auf die Wahrnehmung von Frauen in Berufen und Positionen, die

---

<sup>38</sup> vgl. Kotthoff / Nübling 2018, S. 17.

<sup>39</sup> vgl. Ebd.

<sup>40</sup> Dazu gibt es einen Standard-Artikel: Raidl 2023. URL: <https://www.derstandard.at/story/2000143421145/kuenstliche-intelligenz-ist-haeufig-sexistisch-doch-was-hilft> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>41</sup> 1992 wurde der Antrag auf Errichtung einer Wiener Koordinationsstelle zur gezielten Förderung und Koordination von Frauenforschung im Akademischen Senat der Universität Wien einstimmig angenommen. 1993/1994 wurde diese dann gegründet (Universität Wien. URL: <https://gender.univie.ac.at/ueber-uns/geschichte-und-entwicklung/> [Zugriff: 28.2.2026].

klassischerweise als männlich konnotiert sind. Rudolf Muhr beschäftigte sich mit der Verwendung von gender-neutralen Ausdrücken in verschiedenen Sprachen und untersucht, wie diese sich auf die Sichtbarkeit und Repräsentation von Frauen auswirken. Elizabeth Zima erforscht die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache in der Politik und zeigt auf, welche Rolle Sprache bei der politischen Partizipation von Frauen und diversen Geschlechtern spielt. Heute ist die linguistische Genderforschung in Österreich ein etablierter Forschungsbereich, in dem immer neue Erkenntnisse über die Rolle von Sprache bei der Konstruktion von Geschlecht gewonnen werden. Ein wichtiger Ausdruck dieser Entwicklung ist die Verwendung von gendergerechter Sprache in vielen Forschungsprojekten, Politikbereichen und Medien. Seit dem Jahr 2018 existiert an der Universität Wien das neue interdisziplinäre Zentrum für Genderforschung, das einen umfassenden Überblick über die aktuellen Entwicklungen und neuen Ansätze in der Genderforschung gibt. Genderthemen bringen sich auch immer mehr in verschiedenen anderen Bereichen wie Politik, Bildung und Wissenschaft verstärkt ein und werden zunehmend als wichtiger Teil der gesellschaftlichen Debatte anerkannt.

### **3.4 Frauenbewegungen in Österreich**

Die Frauenbewegungen in Österreich tragen bei der Entwicklung der Genderforschung eine wichtige Rolle. Die Geschichte der Frauenbewegungen in Österreich geht zurück auf die späte Habsburgermonarchie und die Entstehung der ersten Frauenvereine am Ende des 19. Jahrhunderts. Die Begründerinnen der ersten Frauenvereine waren unter anderem Marianne Hainisch, Adelheid Popp, Auguste Fickert und Rosa Mayreder.<sup>42</sup> Einer der frühesten dieser Vereine war der 1885 gegründete „Allgemeine Österreichische Frauenverein“, der sich für die Verbesserung der Bildung und Ausbildung von Frauen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der öffentlichen Hygiene und Gesundheit engagierte.<sup>43</sup> Auch in den darauffolgenden Jahrzehnten entstanden zahlreiche Frauenvereine, die sich für die privaten und öffentlichen Angelegenheiten von Frauen einsetzten. Darunter der katholische Frauenbund, der 1902 gegründete Bund Österreichischer Frauenvereine und der

---

<sup>42</sup> vgl. Ertl 2012, S. 34–44.

<sup>43</sup> vgl. Ebd., S. 34–36.

Verband Österreichischer Akademikerinnen.<sup>44</sup> Mit der Ausrufung der Republik am 12. November 1918 wurde das Frauenwahlrecht verfassungsrechtlich verankert und Frauen bekamen das Recht auf Bildung und Ausbildung sowie das Recht auf Arbeit außerhalb des Haushalts.<sup>45</sup> Auch während des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit setzten sich Frauenorganisationen für die Rechte von Frauen ein, insbesondere für mehr Chancengleichheit im Bildungs- und Arbeitsbereich. In den 1960er und 1970er Jahren formierten sich die Frauenbewegungen in Österreich neu und kämpften für die rechtliche, sexuelle und soziale Selbstbestimmung von Frauen.<sup>46</sup> Die Forderungen umfassten die Abschaffung von Abtreibungsverboten, die Verbesserung der Familienpolitik sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.<sup>47</sup> In dieser Zeit entstanden viele feministische Gruppen und Frauenzentren. Seit den 1990er Jahren hat sich die Frauenbewegung in Österreich weiterentwickelt und engagiert sich insbesondere für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Förderung von Frauen in Führungspositionen und die Schließung des Gender-Pay-Gaps stehen weiterhin im Fokus der Frauenbewegungen in Österreich. Der Gender-Pay-Gap gibt an, um wie viel Prozent Frauen weniger verdienen als Männer. Im Jahr 2023 beispielsweise verdienten Frauen in Österreich 18,3 % weniger als Männer.<sup>48</sup> Einige weitere wichtige aktuelle Themen der Frauenbewegung sind die feministische Bildung, Frauen in der Politik, das Abtreibungsrecht, die Bekämpfung des Sexismus sowie Frauenrechte auf allen Kontinenten.<sup>49</sup>

### **3.5 Anti-Gender-Diskurs**

Neben der Frauenbewegung und Genderbefürworter:innen gibt es auch eine Anti-Gender-Bewegung. Als Antwort auf das Abschlussdokument der UN-Frauenkonferenz

---

<sup>44</sup> vgl. Ebd., S. 36, 47.

<sup>45</sup> vgl. Parlament Österreich. URL: <https://www.parlament.gv.at/verstehen/demokratie-wahlen/frauen-im-parlament/wahlrecht> [Zugriff: 28.2.2026]

<sup>46</sup> vgl. Samel 2000, S. 16.

<sup>47</sup> vgl. Ebd., S. 17.

<sup>48</sup> Statistik Austria. URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/einkommen> [Zugriff: 28.2.2026]

<sup>49</sup> vgl. Amnesty International. URL: <https://www.amnesty.at/themen/frauenrechte/frauenrechte-sind-menschenrechte/> [Zugriff: 28.2.2026]

1995 in Beijing rief der Vatikan die Anti-Gender-Bewegung ins Leben.<sup>50</sup> Jenes Dokument verschriftlichte erstmals Gender Mainstreaming und reproduktive Rechte für Frauen.<sup>51</sup> Der Vatikan spricht somit Frauen ihre reproduktiven Rechte ab und propagiert heterosexuelle Familien als einziges Lebensmodell.<sup>52</sup> Kurz danach, 1997, wurde als Reaktion auf die UN-Konferenzen in Beijing und Kairo der „World Congress of Families“ (WCF) in den USA gegründet.<sup>53</sup> Dabei handelt es sich um eine globale religiöse Organisation, die beim Kampf gegen Gender und für die Familie mitwirkt.<sup>54</sup> Weiter ging es in den 2000er Jahren mit Demonstrationen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe in Spanien. 2008 fand in Madrid und 2012 in Paris die erste Großdemonstration gegen die Ehe für alle statt. Daran waren christliche und rechte Personengruppen beteiligt.<sup>55</sup> In Österreich und Deutschland starteten die ersten Bewegungen zur selben Zeit.<sup>56</sup> 2009 publizierte der deutsche Journalist Volker Zastrow in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ den Artikel mit dem Titel „Gender Mainstreaming – die politische Geschlechtsumwandlung“.<sup>57</sup> 2006 veröffentlichte die deutsche Publizistin Gabriele Kuby ihr Buch mit dem Titel „Die Gender Revolution: Relativismus in Aktion“.<sup>58</sup> Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte der deutsche führende Vertreter der Männerrechtsbewegung Gerhard Amendt in der Tageszeitung „die Welt“ einen Artikel gegen Sexualitätserziehung und Gender Mainstreaming.<sup>59</sup> Seit den 2010er Jahren erscheinen vermehrt Beiträge, die dem Anti-Gender-Diskurs zugerechnet werden können.<sup>60</sup> 2013 veröffentlichte die deutsche Publizistin Birgit Kelle das, in der feministischen Community sehr umstrittene, Buch „Dann mach doch mal die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“. Darin kritisiert sie zentrale Gleichstellungs- und Genderkonzepte. Die Veröffentlichung verdeutlicht, dass Kritik an geschlechterpolitischen Maßnahmen nicht ausschließlich von männlichen Akteuren

---

<sup>50</sup> vgl. Paternotte 2015, S. 130.

<sup>51</sup> vgl. Sauer / Penz, 2015, S. 92–93.

<sup>52</sup> vgl. Case 2019, S.623 / Corredor 2019, S. 623.

<sup>53</sup> vgl. Kemper 2014, S. 21–24 / Stoeckl 2021, S. 223–226.

<sup>54</sup> vgl. Ebd.

<sup>55</sup> vgl. Kemper 2014, S.18.

<sup>56</sup> vgl. Mayer / Sauer 2017, S. 20.

<sup>57</sup> vgl. Sauer / Penz, 2015, S. 93.

<sup>58</sup> vgl. Ebd.

<sup>59</sup> vgl. Ebd., S. 93–94.

<sup>60</sup> vgl. Ebd.

ausgeht, sondern auch von Frauen vertreten wird. Dies zeigt die innergesellschaftliche und innergeschlechtliche Pluralität der Debatte. 2014 veröffentlicht der deutsch-türkische Schriftsteller Akif Pirinccis das Werk „Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer“.<sup>61</sup> Im selben Jahr fand in Stuttgart die erste „Demo für Alle“ statt, die sich gegen die Ehe für alle richtete.<sup>62</sup>

Der Beginn der Anti-Gender-Bewegung in Österreich, zumindest auf politischer Ebene, lässt sich auf das 2008 erschienene Buch „MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen“ der ehemaligen FPÖ-Nationalratsabgeordneten Barbara Rosenkranz zurückführen.<sup>63</sup> Kopf an Kopf kämpften die FPÖ und die einstige Partei Team Stronach im „Anti-Gender-Kampf“.<sup>64</sup> 2015 veröffentlichte die Partei Stronach einen Band mit dem Titel „Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft.“<sup>65</sup> Im späteren Verlauf findet auch die „Identitäre Bewegung Österreich“ (IBÖ) im Aktivismus gegen Homosexualität und Transgender ihren Platz.<sup>66</sup> Nach dem Verbot der IBÖ-Symbole entstand die Online-Plattform Patrioten in Bewegung, die rechte Aktivitäten mit Bezug auf einen „identitären Grundkonsens“ unterstützt und das Ziel der „Reconquista“ verfolgt.<sup>67</sup> Eine dokumentierte Anti-Gender-Aktion war die Störung der Pride Parade in Wien 2021. Auch die „Märsche fürs Leben“ fungieren in Österreich als Treffpunkt für rechte, konservative und katholische Anti-Gender-Akteur:innen, darunter Vertreter:innen von CitizenGo, der ÖVP und der IBÖ.<sup>68</sup> Im Juli 2014 richteten rund 800 prominente Persönlichkeiten aus Deutschland und Österreich einen Brief an die damaligen Minister Mitterlehner und Heinisch-Hosek, in dem sie sich gegen gendergerechte Sprache aussprachen. Zu den Unterzeichnenden gehörten unter anderem die Wiener Universitätsprofessoren Konrad Paul Liessmann, Autorin Chris Lohner und Peter

---

<sup>61</sup> vgl. Ebd., S. 94.

<sup>62</sup> vgl. Ebd.

<sup>63</sup> vgl. Ebd., S. 95.

<sup>64</sup> vgl. Ebd.

<sup>65</sup> vgl. Ebd.

<sup>66</sup> vgl. Ebd.

<sup>67</sup> vgl. Ebd., S. 96 (die Webseite <https://patrioten-in-bewegung.info/> existiert nicht mehr als solche.)

<sup>68</sup> vgl. Sulzbacher 2022: <https://www.derstandard.at/story/2000140015240/identitaere-oevp-politiker-und-gegenproteste-beim-marsch-der-abtreibungsgegner> [Zugriff: 28.2.2026].

Kampitz sowie der Direktor der Wiener Albertina, Klaus Albrecht Schröder.<sup>69</sup> Ein symbolischer Wendepunkt im österreichischen Diskurs war der Sieg von Conchita Wurst beim Eurovision Song Contest 2014. Die internationale Sichtbarkeit einer bärtigen Drag-Künstlerin wurde von rechten und konservativen Kräften als Beleg für eine vermeintliche „Umerziehung“ und moralische Dekadenz Europas interpretiert.<sup>70</sup> Der Sieg von Conchita Wurst beim Eurovision Song Contest 2014 markierte einen zentralen Kristallisationspunkt im österreichischen Anti-Gender-Diskurs.<sup>71</sup> Im selben Jahr wurde zudem der Life Ball mit einer nackten Trans\*Person beworben, was von FPÖ und IBÖ zum Anlass genommen wurde, ihr Kampfrepertoire gegen Homosexuelle und Trans\*Menschen zu erweitern.<sup>72</sup> Eine Publikation aus dem Verlag Frank&Frei<sup>73</sup> gegen Conchita Wurst, in der unter anderem Martin Lichtmesz und Andreas Unterberger Beiträge veröffentlichten, verstärkte diese Mobilisierung. Der Autor Werner Reichel argumentierte, die neuen Fans des ESC seien weniger an der Kunst interessiert, sondern wollten die Gesellschaft nach ihren „nicht mehrheitsfähigen Vorstellungen und Plänen verändern“.<sup>74</sup> Toleranz, Offenheit und Vielfalt seien dabei lediglich „Schlagworte und billige Vorwände“, hinter denen sich „krude und menschenfeindliche Gendertheorien“ verbärgen.<sup>75</sup>

Zusammenfassend zeigt sich, dass sich die Anti-Gender-Bewegung seit den 1990er-Jahren von einer kirchlichen Reaktion auf internationale Gleichstellungspolitik zu einem breit vernetzten politischen und gesellschaftlichen Netzwerk entwickelt hat. Religiöse Organisationen, konservative Intellektuelle, rechte Parteien und unterschiedliche zivilgesellschaftliche Gruppen wirken dabei zusammen und tragen den Diskurs in Medien, Publikationen und auf die Straße. Im Zentrum steht die Ablehnung von Gender Mainstreaming, reproduktiven Rechten und sexueller Vielfalt, die als Bedrohung traditioneller Familien- und Geschlechterordnungen dargestellt werden. Ereignisse wie Demonstrationen gegen die Ehe für alle oder der Sieg von

---

<sup>69</sup> vgl. Kurier 2014. URL: <https://kurier.at/politik/inland/offener-brief-deutliche-absage-ans-gendern/74.865.264> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>70</sup> vgl. Sauer / Penz, 2015, S. 102.

<sup>71</sup> vgl. Ebd.

<sup>72</sup> vgl. Götz 2019, S.126–128.

<sup>73</sup> Dies ist auch jener Verlag, der „Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft“ veröffentlichte.

<sup>74</sup> Reichel 2014, S. 7.

<sup>75</sup> Ebd.

Conchita Wurst beim Eurovision Song Contest fungieren dabei als symbolische Kristallisationspunkte, an denen sich grundlegende Konflikte um Identität, Moral und gesellschaftlichen Wandel verdichten. Die Anti-Gender-Bewegung ist somit nicht nur eine Gegenposition zur Frauen- und Gleichstellungsbewegung, sondern Teil eines umfassenderen kulturpolitischen Projekts, das gesellschaftliche Modernisierungsprozesse zurückweist und traditionelle Ordnungsmodelle verteidigt.

### **3.6 Genderdebatten in Österreich**

In den letzten Jahren haben feministische Bewegungen vermehrte Aufmerksamkeit auf Fragen der Geschlechtergerechtigkeit gelenkt und die Diskussion über Geschlechterrollen und -identitäten in der Gesellschaft angefacht. Ein wichtiger Fokus der Genderdebatte ist, wie schon im vorigen Kapitel erwähnt, die Aufmerksamkeit auf das Vorhandensein von Sexismus und Diskriminierung von Frauen und LGBTQIA+ Personen in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, von Politik über Arbeitsplatz bis hin zur popkulturellen Darstellung von Geschlecht. Die Themen rund um Gender spielen auch in politischen Diskussionen eine wichtige Rolle. So gibt es in der österreichischen Politik kontinuierliche Debatten über frauenpolitische Themen wie Entgeltgleichheit, Frauenförderung oder die Reform des Abtreibungsrechts. Eine kontroverse Gender-Debatte wurde auch über eine geplante Verankerung dieses Themas in der Verfassung und die damit einhergehende Einführung einer sogenannten „Gender-Quote“ in Parteien und öffentlichen Institutionen geführt. Die Debatte um Geschlechteridentität hat in Österreich zuletzt auch eine rechtliche Dimension erreicht, da seit 2018 das Geschlecht im Personalausweis auf Wunsch als divers angegeben werden kann. Dies wurde von LGBTIQ-Organisationen als wichtiger Schritt zur Anerkennung von Menschen mit nicht-binären Geschlechtsidentitäten gefordert. Diese Maßnahme wurde teilweise auf politischer Ebene bekämpft. In Österreich gibt es viele Debatten rund um Gender und Geschlechtergerechtigkeit, die in Politik und Gesellschaft immer wichtiger werden. Die Diskussionen und Konflikte zeigen, dass dieses Thema höchst brisant und polarisierend ist, aber auch zukunftsweisend, um eine humanere und gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Das fünfte der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung lautet: „Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen

und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“.<sup>76</sup> Die österreichische Regierung hat in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen gestartet, um Geschlechtergerechtigkeit und Diversität zu fördern:

Das Gleichbehandlungsgesetz: Dieses Gesetz soll Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, ethnischen Hintergrunds, der Religion oder sexuellen Orientierung verhindern. Es verbietet Diskriminierung bei der Arbeit, im Bildungssystem und in der öffentlichen Verwaltung.<sup>77</sup>

Kinderbetreuungsgeld Plus: Das Kinderbetreuungsgeld soll Eltern, die sich in der Karenz befinden, unterstützen. Mit diesem Programm sollen, insbesondere Väter, dazu ermutigt werden, sich an der Kinderbetreuung zu beteiligen. Väter bekommen mehr Geld, wenn sie sich mindestens zwei Monate um das Kind kümmern.<sup>78</sup>

Frauenquote: Die Regierung hat im Ministerratsbeschluss am 3. Juni 2020 beschlossen, dass der Frauenanteil in staatsnahen Unternehmen auf 40 % angehoben werden soll.<sup>79</sup>

Diversity-Management: In vielen Unternehmen und Behörden gibt es mittlerweile Diversity-Beauftragte, die sich um die Anliegen von Mitarbeiter:innen mit unterschiedlichen Hintergründen kümmern und Diskriminierung verhindern sollen. Die WKO Wien hat dafür einen Leitfaden für die Praxis erstellt.<sup>80</sup>

Jedoch gibt es nicht nur Förderungen von Seiten der Regierung, sondern auch Entwicklungen in die andere Richtung auf Landesebene. Im Sommer 2023 führte die

---

<sup>76</sup> Sdgwatch Austria. URL: <https://www.sdgwatch.at/de/ueber-sdgs/5-geschlechtergleichstellung/> [Zugriff: 28.2.2026]

<sup>77</sup> RIS. URL: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003395> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>78</sup> Bundesministerium. URL: [https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie\\_und\\_partnerschaft/geburt/3/2/3/2/Seite.080613.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie_und_partnerschaft/geburt/3/2/3/2/Seite.080613.html) [Zugriff: 22.03.2023]. Der Artikel existiert so nicht mehr. Das Kinderbetreuungsgeld wurde umbenannt in Familienbonus Plus: <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/arbeitsnehmerveranlagung/steuertarif-steuerabsetzbe-traege/familienbonus-plus.html> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>79</sup> Österreich.gv.at. URL: [https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente\\_und\\_recht/frauenfoerderung/Frauenfoerderung\\_in-Unternehmen.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/frauenfoerderung/Frauenfoerderung_in-Unternehmen.html) [Zugriff: 22.03.2023]. Diese Webseite wurde aktualisiert: [https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/gesetze\\_und\\_recht/frauenfoerderung-und-gleichbehandlung/Frauenfoerderung\\_in-Unternehmen](https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/gesetze_und_recht/frauenfoerderung-und-gleichbehandlung/Frauenfoerderung_in-Unternehmen) [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>80</sup> WKO Wien. URL: [https://www.wko.at/site/Charta-der-Vielfalt/Service/publikationen/Leitfaden\\_Diversity-Management-17-3-17.pdf](https://www.wko.at/site/Charta-der-Vielfalt/Service/publikationen/Leitfaden_Diversity-Management-17-3-17.pdf) [Zugriff: 28.2.2026]



schwarz-blaue Landesregierung in Niederösterreich einen verbindlichen Gender-Erlass ein, der ab dem 1. August 2023 in der Kanzleiordnung der Landesverwaltung gilt. Dieser Erlass schreibt vor, dass offizielle Schriftstücke dem amtlichen Regelwerk des Rates für deutsche Rechtschreibung folgen müssen und somit auf Genderstern, Binnen-I, Gender-Gap und Doppelpunkt verzichtet werden muss. Hingegen ist die Verwendung der Paarform („Politikerinnen und Politiker“) und geschlechtsneutraler Formulierungen verpflichtend. Bei Verstößen drohen laut Erlass disziplinarische Maßnahme, von Ermahnungen bis hin zu Geldstrafen.<sup>81</sup> Die Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) betont mehrmals, dass es sich hierbei nicht um ein „Gender-Verbot“ handelt. Vielmehr, so argumentiert Frau Mikl-Leitner, solle dieser Erlass Klarheit schaffen, da die „Vielzahl an Genderformen und -varianten für Verwirrung in der Anwendung sorgen“.<sup>82</sup> Mikl-Leitners Stellvertreter in der Landesregierung Niederösterreich Udo Landbauer (FPÖ) argumentiert: „Unsere Sprache ist keine ideologische Spielwiese für eine politisch motivierte Minderheit. Wir schieben dem Gender-Wahn einen Riegel vor und setzen damit einen Befreiungsschlag hin zur gewohnten Normalität.“<sup>83</sup> Der Gendererlass stößt bei Politiker:innen anderer Parteien auf Gegenwind.

Die Menschen in NÖ – und hier vor allem Frauen – kämpfen mit den Folgen der massiven Teuerung bei Lebensmittel und Mieten, und die schwarz-blaue Landesregierung hat nichts Besseres zu tun als Leitlinien für Publikationen des Landes zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache zu erarbeiten. Aber es handelt sich nicht um eine Ideologie, wenn man mit genauem Sprachgebrauch Frauen in ihrer gesellschaftlichen Rolle sichtbar macht. Das ist Gleichberechtigung.<sup>84</sup>

erklärt die ehemalige Bezirksvorsitzende Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ). Auch ihre Kollegin Brigit Wallner (SPÖ) äußert sich zu dem Gendererlass:

Sprache erzeugt Bilder - darum brauchen wir den geschlechtergerechten Sprachgebrauch auf Augenhöhe. Die Menschen in NÖ kämpfen täglich mit der massiven Teuerung bei Treibstoff, Lebensmittel und Mieten. Neue Leitlinien für Publikationen des Landes zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache zu erarbeiten und Frauen

---

<sup>81</sup> Novak, 4.7.2023: SP-Kritik an geplantem Gender-Erlass. URL: <https://www.tips.at/nachrichten/amstetten/wirtschaft-politik/610900-sp-kritik-an-geplantem-gender-erlass> [Zugriff: 28.2.2026]

<sup>82</sup> Vol.at 2023 URL: <https://www.vol.at/ab-august-in-niederosterreich-wer-gendert-zahlt-straft/8199319>. [Zugriff: 28.2.2026]

<sup>83</sup> Niederösterreichische Landesregierung 2023. URL: [https://www.noel.gv.at/noe/Niederosterreich legt\\_Gender-Regeln\\_in\\_Kanzleiordnung\\_fe.html](https://www.noel.gv.at/noe/Niederosterreich legt_Gender-Regeln_in_Kanzleiordnung_fe.html) [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>84</sup> SPÖ Niederösterreich 2023. URL: <https://noe.spoe.at/themen/news-detail/sp-kritik-an-geplantem-gender-erlass-von-ovpfp-1575> [Zugriff: 28.2.2026].

dadurch unsichtbar zu machen, wie von der FPÖ gefordert, werden nicht benötigt. Darum, her mit Maßnahmen gegen den Teuerungswahnsinn und Finger weg von geschlechtersensibler Sprache. Die Forderung der FPÖ ist nicht nur ein Angriff auf Frauen, nein, es ist auch ein Angriff auf nicht binäre Menschen.<sup>85</sup>

Diese Aussagen machen deutlich, dass der Gendererlass nicht nur eine sprachliche Richtlinie darstellt, sondern auch ein symbolpolitisches Signal ist, das tief in gesellschaftliche Machtverhältnisse und Fragen von Sichtbarkeit und Gleichstellung eingreift. Während Befürworter:innen den Erlass als Beitrag zu Klarheit und sprachlicher Einheitlichkeit interpretieren, kritisieren viele politische Stimmen, insbesondere weibliche Mandatarinnen, die Maßnahme als rückwärtsgewandten Eingriff in die Gleichstellungspolitik und als die nicht Berücksichtigung marginalisierter Gruppen. Der Diskurs um den Gendererlass in Niederösterreich zeigt exemplarisch, wie stark Sprache im politischen Raum ideologisch aufgeladen ist und wie sie als Mittel gesellschaftlicher In- oder Exklusion fungieren kann. Genau an dieser Schnittstelle zwischen sprachlicher Handlung und politischer Positionierung setzt auch die vorliegende Arbeit an, indem sie untersucht, wie Geschlecht durch Sprache im österreichischen Nationalrat verhandelt, sichtbar gemacht oder negiert wird. Der Genderdiskurs ist damit nicht nur ein Thema öffentlicher Verwaltung, sondern ein zentraler Bestandteil politischer Kommunikation – und ein Spiegel der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen rund um Gleichberechtigung und Identität.

Mit dem Gendererlass in Niederösterreich kam 2023 auch das „Anti-Gendern“-Volksbegehren. Das Volksbegehren in Österreich richtet sich gegen den verpflichtenden oder öffentlich geförderten Einsatz gendergerechter Sprache, insbesondere im öffentlichen Raum wie in Behörden, Schulen, Universitäten und Medien. Die Initiator:innen des Volksbegehrens fordern, dass bestimmte Genderzeichen, etwa das Gendersternchen (\*), der Unterstrich (̀) oder der Doppelpunkt (:), in amtlichen Texten sowie im Schulunterricht verboten werden. Inhaltlich wird gendergerechte Sprache in dem Volksbegehren als eine Verunstaltung der deutschen Sprache sowie als Ausdruck ideologischer Bevormundung kritisiert. Stattdessen plädieren die Unterzeichner:innen für eine Rückkehr zur traditionellen Grammatik und befürworten die Verwendung des generischen Maskulinums, also zum

---

<sup>85</sup> Ebd.

Beispiel den Begriff „Lehrer“ als allgemeine Bezeichnung für Menschen aller Geschlechter. Ziel des Volksbegehrens ist es, dass gendergerechte Sprache künftig nicht mehr gesetzlich oder administrativ vorgeschrieben oder staatlich gefördert wird. Es geht dabei jedoch nicht um ein generelles Verbot der Gendersprache im privaten Bereich, sondern explizit um deren Rolle und Förderung im öffentlichen und institutionellen Kontext. Eingereicht wurde das Volksbegehren im Jahr 2023 und es reiht sich ein in eine breitere gesellschaftliche und politische Debatte über Sprache, Identität und gesellschaftlichen Wandel. Um im Nationalrat behandelt zu werden, muss ein Volksbegehren mindestens 100.000 Unterschriften erlangen. Das „Anti-Gendern“-Volksbegehren erzielte 154.102 Unterschriften.<sup>86</sup> Da in der 252. Sitzung am 28.2.2024 die Minderheit für den „Gender-Stopp“ angestimmt hat, hat das Volksbegehren im Nationalrat nicht die nötige Zustimmung erhalten.<sup>87</sup> Für Befürworter:innen des Genderns stellt inklusive Sprache ein wichtiges Mittel für Gleichstellung dar, während Kritiker:innen, wie in diesem Fall, sie als Ausdruck einer übergriffigen „Sprachideologie“ sehen.

Das Hearing zu diesem Volksbegehren fand am 14.2.2024 statt.<sup>88</sup> Da es sich hierbei nicht um eine Nationalratssitzung, sondern um ein Hearing handelt, wird der Inhalt dieser Sitzung nicht im empirischen Teil der Arbeit behandelt. Die Gründe, die gegen bzw. für das Gendern sprechen, werden in diesem Hearing noch einmal deutlich. Zudem waren Frau Mag. Dr. Hochreiter der Universität Wien sowie Frau Dr. Krome, Geschäftsführerin des Rats für deutsche Rechtschreibung am Leibniz-Institut für deutsche Sprache in Mannheim, anwesend.

Zunächst sollen Aussagen von Herrn Mag. Stefan Grünberger, Initiator des Volksbegehrens, näher betrachtet werden:

---

<sup>86</sup> Bundesministerium für Inneres. URL: [https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren\\_der\\_XX\\_Gesetzgebungsperiode/anti-gendern-Volksbegehren/files/Broschuere\\_anti-gendern\\_E.pdf](https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren_der_XX_Gesetzgebungsperiode/anti-gendern-Volksbegehren/files/Broschuere_anti-gendern_E.pdf) [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>87</sup> Nationalratssitzung am 28.2.2024: [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/252/fnameorig\\_1660461.html#Seite\\_0184.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/252/fnameorig_1660461.html#Seite_0184.html) [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>88</sup> Bundesministerium für Inneres. URL: [https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren\\_der\\_XX\\_Gesetzgebungsperiode/anti-gendern-Volksbegehren/files/Broschuere\\_anti-gendern\\_E.pdf](https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren_der_XX_Gesetzgebungsperiode/anti-gendern-Volksbegehren/files/Broschuere_anti-gendern_E.pdf) [Zugriff: 28.2.2026].

Zunächst behauptet er:

„Der Hauptteil der Gendertragödie spielt sich ja darin ab, dass alle, die gendern, offensichtlich in der Schule im Deutschunterricht nicht anwesend waren oder schlicht nicht aufgepasst haben. Anscheinend ist das ein kollektives Versagen und eine Lernschwäche bei allen, die gendern. [...] Der Grundirrtum besteht beim gen. Mask. darin, das biologische Geschlecht mit der generischen grammatikalischen Form zu verwechseln.“<sup>89</sup>

Hier kann angemerkt werden, dass er von einer „Gendertragödie“ spricht. Herrn Mag. Grünberger fällt es sichtlich nicht leicht, neutral über das Gendern zu sprechen. Seine Behauptung, jene, die gendern, haben in der Schule nicht aufgepasst, zeigt eher eine trotzigke Sichtweise als eine datenbasierte Auseinandersetzung mit diesem Thema. Woher nimmt er die Annahme, dass Menschen, die beispielsweise gegen das generische Maskulinum sind, dieses mit dem biologischen Geschlecht verwechseln? Das Maskulinum ist nun einmal die maskuline Form eines Substantives oder Pronomens. Zudem wird das generische Maskulinum eben genau dafür verwendet, sowohl Männer als auch Frauen anzusprechen. Weiter sagt er: „[...] User, mit :innen zu vergewaltigen [...]“<sup>90</sup> Hier ignoriert Herr Grünberger die Tatsache, dass „User“ ein eingedeutschtes Wort ist, das somit sehr wohl gendert werden kann. Weiters anzumerken ist, dass er im Zusammenhang gendern, zweimal von „vergewaltigen“ spricht, was äußerst unangebracht ist. Herr Grünberger empfiehlt „in den Schulen schon frühzeitig das generische Maskulinum zu lehren und zu lernen und dort mit entsprechenden Beispielen, in denen jeweils immer Männer und Frauen gleichzeitig benannt werden, zu arbeiten:

„wir sind Schüler“ – da sieht man ein Mädchen und einen Buben –, „wir sind Radfahrer“ – eine Frau und ein männlicher Radfahrer –, „wir sind Bäcker“ – Frau und Mann. Das heißt, man muss das, was über die Jahre verabsäumt wurde, nämlich das generische Maskulinum richtig zu lehren und zu lernen, wieder auf eine neue Ebene bringen.“<sup>91</sup>

Herr Grünberger hat hier deutlich eine traditionelle Sichtweise des Sprachgebrauchs und argumentiert mit Einfachheit und Verständlichkeit. Was er jedoch nicht

---

<sup>89</sup> Gleichbehandlungsausschuss: Öffentliches Expert:innen-Hearing "anti-gendern Volksbegehren"

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Ebd.

berücksichtigt ist, dass durch das generische Maskulinum die Sichtbarkeit von allen anderen Geschlechtern verloren geht und hier somit keine sprachliche Gleichbehandlung stattfindet. Weiters spricht Herr Grünberger immer wieder von einem „Genderzwang“<sup>92</sup> Auch hier ignoriert er Fakten und spricht Unwahrheiten aus, denn es existiert kein Zwang, sondern lediglich Empfehlungen für das Gendern in Universitäten.

Als nächstes werden Aussagen von Frau Mag. Dr. Hochreiter näher betrachtet.

Frau Hochreiter erzählt:

„Die Sozialarbeiter gingen durch den Bahnhof. Wegen des schönen Wetters trugen einige der Frauen keine Jacke. – Ist dieser zweite Satz eine sinnvolle Fortsetzung des ersten Satzes? Teilnehmer:innen einen[sic!] Studie von Ute Gabriel aus dem Jahr 2008 sollten diese Frage beantworten. Dass der Ausdruck Sozialarbeiter in diesem Zusammenhang auch Frauen mitmeinen könnte, kam den meisten Teilnehmer:innen der Studie erst durch Nachdenken in den Sinn. Die mentale Repräsentation zum Wort ist spontan eine Gruppe von Männern. Diese Studie ist ein Beleg dafür, dass das generische Maskulinum nicht so generisch ist, wie viele annehmen.“<sup>93</sup>

Weiters erzählt sie von einem Zeitungsbericht, in dem steht, dass in Kindergärten mehr Erzieher gebraucht werden. Daraufhin stellt sie die Frage „Männer sind jedenfalls gemeint, aber sind Frauen mitgemeint? [...] Es ist eine unpräzise Form und eine, die Personen sprachlich ausschließt.“<sup>94</sup> Und genau das ist das Problem mit dem generischen Maskulinum. Hierbei ist es auch unwichtig, ob es Frauen gibt, die sich durch das generische Maskulinum nicht ausgeschlossen fühlen, weil sie wissen, dass sie mitgemeint sind. Es geht darum, dass das generische Maskulinum alle anderen Geschlechter ausblendet und diese nicht offensichtlich repräsentiert sind, wie auch Frau Hochreiter in ihrer Rede betont:

„Der österreichische Verfassungsgerichtshof – der Kollege hat ihn gerade angesprochen – hat mit seinem Erkenntnis 2018 nicht nur eine dritte Geschlechtsoption anerkannt, sondern damit auch im Sinne des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte festgestellt, dass der individuelle Geschlechtsausdruck ein fundamentales Persönlichkeitsrecht ist. Sprache spielt dafür eine zentrale Rolle. Wir alle als Sprachteilnehmer:innen haben Anspruch darauf, in dieser Sprache vorzukommen und repräsentiert zu sein. [...] Nicht erwähnt, nicht korrekt benannt zu werden, bedeutet also sprachlich ausgeschlossen zu sein, oder auch

---

<sup>92</sup> Ebd.

<sup>93</sup> Ebd.

<sup>94</sup> Ebd.

abgewertet zu werden. [...] Das generische Maskulinum ist nichts anderes als eine Gebrauchsgewohnheit. Es ist unpräzise, mehrdeutig und repräsentiert Frauen und Angehörige anderer Geschlechter als dem männlichen nicht in adäquater Weise.“<sup>95</sup>

Die Rede von Frau Dr. Krome war besonders bereichernd, da sie die Geschäftsführerin des Rates für deutsche Rechtschreibung ist. Wie sie betont, hat der Rat für deutsche Rechtschreibung als Institution keinen gesellschaftlich-sprachpolitischen Auftrag. Unter anderem sagt Frau Krome:

„Zunächst möchte ich aber betonen: Der Rat für deutsche Rechtschreibung wendet sich nicht gegen geschlechtersensible Sprache im Allgemeinen. Er steht für Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Menschen ein, auch im sprachlichen und schriftsprachlichen Ausdruck dieser Haltung. Sprache und Rechtschreibung sind immer auch ein Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen. [...] Diese Gleichberechtigung musste, wie Frau Hochreiter auch hervorgehoben hat, in den vergangenen Jahrhunderten, ja sogar noch Jahrzehnten, in Bezug auf Mann und Frau mühsam errungen werden. [...] Sprache ist aber nicht gleich Rechtschreibung. [...] Gendern – und da komme ich auf Herrn Grünberger zurück – ist dabei aber auch nicht gleich Gender. [...] Frauen werden eben einfach mitgemeint, und so etwas führt nicht nur sprachlich zu Ausgrenzung.“<sup>96</sup>

Frau Krome spricht hier davon, dass Sprache und Rechtschreibung ein Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklungen sind. Wir leben zum Glück, größtenteils, in einer Welt, in der Frauen mehr Rechte haben als noch vor hundert Jahren. Frauen (und alle anderen Geschlechter) haben das Recht, gesehen und nicht nur mitgemeint zu sein. Da die Gesellschaft sich weiterentwickelt hat, wieso dann in der Sprache wieder rückläufig werden und sich für das generische Maskulinum aussprechen? Motivierend ist auch, dass die Geschäftsführerin des Rates für deutsche Rechtschreibung sagt, dass Sprache nicht gleich Rechtschreibung ist. Hiermit spielt sie vermutlich auf Aussagen von Herrn Grünberger an, der zuvor die Aussage mit der Schule (siehe oben) getätigt hat. In weiterer Folge erläutert Frau Krome:

„Der Rat hat inzwischen in drei Positionspapieren – 2018, 2021 und zuletzt im Dezember 2023 – zum einen Empfehlungen gegeben, wie durch Strategien neutraler geschlechtsübergreifender Formulierungen alle Menschen adressiert werden können, egal welcher Geschlechtsidentität, zum Beispiel durch Publikum, Mitglieder, Gäste, Kollegium oder Team oder auch durch Partizipformen, wie Studierende, Beschäftigte, Teilnehmende, [...] Geschlechtsdiversität anzeigende verkürzende Zeichen, wie

---

<sup>95</sup> Ebd.

<sup>96</sup> Ebd.

Genderstern, Doppelpunkt oder Unterstrich, im Wortinneren oder auch in Sätzen erfüllen diese Anforderungen nicht oder zumindest nur bedingt. [...] Diese sind ja auch der Hauptkritikpunkt der vielen kontroversen Diskussionen und häufig werden sie eben auch mit dem Gendern allgemein gleichgesetzt. Da wird also ein gesellschaftspolitisches sprachpolitisches Problem auf die orthografische Ebene verlagert, und der Rat soll das jetzt lösen. Das ist aber nicht sein Auftrag. Die genannten Zeichen gehören nicht zu den Satz- und Wortzeichen und damit nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie [...] wird erläutert, dass Sonderzeichen Folgeprobleme in der Grammatik und Wortbildung verursachen können, nicht nur im Wort, sondern auch in Satzzusammenhängen.[...] Der gesellschaftliche Wandel kann nicht ignoriert werden, neue Entwicklungen und Regelungen müssen aber sehr gut begründet sein und sie müssen von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, also der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, getragen werden können“<sup>97</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Hearing einen bedeutenden Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema geschlechtersensible Sprache liefert. Trotz der Tatsache, dass es sich formal nicht um eine Nationalratssitzung handelt und die Debatte daher im empirischen Teil dieser Arbeit nicht berücksichtigt wird, verdeutlichen die dort getätigten Aussagen zentrale Argumentationslinien sowohl gegen als auch für das Gendern. Insbesondere wird deutlich, wie emotional und ideologisch aufgeladen die Debatte mitunter geführt wird, was sich etwa in den Aussagen von Herrn Mag. Grünberger, der polemische Begriffe wie „Gendertragödie“ oder gar „vergewaltigen“ im Kontext gendersensibler Sprache verwendet, zeigt. Dem gegenüber stehen sachlich fundierte, wissenschaftlich gestützte Positionen wie jene von Frau Mag. Dr. Hochreiter, die mit konkreten Studien die Wirkung des generischen Maskulinums auf die mentale Repräsentation belegt, sowie Frau Dr. Krome, die eine differenzierte Sichtweise einbringt und betont, dass sich der Rat für deutsche Rechtschreibung nicht gegen geschlechtersensible Sprache ausspricht, sondern auf strukturelle und orthografische Grenzen hinweist. Das Hearing zeigt insgesamt, wie vielfältig, aber auch kontrovers dieses sprachpolitische Thema ist, und unterstreicht die Notwendigkeit, Sprache im gesellschaftlichen Kontext stets weiterzudenken und inklusiv zu gestalten.

### **3.7 Gendern – wozu und wie?**

Die Linguistik kann die Frage, ob und wie wir gendern sollen nicht beantworten. Ihre Aufgaben sind das Beobachten, Beschreiben und Analysieren von Sprache.<sup>98</sup> Gendern

---

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> vgl. Völkening 2022, S. 9.

im Allgemeinen hat das Ziel, sprachliche Gleichberechtigung herzustellen und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu vermeiden. Es geht dabei um eine geschlechtsneutrale Sprache, die sowohl Frauen als auch Männer gleichermaßen anspricht und sichtbar macht. Das Gendern soll also Sprachbarrieren abbauen und dazu beitragen, dass sich alle Personen in einer Gesellschaft gleichberechtigt fühlen. Im Kapitel 3.6 wurde das generische Maskulinum erwähnt. Nach der feministischen Sprachkritik gegenüber dem generischen Maskulinum stellt sich nun die Frage welche sprachliche Form beim Bezug auf Gruppen mit unterschiedlichem Geschlecht gewählt werden soll.<sup>99</sup> Bis zu dem Zeitpunkt, als diese Sprachkritik aufkam, wurde für Gruppen mit unterschiedlichem Geschlecht erstrangig die männliche Form verwendet, das generische Maskulinum. Wenn wir nun die Aussage „Es herrscht Lehrermangel“ als Beispiel nehmen, stellt sich nun die Frage, ob hier mit Lehrer männliche Personen gemeint sind oder andere Geschlechter mitgedacht werden. Wenn nur Männer gemeint sind, ist der Ausdruck geschlechtsspezifisch verwendet worden, tragen also das Bedeutungsmerkmal männlich. Sind mit Lehrer jedoch alle Geschlechter gemeint spricht man hier vom generischen Maskulinum.<sup>100</sup> Hierbei muss erwähnt werden, dass Diwald und Steinhauer, wenn sie über dieses Thema schreiben, nur von zwei Geschlechtern ausgehen. Ihr Beispiel wurde hier somit auf ein aktuelles Thema (Lehrer:innenmangel) und auf alle Geschlechter adaptiert. Nun zur Frage wie gegendert werden kann. Die Methoden, die auch wirklich alle Geschlechter ansprechen sind das Gender-Sternchen, der Gender-Doppelpunkt und der Gender-Gap. Jedoch gibt es auch hier Nachteile. Für Personen, die eine Sehbeeinträchtigung haben und sich beispielsweise einen Zeitungsartikel von einem Programm vorlesen lassen wollen, ist es von Vorteil, wenn hier das Gender-Sternchen oder der Gender-Doppelpunkt in Verwendung kommt. Das sind die beiden Gendervarianten, die die meisten Vorleseprogramme deuten und auch so wiedergeben können. Von Organisationen wird eine geschlechtsneutrale Sprachverwendung empfohlen. Bei der Frage wie gegendert werden soll, „spalten“ sich hier die Meinungen. Das liegt wohl daran, welches Programm wie programmiert ist und von der jeweiligen Organisation verwendet wird. Der Blinden- und Sehbehindertenverband Österreich (BSVÖ)

---

<sup>99</sup> vgl. Ebd., S. 17.

<sup>100</sup> vgl. Ebd.



beispielsweise schreibt, dass der Doppelpunkt verwendet werden soll.<sup>101</sup> Andere Vereine ziehen das Gender-Sternchen vor. Möchte man also alle Geschlechter miteinbeziehen, sind die drei Varianten, der Gender-Gap steht hierbei aber an letzter Stelle, eine gute Option, um niemanden zu benachteiligen.

Da das generische Maskulinum erwähnt wurde, sollte auch das generische Femininum nicht zu kurz kommen. Seit den 1980er Jahren beschäftigt sich die deutsche Linguistin und Mitbegründerin der feministischen Linguistik, Luise F. Pusch, mit der Entmaskulinisierung der Sprache und entwickelte in Folge das generische Femininum. Pusch schlägt vor, die feminine Endung -in abzuschaffen. Dieser Vorschlag ist in der Öffentlichkeit auch als „der verrückte Pusch-Vorschlag“ bekannt:

Barbara ist eine gute Student; ihre Professor ist sehr zufrieden mit ihr. Früher war sie übrigens Sekretär bei einer Architekt. Im Moment suchen wir noch ein zweites Gutachter für ihre Dissertation, am besten ein Dozent, das was von Hydrogeologie versteht.<sup>102</sup>

Neben diesem Vorschlag spricht sie davon, ein generisches Femininum einzuführen: „Mögen auch ihre Leserinnen nur eine traurige Handvoll sein: eine Dichterin weiß jedenfalls dies über sie: Sie haben eine persönliche Beziehung zu ihrem Werk.“<sup>103</sup>

Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass das generische Maskulinum klar abzulehnen ist, weil es Frauen unsichtbar macht, während die partielle Feminisierung (z. B. „Studentinnen und Studenten“) auf Dauer als zu umständlich und schwerfällig empfunden wird.<sup>104</sup> Da grundlegende Reformen wie die Abschaffung des Genus-Systems politisch kaum durchsetzbar erscheinen, bleibt aus ihrer Sicht nur eine strategische Lösung: die bewusste Ersetzung des generischen Maskulinums durch das generische Femininum. Die Linguistin versteht diese Strategie als eine Art dialektischen Schritt. Wenn Frauen immer nur „mitgemeint“ sind, sollen nun Männer diese Erfahrung machen.<sup>105</sup> Die Feminisierung treffe, so ihre Argumentation, einen empfindlichen Punkt männlicher Identität, da das Patriarchat stark auf der Abwertung

---

<sup>101</sup> vgl. BSVÖ. URL: <https://www.blindenverband.at/de/information/gendern> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>102</sup> Pusch 1988, S. 7.

<sup>103</sup> Ebd.

<sup>104</sup> vgl Ebd., S. 8.

<sup>105</sup> vgl. Ebd., S. 9.

des Weiblichen beruhe.<sup>106</sup> Indem Männer sprachlich dem weiblichen Geschlecht zugeordnet werden, könnten sie nachvollziehen, wie es sich anfühlt, nur indirekt angesprochen zu sein. Dadurch entstünde möglicherweise die Bereitschaft, an einer wirklich gerechten Sprachlösung mitzuarbeiten.<sup>107</sup> Neben diesem strategischen Hauptargument führt Pusch auch ironisch zugespitzte Überlegungen an. Wenn Sprache angeblich keinen Einfluss habe, dürfe es Männern ja egal sein, feminisiert zu werden.<sup>108</sup> Zudem sei es strukturell plausibel, das Femininum als Grundform zu betrachten, da das Maskulinum sprachlich im Femininum enthalten sei (z. B. „Lehrer“ in „Lehrerin“).<sup>109</sup> Zudem verweist sie auf statistische Argumente: Da Frauen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung stellen, hätten generische Feminina sogar einen höheren Realitätsbezug als Maskulina.<sup>110</sup> Schließlich bringt sie ein Gerechtigkeitsargument vor: Da Frauen historisch und gesellschaftlich benachteiligt seien, reiche bloße Gleichbehandlung nicht aus, vielmehr brauche es eine kompensatorische „Besserbehandlung“, um ein tatsächliches Gleichgewicht herzustellen.

Insgesamt versteht Pusch die totale Feminisierung als provokative, aber konsequente Übergangsstrategie. Sie soll Machtverhältnisse sichtbar machen, Selbstbewusstsein stärken und langfristig den Weg zu einer wirklich geschlechtergerechten Sprache ebnen.

Abschließend zu dem Kapitel kann gesagt werden, dass es vor allem in der heutigen Zeit wichtig ist, jede Form von Diskriminierung zu bekämpfen, damit sich niemand durch nicht-gendergerechte Sprache ausgeschlossen fühlt. Andere wiederum argumentieren, dass es übertrieben und unnötig ist, in jeden Text geschlechterneutrale Ausdrucksweise einzubauen. Die Darstellung der Gegenstimmen ist nicht Teil dieser Arbeit.

### **3.8 Doing-Gender**

Das Konzept „Doing Gender“ von West und Zimmermann beschreibt das Geschlecht nicht als etwas, das man hat, sondern das in sozialen Interaktionen hergestellt wird.

---

<sup>106</sup> vgl Ebd.

<sup>107</sup> vgl. Ebd., S. 10.

<sup>108</sup> vgl Ebd.

<sup>109</sup> vgl Ebd.

<sup>110</sup> vgl Ebd., S. 11.

Sie schreiben, dass Geschlecht (Gender) eben nicht auf dem biologischen Geschlecht (Sex) basiert. Das soziale Geschlecht (Gender) entsteht im Alltag durch Sprache, Kleidung, Körpersprache und Rollenverhalten. Im Gegensatz dazu steht der Begriff „Sex“, der das biologische Geschlecht beschreibt. „Sex Category“ wiederum meint das gesellschaftlich zugeschriebene Geschlecht.<sup>111</sup> Eine der wichtigsten Aussagen ihres Konzeptes ist, dass Geschlecht nicht einfach existiert, sondern getan wird. Dies erfolgt beispielsweise durch soziale Normen und Erwartungen in Alltagssituationen.<sup>112</sup> Unter sozialen Normen versteht man verbindliche Verhaltensvorschriften, die bestimmen, wie die Werte einer Gesellschaft zu erfüllen sind. Unter einem Wert wird in diesem Zusammenhang eine wünschenswerte Vorstellung verstanden.<sup>113</sup> Menschen handeln also so, wie es von der Gesellschaft für das Geschlecht erwartet wird. Dieser Prozess geschieht nicht immer bewusst und wirkt daher natürlich, obwohl er gesellschaftlich konstruiert ist.<sup>114</sup> Auch im Parlament zeigt sich, wie Politiker:innen in Redebeiträgen durch Sprachstil, Wortwahl und Redeanteil Geschlecht performen. „Doing Gender“ bildet auch in der Arbeit von Ingler-Detken die Grundlage ihrer Untersuchungen. Ein zentrales Ergebnis ihrer Arbeit zeigt, dass Politikerinnen im politischen Umfeld mit anderen Erwartungen und Bewertungsmustern konfrontiert sind als ihre männlichen Kollegen. Von weiblichen Personen wird meist ein anderes Verhalten eingefordert, etwa mehr Kooperationsbereitschaft oder soziale Kompetenz, während männliche Politiker eher mit Durchsetzungskraft oder Dominanz assoziiert werden.<sup>115</sup> Diese geschlechterspezifischen Zuschreibungen wurden in Interviews mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments deutlich: Von Frauen und Männern werden unterschiedliche Kommunikationsstile erwartet.<sup>116</sup>

### **3.9 Sprache und Macht in der Politik**

Sprache ist auch im politischen Kontext niemals neutral, sondern ein zentrales Machtinstrument. Sie dient nicht nur der Informationsvermittlung, sondern auch der Durchsetzung, Legitimierung und Stabilisierung politischer Interessen und

---

<sup>111</sup> vgl. West / Zimmermann 1987, S. 127–129.

<sup>112</sup> vgl. Ebd.

<sup>113</sup> vgl. Hurrelmann / Quenzel 2012, S. 52–54.

<sup>114</sup> vgl. West / Zimmermann 1987, S. 135–137.

<sup>115</sup> vgl. Ingler-Detken 2008, S. 15.

<sup>116</sup> vgl. Ebd. S. 140–141.

Herrschaftsverhältnisse. Insbesondere im parlamentarischen Raum fungiert Sprache als Medium symbolischer Repräsentation, und somit auch als Bühne für die (Re-)Produktion von Geschlechterverhältnissen.

Mit seinem Konzept der „symbolischen Macht“ liefert Bourdieu einen bedeutenden Zugang zu diesem Verhältnis. Für Bourdieu ist Sprache nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern ein soziales Handlungssystem, welches Machtstrukturen reproduziert: „Sprache ist niemals nur ein Mittel der Kommunikation, sondern immer auch ein Mittel der Machtausübung.“<sup>117</sup> Wer eine „gebildete“ Sprache beherrscht, erschließt sich damit neue Ausdrucksformen und Möglichkeiten. Hingegen wird jemand, der denselben Inhalt mit Dialekt oder einer abweichenden Ausdrucksweise wiedergibt, eher marginalisiert

Auch Judith Butlers Theorie der Performativität kann hier aufgegriffen werden. Nach Butler wird Geschlecht nicht „ausgedrückt“, sondern in Sprache hergestellt, also performt. Wenn Politiker:innen das generische Maskulinum verwenden und so durch Sprache nur „Bürger“ adressieren, wird das männliche Geschlecht normativ gesetzt und weibliche oder nicht binäre Identitäten etc. werden strukturell ausgeschlossen.<sup>118</sup>

In parlamentarischen Debatten kommt diese Macht besonders zum Tragen: Wer spricht, wie oft, in welcher Funktion und mit welchem sprachlichen Repertoire? Wer wird adressiert? Wird das generische Maskulinum verwendet? Die Forschung zu politischer Kommunikation zeigt, dass Frauen in politischen Gremien seltener zu Wort kommen und sie häufiger unterbrochen und weniger ernst genommen werden.<sup>119</sup> Tanner schreibt, dass Frauen ihre Redebeiträge häufiger mit legitimierenden oder kooperativen Strategien einleiten, während Männer öfter direkte oder konfrontative Formen wählen.<sup>120</sup>

Die bewusste oder unbewusste Verwendung geschlechtergerechter Sprache ist auch ein Machtfaktor. Politiker:innen, die gendern, zeigen damit nicht nur ihre politische Haltung, sondern schaffen Sichtbarkeit für diverse Geschlechter. Umgekehrt kann der

---

<sup>117</sup> vgl. Bourdieu 1991, S.61.

<sup>118</sup> vgl. Butler 1997, S. 223.

<sup>119</sup> vgl. Wodak 2015, S.142–143.

<sup>120</sup> vgl. Tannen 1990, S.200.

Verzicht auf gendergerechte Sprache als Ausdruck einer bestimmten ideologischen Position verstanden werden, etwa im Sinne eines vermeintlichen Schutzes der Sprache oder als Ablehnung von Gleichstellungspolitik. Solche Diskurse führen oft zu polarisierenden Debatten, wie etwa das Beispiel des Gendererlasses in Niederösterreich oder das Anti-Gender-Volksbegehren 2023 zeigen.

Besonders im österreichischen Kontext ist zu berücksichtigen, dass Sprache in der Politik auch ein Mittel zur Selbstinszenierung und Zugehörigkeit ist. Politiker:innen signalisieren durch Sprachgebrauch Zugehörigkeit zur ihrer politischen Position, aber auch die Nähe oder Distanz zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen. Somit werden nicht nur Machtverhältnisse stabilisiert, sondern auch politische Identitäten erzeugt.

In der Analyse von Nationalratssitzungen kann somit nicht nur untersucht werden, ob gegendert wird, sondern auch wie, in welchen Kontexten, von welchen Parteien bzw. ihren Mitgliedern. Ebenso spannend ist die Frage, ob gendergerechte Sprache mit bestimmten politischen Themen korreliert oder bewusst vermieden oder delegitimiert wird. Damit wird Sprache zur politischen Handlung, zur Inszenierung von Macht, und zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Prozesse rund um Geschlecht und Identität.

Parlamente sind nicht nur Orte demokratischer Entscheidungsfindungen, sondern auch Räume symbolischer Kommunikation. Bestimmte Sprachformeln, Anredeformen und Redestrategien dienen dabei der Aufrechterhaltung institutioneller Ordnung, etwa durch „Herr Präsident“, „Hohes Haus“ oder die formelhafte Aufzählung männlicher Funktionsbezeichnungen („Sehr geehrte Herren Präsident, Direktor und Abgeordneter“). Dies reproduziert häufig eine binäre und hierarchisch strukturierte Geschlechterordnung, die sich auch auf symbolische Ebene fortschreibt. Gerade in Österreich, wo das generische Maskulinum in offiziellen Kontexten lange Zeit dominiert hat, zeigen sich dadurch tief verwurzelte sprachlich-politische Strukturen.<sup>121</sup> Zudem ist Sprache im politischen Raum nicht nur Ausdruck, sondern auch strategisches Mittel der Abgrenzung oder Vereinnahmung. So kann das bewusste Verwenden oder Vermeiden von Genderzeichen, zum Beispiel Sternchen oder Doppelpunkt, als Identitätsmarker politischer Lager dienen. Progressive Kräfte setzen

---

<sup>121</sup> vgl. Hornscheidt 2012, S. 110–118.

auf inklusive Sprache, konservative Parteien wiederum inszenieren das Gendern mitunter als Ausdruck „linker Sprachzensur“.<sup>122</sup> Solche Symboldebatten sind hoch aufgeladen und sagen oft mehr über politische Grundhaltung aus als über tatsächliche sprachpraktische Wirkungen. In diesem Spannungsfeld wird Sprache zur Arena ideologischer Kämpfe, mit dem Ziel, Deutungshoheit über gesellschaftliche Normen zu gewinnen.

Für die vorliegende Arbeit ist dieser theoretische Hintergrund zentral. Wenn Sprache ein Ort der Macht und Identitätskonstruktion ist, dann wird durch die Analyse politischer Sprache auch sichtbar, wie Geschlecht im Parlament nicht nur thematisiert, sondern auch performativ hergestellt wird. Und zwar durch das, was gesagt und was nicht gesagt wird.

### **3.10 Gegenwärtige Leitlinien**

Die Geschlechtergerechte Sprache hat sich in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema sprachpolitischer, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Debatten entwickelt. Der Versuch, alle Geschlechter, Frauen, Männer sowie nicht-binäre und intergeschlechtliche Personen sprachlich sichtbar zu machen, wird zunehmend in Verwaltung, Bildung, Medien und Gesetzgebung aufgegriffen. Zahlreiche Institutionen haben in Reaktion auf diese Entwicklungen Leitlinien für geschlechtergerechten Sprachgebrauch veröffentlicht. Dabei steht nicht nur eine sprachliche Veränderung im Mittelpunkt, sondern auch ein symbolisches Bekenntnis zu Gleichstellung, Diversität und Inklusion. Unabhängig davon, ob die jeweilige Formulierung als „geschlechtersensibel“, „geschlechtergerecht“, „geschlechterinklusiv“ oder „gendergerecht“ bezeichnet wird, zielen diese Leitfäden auf eine Sensibilisierung für sprachliche Diskriminierung und die Förderung eines inklusiven Ausdrucks.

Dabei sind zwei institutionelle Leitlinien im deutschsprachigen Raum von besonderer Relevanz für diese Arbeit: die Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung und der Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache des österreichischen Bundeskanzleramts. Beide sind nicht nur normgebend in ihrer jeweiligen Funktion, sondern auch Ausdruck der breiteren gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit

---

<sup>122</sup> vgl. Krämer 2020, S. 143–162.

Gender und Sprache. Der Rat für deutsche Rechtschreibung versteht sich als zentrale Instanz für orthografische Standards und wurde im Jahr 2005 als zwischenstaatliches Gremium gegründet. Sein Hauptauftrag ist die Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum sowie die Weiterentwicklung des orthografischen Regelwerks.<sup>123</sup> In dieser Funktion kommt ihm eine entscheidende Rolle zu, wenn es um die Integration neuer sprachlicher Entwicklungen, wie etwa der geschlechtergerechten Sprache, in das offizielle Regelwerk geht. Die Auseinandersetzung mit geschlechtersensibler Sprache begann im Rat offiziell im Jahr 2017, als eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Geschlechtergerechte Schreibung“ eingerichtet wurde. In einer ersten Pressemitteilung aus dem Jahr 2018 wurde festgestellt, dass es zu jenem Zeitpunkt keine einheitliche Tendenz gebe, wie sich eine gendergerechte Orthografie innerhalb des bestehenden Regelwerks eindeutig umsetzen ließe.<sup>124</sup> Die Arbeitsgruppe sah zu diesem Zeitpunkt in der vollständigen Paarformulierung, also der Nennung beider binärer Geschlechter wie „Bürgerinnen und Bürger“, sowie in passivischen oder neutralen Formulierungen die praktikabelsten Mittel. Die Verwendung von Zeichen wie dem Asterisk (\*), dem Unterstrich ( \_ ) oder dem Doppelpunkt (:) wurde kritisch betrachtet, da sie orthografisch und sprachsystematisch nicht integriert seien und häufig als schwer verständlich, schlecht lesbar oder technisch problematisch wahrgenommen würden. Mit der Veröffentlichung der ersten offiziellen Empfehlungen im November 2018 weitete der Rat seine Analyse aus. Erstmals wurde explizit auf das dritte Geschlecht eingegangen, dessen rechtliche Anerkennung in Deutschland durch das Bundesverfassungsgericht und das Personenstandsgesetz (2018) gesichert worden war. Die Empfehlungen des Rats betonten, dass sich das Bedürfnis nach sprachlicher Inklusion auch auf Personen jenseits des binären Geschlechtersystems ausdehne und daher neue Ausdrucksformen erforderlich seien.<sup>125</sup> Gleichwohl sprach sich der Rat zu diesem Zeitpunkt noch nicht für die Integration bestimmter Sonderzeichen aus, sondern verwies auf die damit verbundenen Einschränkungen in Vorlesbarkeit, Barrierefreiheit und formaler Korrektheit. Zudem formulierte der Rat sechs Kriterien,

---

<sup>123</sup> Rat für deutsche Rechtschreibung o.J.

<sup>124</sup> Rat für deutsche Rechtschreibung 2018a.

<sup>125</sup> Rat für deutsche Rechtschreibung 2018b.

die bei geschlechtergerechter Sprache zu beachten seien: Sachliche Korrektheit, Verständlichkeit, Vorlesbarkeit, Rechtssicherheit, Übertragbarkeit auf verschiedene Sprachräume sowie die Fokussierung auf wesentliche Informationen. Diese Kriterien wurden in der aktualisierten Empfehlung vom 26. März 2021 um einen weiteren Punkt ergänzt: Lernbarkeit. Damit wurde der Aspekt betont, dass geschlechtergerechte Schreibung nicht das Erlernen der deutschen Schriftsprache erschweren dürfe, insbesondere mit Blick auf Kinder, Personen mit Leseeinschränkungen und Deutschlernende.<sup>126</sup> Die vollständige Liste der nun sieben Kriterien wurde zu einem zentralen Bestandteil der Argumentation des Rats, der sich weiterhin gegen die Aufnahme des Gendersternchens, des Doppelpunkts oder des Unterstrichs in das amtliche Regelwerk ausspricht. Die Verwendung dieser Zeichen sei zwar gesellschaftlich verbreitet, erfülle jedoch vielfach nicht die Kriterien der Rechtschreiblogik, Eindeutigkeit oder automatischen Lesbarkeit, etwa in Screenreadern, die für sehbeeinträchtigte Personen essenziell sind. Der Rat betont in seiner Stellungnahme, dass die Debatte um geschlechtergerechte Sprache nicht allein auf orthografischer Ebene entschieden werden könne. Vielmehr handele es sich um eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die von Institutionen, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Diskursen getragen werden müsse. Die Sprachentwicklung dürfe dabei nicht von oben reguliert werden, sondern solle dem gesellschaftlichen Wandel folgen. Die Empfehlungen des Rats sind also nicht als Sprachverbot, sondern als Versuch einer Ausbalancierung zwischen sprachlicher Innovation und sprachlicher Normierung zu verstehen.

Auch in Österreich wird geschlechtergerechte Sprache zunehmend politisch und administrativ verankert. Das österreichische Bundeskanzleramt veröffentlichte einen ausführlichen Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache, der im Rahmen der Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ auf Artikel 7 Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes verweist, in dem sich die Republik zur Gleichstellung von Frauen und Männern bekennt.<sup>127</sup> Sprachliche Gleichbehandlung wird hier ausdrücklich als Bestandteil von Geschlechtergleichstellung verstanden. Der Leitfaden dient als

---

<sup>126</sup> Rat für deutsche Rechtschreibung 2021.

<sup>127</sup> Bundeskanzleramt 2021a.



Mindeststandard für Bundesbehörden und wird auf der Website des Bundeskanzleramts als Orientierungshilfe für Verwaltungstexte und Kommunikation eingestuft. Der Leitfaden beginnt mit der Prämisse, dass geschlechtergerechte Sprache dann gegeben sei, wenn alle Personen sprachlich sichtbar gemacht werden. Als mögliche Strategien nennt das Dokument insbesondere die vollständige Paarform, neutrale Personenbezeichnungen wie „Studierende“, „Lehrpersonen“, „Mitarbeitende“ sowie generische Umschreibungen mit Passivkonstruktionen. Sonderzeichen wie der Genderstern, der Unterstrich oder der Doppelpunkt werden explizit nicht empfohlen, da sie, in Anlehnung an die Haltung des Rats für deutsche Rechtschreibung, nicht mit der Einheitlichkeit der Rechtschreibung vereinbar seien.<sup>128</sup> Dennoch wird auch im österreichischen Leitfaden die rechtliche Existenz eines dritten Geschlechts anerkannt: So verweist das Dokument auf Artikel 8 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), nach dem das Recht auf individuelle Geschlechtsidentität auch nicht-binäre Geschlechtsoptionen miteinschließen müsse. Sprachlich bleibt diese Anerkennung jedoch folgenlos, da keine konkreten Empfehlungen zur Sichtbarmachung weiterer Geschlechter angeboten werden. Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, dass viele der empfohlenen Strategien, insbesondere die Paarform, in längeren Texten zu sprachlicher Schwerfälligkeit führen können. Der Leitfaden selbst gesteht ein, dass Wiederholungen durch Paarformen den Lesefluss beeinträchtigen können. Deshalb wird empfohlen, in längeren Passagen vermehrt auf geschlechtsneutrale Formen oder abstraktere Formulierungen zurückzugreifen.<sup>129</sup> Ferner wird der Gebrauch des unpersönlichen Pronomens „man“ problematisiert, da es als potenziell männlich gelesen werden kann und durch inklusivere Alternativen ersetzt werden sollte.

Im Vergleich zwischen den beiden Leitlinien wird deutlich, dass trotz gemeinsamer Ablehnung von Genderzeichen und grundsätzlicher Offenheit gegenüber geschlechtergerechter Sprache unterschiedliche Akzente gesetzt werden. Der Rat für deutsche Rechtschreibung legt den Fokus auf Sprachsystematik, Orthografie und Regelkonsistenz, während das Bundeskanzleramt Sprache als Instrument

---

<sup>128</sup> Bundeskanzleramt 2021b, S. 2–4.

<sup>129</sup> Bundeskanzleramt 2021b, S. 5.

gesellschaftlicher Gleichstellung begreift. Beide Leitlinien bewegen sich damit zwischen dem Anspruch sprachlicher Inklusion und den praktischen Anforderungen an Verständlichkeit, Technik, Bildung und Rechtssicherheit. Gleichzeitig bleibt die Herausforderung bestehen, nicht-binäre Personen sichtbar zu machen, ohne gleichzeitig die Sprachökonomie oder Verständlichkeit zu beeinträchtigen. Ein Ziel, für das es bislang keine allgemein akzeptierte Lösung gibt.

Trotz der normativen Zurückhaltung der Leitlinien ist festzustellen, dass sich in der alltäglichen Sprachpraxis bereits neue Standards etablieren. Viele Hochschulen, Medienunternehmen und NGOs verwenden inzwischen Genderzeichen oder andere inklusive Formulierungen, um der sprachlichen Vielfalt gerecht zu werden. Plattformen wie der „Leitfaden für gendersensible Sprache“ der Universität Leipzig oder die Empfehlungen der Heinrich-Böll-Stiftung weichen bewusst vom offiziellen Regelwerk ab, um sprachpolitische Zeichen zu setzen. Auch digitale Sprachassistenten und KI-Systeme werden zunehmend auf inklusive Sprache trainiert, was zu einer schleichenden Veränderung der Norm beitragen könnte.

Die Debatte um geschlechtergerechte Sprache bleibt somit dynamisch. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, in denen sich Sprachwandel, Rechtsnormen, politische Interessen und mediale Praktiken gegenseitig beeinflussen. Die Leitlinien des Rats für deutsche Rechtschreibung und des österreichischen Bundeskanzleramts spiegeln dabei den Versuch wider, zwischen normativer Stabilität und gesellschaftlichem Wandel zu vermitteln. Wie sich diese Spannungen in Zukunft auflösen oder verschärfen, wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, inklusive Sprachformen zu entwickeln, die gleichermaßen akzeptiert, verständlich und praktikabel sind.

### **3.11 Gendern im deutschsprachigen Raum**

Die Debatte um geschlechtergerechte Sprache ist im gesamten deutschsprachigen Raum von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Dabei zeigen sich sowohl in der praktischen Umsetzung als auch in der rechtlichen Handhabung und der öffentlichen Akzeptanz deutliche Unterschiede zwischen den drei Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz. Während in Österreich das Gendern stark politisiert ist und

zunehmend ideologisch diskutiert wird zeigen Deutschland und die Schweiz differenziertere und institutionell verankerte Entwicklungen. Bereits 1980 erschienen in der Fachzeitschrift *Linguistische Berichte*, Heft 69 die ersten sprachwissenschaftlichen Leitlinien zur Vermeidung sexistischer Sprache im Deutschen.<sup>130</sup> Diese Richtlinien enthielten konkrete Vorschläge für eine Erweiterung der sprachlichen Darstellung, etwa durch explizite Nennung beider Geschlechter oder die Nutzung neutraler Formulierungen.<sup>131</sup> In der Folge wurden zahlreiche offizielle Sprachleitfäden entwickelt. Eine zentrale Rolle spielt der Rat für deutsche Rechtschreibung (Kapitel 3.10). Zahlreiche deutsche Universitäten, Städte und Medien haben in den letzten Jahren eigene Richtlinien zur geschlechtergerechten bzw. inklusiven Sprache entwickelt. So haben etwa die Freie Universität Berlin<sup>132</sup>, die Leibniz Universität Hannover<sup>133</sup>, aber auch die ARD<sup>134</sup> entsprechende Sprachleitfäden veröffentlicht, die Empfehlungen zum Gebrauch geschlechtergerechter Formulierungen enthalten. Diese Leitfäden schreiben in der Regel keine verpflichtende Form vor, sondern bieten unterschiedliche Optionen – darunter Paarformen („Studentinnen und Studenten“), geschlechtsneutrale Begriffe („Studierende“) sowie Genderzeichen wie der Genderstern („Student\*innen“). Die Wahl der jeweiligen Form ist dabei oft kontextabhängig und soll den Sprachgebrauch in offiziellen Schreiben, der Lehre oder redaktionellen Texten sensibler und inklusiver gestalten.

Im offiziellen Leitfaden (2024) zum geschlechtergerechten Formulieren in deutschsprachigen Texten des Bundes schreibt die Schweizerische Bundeskanzlei, dass das generische Maskulinum nicht zulässig sei. In dem Leitfaden wird ebenso darauf hingewiesen, dass die Schreibweisen Kurzform mit Klammern, Binnen-I, Genderzeichen nicht zulässig seien. Die Bundeskanzlei setzt in Texten des Bundes auf

---

<sup>130</sup> vgl. Guentherodt [u. a.] 1980, S. 1–7.

<sup>131</sup> vgl. Trömel-Plötz 2007, S. 10; Hellinger / Bierbach 1993, S. 7.

<sup>132</sup> Freie Universität Berlin. URL: <https://www.fu-berlin.de/sites/diversity/antidiskriminierung/formen/sprache/gender/index.html> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>133</sup> Leibniz Universität Hannover. URL: <https://www.chancenvielfalt.uni-hannover.de/de/chancengleichheit/geschlechter-und-diversitaetsgerechte-sprache/geschlechtergerechte-sprache> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>134</sup> ARD. URL: <https://hilfe.ard.de/artikel/gendern-in-der-ard/> [Zugriff: 28.2.2026].

Paarformen, substantivierte Adjektive/ Partizipien, geschlechtsunspezifische Nomen, Kollektivbeschreibungen und Umschreibungen ohne Personenbezeichnungen.<sup>135</sup>

Im Leitfaden „Geschlechtergerecht in Text und Bild“ von 2019 gibt die Universität Zürich folgende Möglichkeiten fürs Gendern: Paarformen („Forscherinnen und Forscher, Forscher/innen oder ForscherInnen“), Geschlechtsneutrale (die Mitarbeitenden) und geschlechtsabstrakte Ausdrücke („der Gast, das Gremium“), Umformulierungen (aus „Der Antragsteller hat Folgendes zu beachten“ wird „Folgende Hinweise sind zu beachten“), „Gender\_Gap“ und „Gender-Sternchen“ („Professor\*innen oder Professor\_innen“).<sup>136</sup> Der Leitfaden weist beim Unterpunkt „1.4. Gender\_Gap und Gender Sternchen“ darauf hin, dass viele der Formen zwar Frauen und Männer gleichermaßen sichtbar machen, jedoch nicht die Menschen, die sich nicht als Frau oder Mann identifizieren, einschließen.<sup>137</sup> Die Hochschule Luzern, Universität Luzern und Pädagogische Hochschule Luzern veröffentlichten 2018 einen gemeinsamen Leitfaden zur Gleichbehandlung aller Geschlechter. Dieser Leitfaden richtet sich an alle Mitarbeitenden und Studierende in den Hochschulen in Luzern. Dieser Leitfaden ist sehr übersichtlich und gibt für jede vorgeschlagene Genderform ein Beispiel sowie ein Negativbeispiel an. Zudem steht im Leitfaden: „In Texten oder Reden wird häufig darauf hingewiesen, dass bei der Verwendung der männlichen Form Frauen mitgemeint sind. Dies widerspricht dem Grundsatz, Frauen sichtbar zu machen, und ist darum zu vermeiden.“<sup>138</sup> Der Leitfaden empfiehlt die Paarformen („Schweizer und Schweizerinnen“), „Gender-Gap“ oder das „Gender-Sternchen“ („Professor\_innen oder Professor\*innen“), Vermeidung von binären Formulierungen (statt „Sehr geehrte Damen und Herren“ soll „Verehrtes Publikum, Liebe Anwesende, Sehr geehrtes Kollegium, Geschätzte Leser\*innen“ verwendet werden). Der Leitfaden gibt für das Abfragen des Geschlechts, zum Beispiel bei Befragungen oder Formularen, sogar Hinweise, dass in Australien neben „W“ (weiblich) und „M“ (männlich) auch „X“ anerkannt wird.<sup>139</sup> So sollen mindestens immer drei Antwortoptionen vorhanden sein.

---

<sup>135</sup> Schweizerische Bundeskanzlei 2023.

<sup>136</sup> Universität Zürich: Leitfaden „Geschlechtergerecht in Text und Bild. URL: [https://www.ife.uzh.ch/dam/jcr:3e251c54-58aa-4a44-b84d-b311587ad9f0/Geschlechtergerecht%20in%20Text%20und%20Bild\\_LeitfadenUZH.pdf](https://www.ife.uzh.ch/dam/jcr:3e251c54-58aa-4a44-b84d-b311587ad9f0/Geschlechtergerecht%20in%20Text%20und%20Bild_LeitfadenUZH.pdf) [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>137</sup> vgl. Ebd.

<sup>138</sup> Hochschulen Luzern: Sprache & Bild. Ein Leitfaden zur Gleichbehandlung aller Geschlechter, S. 7.

<sup>139</sup> vgl. Ebd.

Die Universität Basel veröffentlichte 2022 einen „Leitfaden für eine inklusive Sprache“. Auch dieser nennt Paarformen („Forscherinnen und Forscher“), Neutrale Formen („Studierende“), „Stern“, „Doppelpunkt“ und „Unterstrich“ („Professor\*innen, Mitarbeiter:innen, Dozent\_innen“).<sup>140</sup> Es fällt auf, dass die Universität Basel, den einzigen Leitfaden (der hier angeführten) hat, der auch das Gendern mit einem Doppelpunkt anführt.

Der Leitfaden des Bundeskanzleramts findet sich in Kapitel 4.5. Die Universität Wien schreibt, dass sie sich zum geschlechterinklusive Sprachgebrauch bekennt, jedoch nicht vorgegeben ist, welche Form der geschlechterinklusive Sprache verwendet werden soll.<sup>141</sup> Empfohlen wird dennoch der „Gender-Stern“. Zudem schreibt die Universität, dass es nicht ausreichend sei, „am Beginn oder am Schluss eines Textes darauf hinzuweisen, dass die männliche Form verwendet wird, Frauen aber mitgemeint seien. Ebenso wenig sind binäre Formulierungen (Binnen-I, Doppelform) ausreichend“.<sup>142</sup> Die Universität Graz schreibt in ihrem Leitfaden von 2022, dass neben dem „Gendersternchen“ („Student\*in“) und „Gender-Gap“ („Student\_in“) auch der „Gender-Doppelpunkt“ („Student:in“) verwendet werden kann.<sup>143</sup> Der Leitfaden greift auch „veraltete Formen“ auf: Binnen-I („KollegInnen“), Paarnennung („Kolleginnen und Kollegen“), Klammer (Kolleg(innen)) und Schrägstrich („Kolleg/innen“).<sup>144</sup> Hier wird noch einmal betont, dass es sich nicht empfiehlt diese veralteten Formen zu verwenden, da sich in ihnen noch binäre Vorstellungen finden.“<sup>145</sup>

Im Gesamtvergleich wird deutlich, dass sich in Deutschland und der Schweiz seit Jahrzehnten institutionalisierte Maßnahmen zur Umsetzung geschlechtergerechter Sprache etabliert haben, die häufig auf Paarformen, geschlechtsneutrale Bezeichnungen und, in Deutschland häufiger, Genderzeichen wie Stern, Unterstrich oder Doppelpunkt setzen. Die Schweizer Bundeskanzlei lehnt deren Einsatz in

---

<sup>140</sup> Universität Basel: Leitfaden für eine inklusive Sprache.

<sup>141</sup> Universität Wien: Geschlechterinklusive Sprache.

<sup>142</sup> Ebd.

<sup>143</sup> Universität Graz: Genderleitfaden.

<sup>144</sup> Vgl. Ebd.

<sup>145</sup> Vgl. Ebd.

offiziellen Bundesdokumenten zwar ab, doch einzelne Hochschulen, etwa Zürich oder Basel, gestatten sie in ihren Leitfäden.

Neben dem Leitfaden des Bundeskanzleramts (Kapitel 3.10) geben vor allem einzelne Hochschulen Orientierung. Die Universität Wien bekennt sich ausdrücklich zum geschlechterinklusive Sprachgebrauch, empfiehlt den Genderstern und lehnt das bloße ‚Mitmeinen‘ sowie rein binäre Formulierungen ab. Die Universität Graz erlaubt in ihrem Leitfaden (2022) neben Genderstern und Gender-Gap auch den Gender-Doppelpunkt, während ältere Formen wie Binnen-I, Paarnennung, Klammer- oder Schrägstrich-Varianten als ‚veraltet‘ und binär geprägt eingestuft werden.

Damit wird deutlich, dass im deutschsprachigen Raum zwar eine gemeinsame Zielsetzung besteht, die sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter, die konkrete Umsetzung jedoch stark variiert. Österreich nimmt hier eine Sonderrolle ein: Geschlechtergerechte Sprache wird nicht nur institutionell unterschiedlich gehandhabt, sondern ist in der öffentlichen Debatte besonders politisiert und ideologisch aufgeladen. Diese Rahmenbedingungen sind für die folgende Analyse des Genderverhaltens österreichischer Politiker:innen von zentraler Bedeutung.

### **3.12 Der österreichische Nationalrat**

Der Nationalrat wird alle fünf Jahre bei den Nationalratswahlen durch die österreichischen Staatsbürger:innen gewählt. Da im Nationalrat Gesetze beschlossen werden, zählt dieser zur Legislative. Für den Beschluss eines Bundesgesetzes ist eine einfache Mehrheit erforderlich. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte dem anwesenden Abgeordneten „dafür“ stimmen.<sup>146</sup> Für den Beschluss von Verfassungsgesetzen ist die Zustimmung einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten notwendig.

Das Plenum des Nationalrats bilden 183 Abgeordnete.<sup>147</sup> In den Plenarsitzungen fallen grundsätzliche politische Entscheidungen. Da für das Plenum das Öffentlichkeitsprinzip gilt, können die Sitzungen nach einer Voranmeldung besucht

---

<sup>146</sup> vgl. Parlament Österreich. URL: Sitzungen <https://www.parlament.gv.at/services/infoteam/haeufige-fragen/sitzungen> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>147</sup> vgl. Pelinka / Rosenberger 2007, S. 111.

werden. Auf der offiziellen Webseite des Parlaments<sup>148</sup> finden sich zu jeder Sitzung der genaue Ablauf, stenographische Protokolle sowie Aufzeichnungen (Bild und Ton).

Plenarsitzungen beginnen meistens mit einer „Aktuellen Stunde“, in der eine Aussprache über ein Thema aktuellem Interesse stattfindet, oder mit einer „Fragestunde“, in der Abgeordnete kurze Anfragen an ein Mitglied der Bundesregierung stellen können.<sup>149</sup> Für jede Sitzung gibt es Regeln, die die Reihung der Redner:innen sowie die Verteilung der Redezeiten festlegen.<sup>150</sup> Die „Tagesordnung“ wird für jede Sitzung festgelegt. Hier wird meist das besprochen, was bereits in den Ausschüssen behandelt und beschlossen wurde.<sup>151</sup> Ausschüsse sind kleinere Gruppen von Abgeordneten, in denen fachspezifische Inhalte besprochen werden.

Sitzungstage des Nationalrats finden in der Regel zweimal pro Monat statt. Weitere Sitzungen werden als Sondersitzungen bezeichnet.<sup>152</sup>

Viermal jährlich finden, aufgrund der Bestimmung zur Erörterung von EU-Themen, „Aktuelle Europastunden“ statt.<sup>153</sup>

Die Zusammensetzung des Nationalrats in der 27. Gesetzgebungsperiode (23.10.2019 - 23.10.2024) sieht wie folgt aus: ÖVP mit 71, SPÖ mit 40, FPÖ mit 31, die Grünen mit 26 und die NEOS mit 15 Abgeordneten. In der 27. Gesetzgebungsperiode lag der Frauenanteil im Nationalrat bei 39,34 %, das sind 72 Frauen, bei insgesamt 183 Abgeordneten. In der letzten Gesetzgebungsperiode war der Anteil von Frauen am höchsten. In den Perioden zuvor waren es 63 und 61 Frauen. In der aktuellen, Gesetzgebungsperiode, also seit 24.10.2024, liegt der Anteil bei 36,07 %, das sind 66 Frauen.

---

<sup>148</sup> Parlament Österreich: <https://www.parlament.gv.at/recherchieren/plenarsitzungen/> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>149</sup> Parlament Österreich. URL: <https://www.parlament.gv.at/verstehen/nationalrat/plenarsitzungen/> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>150</sup> vgl. Ebd.

<sup>151</sup> vgl. Ebd.

<sup>152</sup> vgl. Ebd.

<sup>153</sup> vgl. Ebd.

1919 fand die erste bundesweite Wahl mit Frauenbeteiligung statt. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten lag bei 5,7 %.<sup>154</sup> Erst 65 Jahre später, im Jahr 1975, lag der Anteil höher als 5,7 %, und zwar bei 10 %.<sup>155</sup> 1986 betrug der Frauenanteil im Nationalrat 11,5 %.<sup>156</sup> Zwischen 1986 und 1990 war ein Sprung von 11,5 % auf 21,3 % zu beobachten.<sup>157</sup> Grund dafür war zum einem die Quotenbestimmung der SPÖ, die zunächst 25 %, später dann 40 % Frauenanteil auf den Kandidat:innenlisten verlangte, zum anderen die gleichwertige Verteilung bei den Grünen.<sup>158</sup> 2000 beträgt der Frauenanteil im Nationalrat 26,8 %, hingegen niedriger ist der Anteil bei den Gemeinderätinnen mit 14 % und den Bürgermeisterinnen mit 1,5 %.<sup>159</sup> Von 2008 bis 2019 stieg der Frauenanteil im Nationalrat von ca. 27 % auf 34 %.<sup>160</sup>

---

<sup>154</sup> vgl. Pelinka / Rosenberger 2007, S. 111.

<sup>155</sup> vgl. Ebd.

<sup>156</sup> vgl. Ebd.

<sup>157</sup> vgl. Ebd.

<sup>158</sup> vgl. Ebd.

<sup>159</sup> vgl. Ebd.

<sup>160</sup> Parlament Österreichisch. URL: [https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/entw\\_frauen/NR](https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/entw_frauen/NR) [Zugriff: 28.2.2016].



## **4. Empirischer Teil**

### **4.1 Methodik**

Zur Beantwortung der Forschungsfragen und Hypothesen wird für den empirischen Teil dieser Arbeit eine Kombination aus quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse durchgeführt. Zu Beginn wird die Inhaltsanalyse als empirische Methode auf Basis von Rössler (2017) und Früh (2017) vorgestellt. Im Anschluss wird das methodische Verfahren, der Untersuchungszeitraum sowie das ausgewählte Material erläutert.

#### **4.1.1 Inhaltsanalyse**

Die Inhaltsanalyse stellt eine empirische Forschungsmethode dar, die, ähnlich wie viele andere Methoden der empirischen Sozialforschung, sowohl quantitativ als auch qualitativ angewandt werden kann und vor allem in der Kommunikationswissenschaft breite Verwendung findet.<sup>161</sup> Die quantitative Medieninhaltsanalyse, die von Rössler (2017) auch als standardisierte Methode bezeichnet wird, verfolgt das Ziel, die Komplexität medialer Berichterstattung zu reduzieren und zentrale Strukturen sowie wiederkehrende Muster sichtbar zu machen. Sie bezieht sich dabei auf eine große Zahl von Mitteilungen, etwa Redebeiträge, und untersucht diese systematisch auf Tendenzen und Auffälligkeiten. Im Unterschied zur qualitativen Inhaltsanalyse geht es hier nicht um die detaillierte Interpretation einzelner Texte, sondern um die Erfassung allgemeiner Regelmäßigkeiten.<sup>162</sup>

Früh definiert die Inhaltsanalyse als „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, meist mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz auf mitteilungsexterne Sachverhalte.“<sup>163</sup> Demnach ist die systematische Vorgehensweise ein zentrales Prinzip: Jeder Schritt muss klar strukturiert sein, sodass die Methode von der analysierenden Person ablösbar wird und Ergebnisse intersubjektiv nachvollziehbar bleiben.<sup>164</sup> Diese Transparenz ist ein entscheidendes

---

<sup>161</sup> vgl. Rössler 2017, S. 19.

<sup>162</sup> vgl. Ebd., S. 17.

<sup>163</sup> Früh 2017, S. 29.

<sup>164</sup> vgl. Ebd., S. 41.

Qualitätskriterium, da sie gewährleistet, dass die Analyse sowohl reproduzierbar als auch kritisierbar ist.<sup>165</sup>

Zur Generierung empirischer Daten erhebt die Inhaltsanalyse Merkmale von Mitteilungen. Dabei wird ein Realitätsausschnitt (empirisches Relativ) in eine Datenstruktur (numerisches Relativ) überführt.<sup>166</sup> In der quantitativen Variante werden die Häufigkeiten solcher Merkmale gezählt. Sie setzt damit stets eine vorhergehende qualitative Erfassung relevanter Textmerkmale voraus.<sup>167</sup> Während die qualitative Inhaltsanalyse den Einzelfall stärker berücksichtigt und untersucht, was in den Texten steht, konzentriert sich die quantitative Analyse auf die Frage, ob und wie häufig bestimmte Merkmale in einem Korpus vorkommen. Erfasst werden dabei ausschließlich jene Inhalte, die im Hinblick auf die Forschungsfrage relevant sind.<sup>168</sup>

#### **4.1.2 Forschungsdesign**

Um das Genderverhalten österreichischer Politiker:innen zu untersuchen, wird eine Inhaltsanalyse durchgeführt.

Die Inhaltsanalyse stellt ein bewährtes Verfahren der empirischen Kommunikationsforschung dar, das sich besonders gut eignet, um manifeste Inhalte von Texten systematisch zu erfassen und auszuwerten. Im Rahmen dieser Masterarbeit wird die Methode angewendet, um das Genderverhalten in politischen Debatten des österreichischen Nationalrats zu untersuchen. Dabei wird eine Kombination aus quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse gewählt, da sowohl die Häufigkeit (z. B. gendersensible Sprache, Anredeform) als auch inhaltlich-kommunikative (Sprachhandlungen, Geschlechterrollen) erhoben und interpretiert werden sollen. Rössler beschreibt die Inhaltsanalyse als „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“.<sup>169</sup> Ziel der Methode ist es, komplexe gesellschaftliche Kommunikation auf zentrale Strukturen zu reduzieren und systematische Muster erkennbar zu machen. Dies geschieht unter Einsatz

---

<sup>165</sup> vgl. Ebd., S. 42.

<sup>166</sup> vgl. Ebd., S. 35.

<sup>167</sup> vgl. Ebd., S. 41.

<sup>168</sup> vgl. Ebd., S. 67.

<sup>169</sup> Rössler 2017, S. 22.

standardisierter Codierregeln, wodurch ein hohes Maß an Objektivität und Reproduzierbarkeit angestrebt wird.<sup>170</sup> Besonders für politische Reden, wie sie im Nationalrat gehalten werden, eröffnet dies die Möglichkeit, geschlechterspezifische Unterschiede in Rhetorik, Argumentationsstil oder Themenschwerpunkt methodisch zu erfassen. Ein wesentliches Merkmal der Inhaltsanalyse ist die Zerlegung des Materials in sogenannte Analyseeinheiten, welche im Fall dieser Arbeit aus Redebeiträge bzw. einzelnen Substantiven von Abgeordneten bestehen. Jede Einheit wird anschließend anhand zuvor definierter Kategorien codiert. Diese Kategorien sind so gewählt, dass sie sowohl formale Merkmale (z. B. Datum, Geschlecht, Parteizugehörigkeit) als auch inhaltliche Aspekte (z. B. Genderverhalten, Exakter Wortlaut) erfassen können.<sup>171</sup> Die inhaltsanalytische Vorgehensweise basiert somit auf der Entwicklung eines klar strukturierten Codebuchs, das als zentrales Instrument zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit und Reliabilität dient. Zudem unterscheidet Rössler zwischen quantitativer, qualitativer und integrativer Inhaltsanalyse. Während die quantitative Analyse vor allem Häufigkeiten und Verteilungen erhebt, liegt der Fokus der qualitativen Methode auf der tiefen Deutung einzelner Textstellen. Die integrative Inhaltsanalyse, wie sie von Früh definiert wurde, kombiniert beide Ansätze und erlaubt es, auch implizite Bedeutungen systematisch zu erschließen.<sup>172</sup> Ein weiteres zentrales Konzept ist die Intersubjektivität, das heißt, verschiedene Codierer:innen sollten bei Anwendung desselben Instruments zum selben Ergebnis kommen. Dies wird durch präzise Kategoriebeschreibungen, Codierer-Schulungen und Beispielcodierungen im Codebuch erreicht.<sup>173</sup> Im Hinblick auf die Auswahl des Materials wird in dieser Arbeit mit Auswahlseinheiten gearbeitet, die in Form zufällig ausgewählter Nationalratssitzungen aus offiziellen Parlamentsprotokollen oder Videoaufnahmen vorliegen.

---

<sup>170</sup> vgl. Ebd., S. 21–22.

<sup>171</sup> vgl. Ebd., S. 95–100.

<sup>172</sup> vgl. Früh 2015, S. 70.

<sup>173</sup> vgl. Rössler 2017, S. 22–23.

#### **4.1.2.1 Forschungsfragen und Hypothesen**

Es haben sich nun zwei Forschungsfragen ergeben.

Forschungsfrage 1: Wie hat sich das Genderverhalten der österreichischen Politiker:innen in den vergangenen Jahren (2019–2024) geändert?

H1: In Reden der FPÖ wird am wenigsten gegendert.

H2: In Reden der Grünen wird am meisten gegendert.

H3: 2024 wird mehr gegendert als 2019.

H4: Es gibt Personen, die das Gendern strikt verweigern.

H5: Weibliche Abgeordnete gendern mehr als männliche Abgeordnete.

Durch eine frühere Durchsicht der Nationalratssitzungen und der Kenntnisnahme der inhaltlichen Positionen der Parteien, lässt sich daraus schließen, dass in Reden der FPÖ am wenigsten bzw. gar nicht gegendert wird und in Reden der Grünen am meisten gegendert wird. Die Debatte rund ums Gendern hat in der Öffentlichkeit an Relevanz gewonnen. Daher wird vermutet, dass 2024 mehr gegendert wird als 2019. Während bzw. nach der Durchsicht konnte ebenso festgestellt werden, dass es Personen gibt, die das Gendern strikt verweigern. Da Frauen im österreichischen Parlament unterrepräsentiert sind (39,34 % Frauenanteil in der 27. Gesetzgebungsperiode), kann davon ausgegangen werden, dass der Mehrheit der Frauen die Sichtbarmachung von Frauen wichtiger ist.

Forschungsfrage 2: Welche Genderform wird bevorzugt verwendet?

H1: Das binäre Gendersystem wird häufiger angewendet als das geschlechtsneutrale Gendersystem.

H2: Die Wahl der Genderform hängt von der Parteizugehörigkeit der sprechenden Person ab.

Da die rechtliche Anerkennung in Österreich eines dritten Geschlechtes erst seit 2018 gilt, wird davon ausgegangen, dass das binäre Gendersystem gängiger ist und eher verwendet wird. Aufgrund der inhaltlichen Position der Parteien kann daraus geschlossen werden, dass die Wahl der Genderform von der Parteizugehörigkeit abhängt.

#### 4.1.2.2 Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum ist die letzte Gesetzgebungsperiode, sie fand von 23.10.2019 bis 23.10.2024 statt. Es wurden 15 Nationalratssitzungen untersucht, wie in Tabelle 1 ersichtlich:

| Sitzungsnummer | Datum      | Kommentar           | Link                                                                                                                                                              |
|----------------|------------|---------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1              | 23.10.2019 | gesamte Sitzung     | <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/1/fnameorig_796482.html">https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/1/fnameorig_796482.html</a> |
| 5              | 26.11.2019 | gesamte Sitzung     | <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/5/fnameorig_795936.html">https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/5/fnameorig_795936.html</a> |
| 16             | 15.03.2020 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/16/fname_798123.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/16/fname_798123.pdf</a>                   |
| 33             | 29.05.2020 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/33/fname_813382.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/33/fname_813382.pdf</a>                   |
| 60             | 05.11.2020 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/60/fname_876492.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/60/fname_876492.pdf</a>                   |
| 101            | 03.05.2021 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/101/fname_997507.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/101/fname_997507.pdf</a>                 |
| 119            | 19.07.2021 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/119/fname_1016748.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/119/fname_1016748.pdf</a>               |
| 130            | 18.11.2021 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/130/fname_1438298.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/130/fname_1438298.pdf</a>               |
| 145            | 08.03.2022 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/145/fname_1575556.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/145/fname_1575556.pdf</a>               |
| 217            | 01.06.2023 | gesamte Sitzung     | <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/217/fname_1637108.pdf">https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/217/fname_1637108.pdf</a>     |
| 237            | 25.10.2023 | gesamte Sitzung     | <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/237/fname_1627342.pdf">https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/237/fname_1627342.pdf</a>     |
| 248            | 15.12.2023 | gesamte Sitzung     | <a href="http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/248/fname_1648641.pdf">http://parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/248/fname_1648641.pdf</a>               |
| 252            | 28.02.2024 | nur „2. Punkt:      | <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/252/fname_1660461.pdf">https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/252/fname_1660461.pdf</a>     |
| 175            | 05.07.2024 | gesamte Sitzung     | <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/275/fname_1684271.pdf">https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/275/fname_1684271.pdf</a>     |
| 276            | 18.09.2024 | nur 1. und 2. Punkt | <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/276/fname_1685110.pdf">https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/276/fname_1685110.pdf</a>     |

Tabelle 1: Untersuchte Nationalratssitzungen

#### **4.1.2.3 Untersuchungsmaterial**

Untersucht werden die Redebeiträge von Politiker:innen mittels der stenographischen Protokolle, die auf der Webseite des Parlamentes zur Verfügung gestellt werden. Unterstützend werden auch die Aufzeichnungen (Bild und Ton) herangezogen.

#### **4.1.2.4 Analyseeinheit**

Die Analyseeinheit sind einzelne Wörter der Politiker:innen. Im weiteren Verlauf werden diese unter „Wörter“, sowie „Substantive“ verwendet, um Mehrfachnennung zu vermeiden.

Für die Analyse werden 15 zufällig ausgewählte Sitzungen herangezogen.

#### **4.1.2.5 Festlegung der Kategorien**

Die Entwicklung eines Codebuchs samt Kategoriensystem stellt die zentrale Grundlage einer Inhaltsanalyse dar und ist für ihre Durchführung unerlässlich. Das Codebuch enthält sämtliche Anweisungen und Kriterien, die zur Codierung des Untersuchungsmaterials herangezogen werden. Im Sinne der Transparenz – einem der zentralen Qualitätsmerkmale der Inhaltsanalyse – wird das vollständige Codebuch im Anhang dieser Arbeit veröffentlicht.<sup>174</sup> Da mit Hilfe des Codebuchs bestimmte Merkmale messbar gemacht werden, erfolgt die Erfassung einzelner Textausprägungen in Form von Zahlenwerten. Dies erleichtert die statistische Verarbeitung erheblich. Selbst Merkmale auf Nominalniveau, wie etwa das bloße Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Phänomens, werden numerisch abgebildet.<sup>175</sup>

Wichtig ist zudem die Unterscheidung zwischen Analyseeinheit und Codiereinheit. Letztere bezeichnet die Bezugsgröße, auf die sich das Kategoriensystem in der praktischen Anwendung bezieht. Die Codiereinheit dieser Untersuchung sind die Redebeiträge der Politiker:innen. Die Analyseeinheit die Wörter/Substantive bzw. Anreden der Politiker:innen.

---

<sup>174</sup> vgl. Rössler 2017, S. 95.

<sup>175</sup> vgl. Ebd., S. 103.

Bei der Erstellung des Kategoriensystems empfiehlt sich ein theorie- und empiriegeleitetes Vorgehen. Theoriegeleitet bedeutet, dass die Kategorien zunächst aus den Hypothesen abgeleitet werden.<sup>176</sup> Bei der anschließenden empiriegeleiteten Kategorienbildung werden die aus den Hypothesen abgeleiteten Kategorien auf eine Stichprobe des Sampels angewendet. Dies hat das Ziel, das Kategoriensystem zu ergänzen.<sup>177</sup>

Da die empiriegeleitete Kategorienbildung nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Sample betrachtet, kann es vorkommen, dass das Kategoriensystem während der Codierung ergänzt werden muss. Hierbei ist es wichtig, die Codierung an dieser Stelle zu stoppen, da sonst die ausstehenden Analyseeinheiten mit einem veränderten Kategoriensystem codiert werden und die Vorgehensweise dadurch nicht mehr systematisch ist. Wenn dieser Fall eintritt, dann muss das gesamte Sample mit dem ergänzten Kategoriensystem erneut codiert werden.<sup>178</sup> Dies war, wie in Kapitel 4.1.2.6 beschrieben, nur während der Probecodierung der Fall.

Das Kategoriensystem unterscheidet zwischen formalen und inhaltlichen Kategorien. Formale Kategorien sind physisch vorliegende und meist weniger komplexe Merkmale. Sie können ohne weitere Schlussfolgerung codiert werden. Zum Beispiel Datum, Redner:in, Geschlecht der Redner:in etc.<sup>179</sup> Inhaltliche Kategorien hingegen sind von größerer Bedeutung und vom Erkenntnisinteresse abhängig. Sachverhalte müssen korrekt klassifiziert, also zwischen mehreren Alternativen eingeordnet werden und setzen eine präzise Kenntnis des Kategoriensystems voraus. Zu den inhaltlichen Kategorien zählen beispielsweise das Genderverhalten oder der exakte Wortlaut.<sup>180</sup>

Die formalen Kategorien (A) sind: Die Identifikationsnummer der Sitzung (A0) (jeder Nationalratssitzung wird eine fortlaufende Identifikationsnummer zugewiesen, diese beginnt bei jeder neuen Gesetzgebungsperiode mit der Sitzungsnummer „1“), die Identifikationsnummer der Rede (A1) (jeder Rede wird eine fortlaufende Identifikationsnummer zugewiesen. Hier ist wichtig anzumerken, dass einer Person

---

<sup>176</sup> vgl. Früh 2017, S. 146.

<sup>177</sup> vgl. Ebd., S. 148.

<sup>178</sup> vgl. Ebd., S. 97.

<sup>179</sup> vgl. Rössler 2017, S. 111.

<sup>180</sup> vgl. Rössler 2017, S. 128.

pro Sitzung eine Rede-ID zugewiesen wird), das Datum (A2) (das Datum der Nationalratssitzung im Format TT.MM.JJJJ.), der:die Redner:in (A3) (hier werden alle Redner:innen codiert, die innerhalb einer Nationalratssitzung Redebeiträge halten), das Geschlecht der Redner:in (A4) ( hier wird das Geschlecht der Redner:in angegeben: w = weiblich, m = männlich, d = divers, x = keine Angabe, o = unbekannt), die Parteizugehörigkeit (A5) (hier wird die Parteizugehörigkeit der jeweiligen Redner:innen angegeben. Folgende Parteien, die im Nationalrat vertreten sind: ÖVP, SPÖ, FPÖ, Die Grünen, NEOS sowie die Seitenangabe (A6) (die genaue Seitenangabe des Protokolls wird codiert).

Die inhaltlichen bzw. informellen Kategorien (B) sind: Genderverhalten 1 (B0) (hier wird codiert, ob in der Rede gegendert wird: ja, nein), Genderverhalten 2 (B1) (hier wird codiert, welches Gendersystem die:der Redner:in verwendet: Binäres Gendersystem, / Paarform, neutral, genderinklusiv, sonstige), Exakter Wortlaut (B2) (Hier werden die exakten Wortlaute der gegenderten Wörter codiert), die Stelle (B3) (Hier wird codiert, ob nur in der Anrede oder an mehreren Stellen gegendert wird: nur in der Anrede oder an mehreren Stellen), Anmerkungen (B4) (hier werden nennenswerte Anmerkungen hinzugefügt. Beispielsweise, ob abwertend / ironisch gegendert wird) sowie der Link (B5), der zum stenographischen Protokoll der zur Rede führt. In Tabelle 2 werden die möglichen Variablen der Kategorie B1 zusammengetragen:

| Variable             | Beispiel                   |
|----------------------|----------------------------|
| Binäres Gendersystem | Studentinnen und Studenten |
|                      | StudentInnen               |
| Neutral              | Studierende                |
| Genderinklusiv       | Student:innen              |
| Sonstige             | /                          |

Tabelle 2: Variablen der Kategorie B1



#### 4.1.2.6 Probecodierung

Bevor das Codebuch endgültig angewendet werden kann, ist ein Praxistest mit dem Untersuchungsmaterial erforderlich. Dazu wird eine Stichprobe aus dem Gesamtsample entnommen und unter realen Bedingungen codiert. Ziel dieser Probecodierung ist es, das Messinstrument hinsichtlich seiner Gültigkeit (Validität) und Verlässlichkeit (Reliabilität) zu überprüfen. Unter Validität wird verstanden, dass das Instrument tatsächlich das erfasst, was es in Bezug auf die Forschungsfragen messen soll. Werden alle relevanten Aspekte abgebildet, kann von einer validen Inhaltsanalyse gesprochen werden. Reliabilität wiederum bezieht sich auf die präzise Beschreibung und korrekte Anwendung des Codebuchs. Eine Analyse gilt als zuverlässig, wenn identisches Material entweder zu einem späteren Zeitpunkt erneut oder von unterschiedlichen Codierenden codiert wird und dabei dieselben Ergebnisse entstehen<sup>181</sup>.

Nach der Probecodierung wurde die Kategorie A0 (Identifikationsnummer) an die Sitzungsnummer der offiziellen Parlamentswebsite angepasst. Hintergrund dieser Anpassung ist, dass an einzelnen Tagen mehrere Sitzungen stattfinden können und durch die eindeutige Sitzungsnummer eine klare Zuordnung der untersuchten Sitzung gewährleistet wird. Aufgrund einer besseren Durchführung werden bei den Namen die Titel der Personen nicht angeführt. Da die Anrede ausnahmslos mit „Sehr geehrte Damen und Herren“ (und nicht „Sehr geehrte Herren“) beginnt wird diese Anrede in der Codierung nicht weiter berücksichtigt. Dies begünstigt auch einen besseren Überblick im Codebuch. Die Kategorie B3 (Stellen) wird um die Variable 3 „an einzelnen Stellen“ erweitert. In der Probecodierung hat sich herausgestellt, dass in einigen Reden nicht nur in der Anrede (1) oder an mehreren Stellen (2), sondern an einzelnen Stellen (3) gegendert wird. In der neuen Kategorie B5 (Link) wird der Link, der zum Protokoll führt, angeführt. Dies dient dazu, dass schneller auf Daten zurückgegriffen werden kann. Zudem wurde beschlossen, nicht 60 Nationalratssitzungen, wie zu Beginn geplant, zu codieren. Da dies ein größeres Ausmaß annehmen würde, wurden nun 15 Nationalratssitzungen für diese Arbeit herangezogen.

---

<sup>181</sup> vgl. Früh 2017, S. 114

## 4.2 Darstellung der Ergebnisse

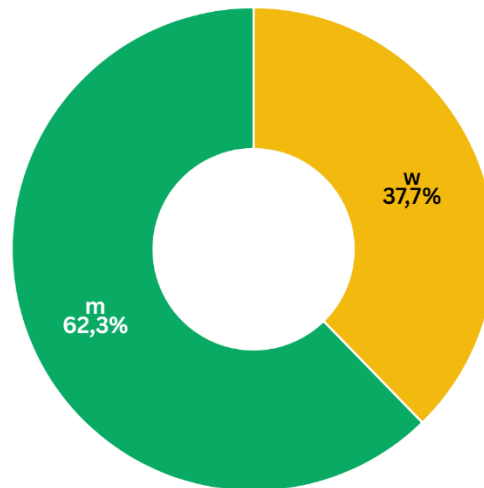
In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Stichprobe dargestellt. In Kapitel 4.3 werden diese anschließend diskutiert, in einen größeren Zusammenhang eingeordnet und im Hinblick auf die Forschungsfrage näher erläutert. Im Untersuchungszeitraum von 23.10.2019 bis 23.10.2024 wurden in den Protokollen von 15 Nationalratssitzungen insgesamt 1.581 Substantive codiert. Davon entfielen 596 auf weibliche Abgeordnete und 985 auf männliche Abgeordnete. Insgesamt wurden 903 Substantive gendert, davon 427 von Frauen und 476 von Männern. Nicht gendert wurden 678 Substantive, davon 169 von weiblichen (in den Abbildungen als „w“ ersichtlich) und 509 von männlichen (in den Abbildungen als „m“ ersichtlich) Abgeordneten. Um in den folgenden Abbildungen wiederholt auf die absoluten Zahlen zurückgreifen zu können, werden diese der Vollständigkeit halber in Tabelle 3 dargestellt:

|        | gendert | davon<br>w<br>Wortlaute | davon<br>m<br>Wortlaute | nicht<br>gendert | davon<br>w | davon<br>m | Gesamt | davon<br>w | davon<br>m |
|--------|---------|-------------------------|-------------------------|------------------|------------|------------|--------|------------|------------|
| FPÖ    | 35      | 12                      | 23                      | 208              | 47         | 161        | 243    | 59         | 184        |
| Grüne  | 218     | 114                     | 104                     | 86               | 29         | 57         | 304    | 143        | 161        |
| SPÖ    | 238     | 152                     | 86                      | 90               | 37         | 53         | 328    | 189        | 139        |
| NEOS   | 139     | 75                      | 64                      | 113              | 30         | 83         | 252    | 105        | 147        |
| ÖVP    | 273     | 74                      | 199                     | 181              | 26         | 155        | 454    | 100        | 354        |
| Gesamt | 903     | 427                     | 476                     | 678              | 169        | 509        | 1581   | 596        | 985        |

Tabelle 3: Absolute Zahlen der Stichprobe

Im Untersuchungszeitraum wurden 243 Substantive von der FPÖ, 304 von den Grünen, 328 von der SPÖ, 252 von der NEOS und 454 von der ÖVP codiert. Abbildung 1 zeigt den Gesamtanteil nach Geschlecht: 37,7 % der Substantive stammen von weiblichen und 62,3 % von männlichen Abgeordneten.

### Anteil aller Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten

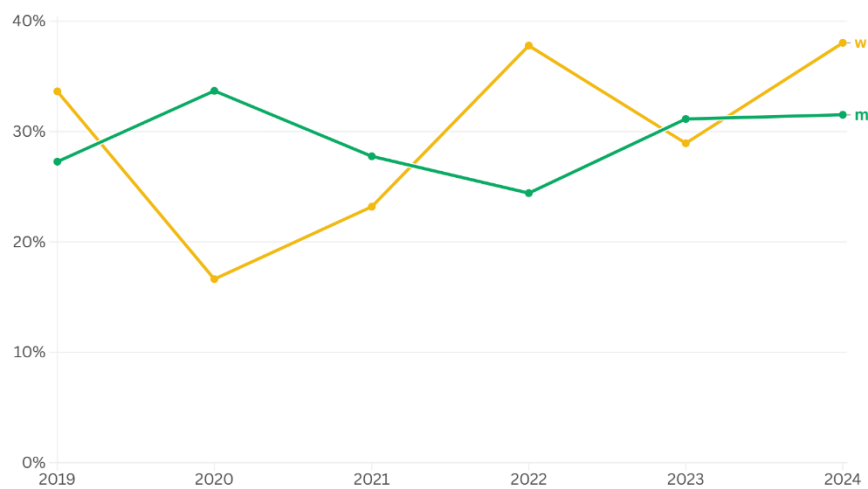


N= 1581, Untersuchungszeitraum: 23.10.2019 - 18.9.2024

Abbildung 1: Anteil aller Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten

Abbildung 2 zeigt den zeitlichen Verlauf der Anteile gegenderter Substantive nach Geschlecht:

### Zeitlicher Verlauf gegenderter Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten



N= 1581, Untersuchungszeitraum: 23.10.2019 - 18.9.2024 • relative Häufigkeit

Abbildung 2: Anteil der gegenderter Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten, Zeitverlauf

Im Jahr 2019 entfielen 33,64 % aller Substantive gegenderte Substantive auf weibliche, 27,27 % auf männliche Abgeordnete. Das bedeutet, dass 2019 60,91 % aller Substantive gegenderte Beiträge waren.

Im Jahr 2020 betrugen die Anteile 16,63 % bei weiblichen und 33,69 % bei männlichen Abgeordneten. Zum Vergleich: 2019 waren 115 Substantive von weiblichen und 105 von männlichen Abgeordneten, während es 2020 134 Substantive von Frauen und 335 von Männern waren. Dies gibt einen Hinweis, auf die im Theorieteil beschriebene Aussage, dass Frauen im Parlament unterrepräsentiert sind. Weiters wird darauf in Kapitel 4.3 erläutert.

Im Jahr 2021 entfielen 23,19 % der Substantive auf weibliche und 27,76 % auf männliche Abgeordnete, wobei der Anteil gegendeter Substantive bei Männern etwas höher lag als bei Frauen, obwohl Männer mit 172 Substantiven fast doppelt so viele Beiträge hatten wie Frauen mit 91 Substantiven.

2022 betrugen die Anteile gegendeter Substantive 37,79 % für weibliche und 24,42 % für männliche Abgeordnete, sodass der Anteil bei Frauen deutlich höher war als bei Männern. In diesem Jahr wurden jedoch nur 82 Substantive von Frauen, aber 90 von Männern codiert.

Im Jahr 2023 lagen die Anteile gegendeter Substantive bei 28,94 % für weibliche und 31,14 % für männliche Abgeordnete, wobei Männer mit 177 Beiträgen fast doppelt so viele Beiträge verfassten wie Frauen mit 96 Beiträgen. Der Anteil gegendeter Substantive war bei Männern damit geringfügig höher.

2024 stiegen die Anteile erneut auf 38,04 % für weibliche und 31,52 % für männliche Abgeordnete, sodass der Anteil bei Frauen deutlich höher war als bei Männern. In diesem Jahr wurden jedoch nur 78 Substantive von Frauen, aber 106 von Männern codiert. Der Anteil der gegenderten Substantive ist damit bei weiblichen Abgeordneten höher, obwohl 2024 insgesamt weniger Substantive von Frauen stammen.

In den Jahren 2022 und 2024 lag der Anteil gegendeter Substantive bei Frauen höher als bei Männern, obwohl insgesamt weniger bzw. nur minimal weniger Substantive von Frauen codiert wurden. Dies deutet darauf hin, dass weibliche Abgeordnete tendenziell

stärker auf gegenderte Formulierungen zurückgreifen, was im folgenden Kapitel näher diskutiert wird.

Wie in Abbildung 3 ersichtlich, wurden bei den weiblichen Abgeordneten 71,64 % der Substantive gegendert und 28,36 % nicht gegendert. Bei den männlichen Abgeordneten lag der Anteil gegenderter Substantive bei 48,32 %, der nicht-gegenderter bei 51,68 %. Damit ist der Anteil gegenderter Substantive bei Frauen deutlich höher als bei Männern. :

### Anteil der gegenderten Substantive nach Geschlecht

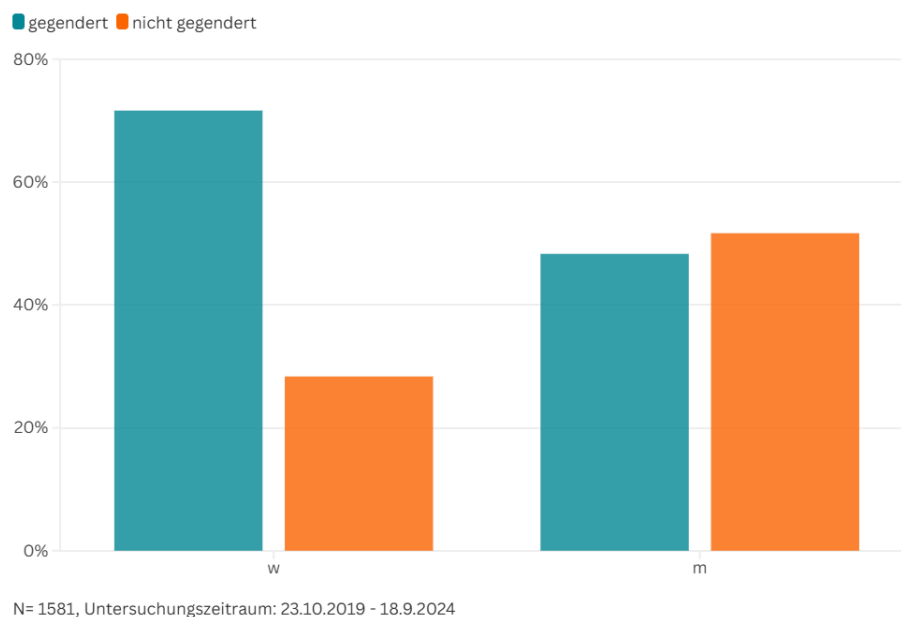


Abbildung 3: Anteil der gegenderten Substantive nach Geschlecht der Abgeordneten

Abbildung 4 zeigt den Zeitverlauf gegenderter Substantive im gesamten Untersuchungszeitraum. Im Jahr 2019 liegt die relative Häufigkeit der gegenderten Wörter bei 60,91 %, was auf eine bereits deutlich ausgeprägte Verwendung hinweist.

In den Jahren 2020 und 2021 ist ein deutlicher Rückgang zu beobachten, mit Werten von 50,32 % bzw. 50,95 %, was auf mögliche gesellschaftliche, politische oder redaktionelle Einflüsse hindeuten könnte.

Ab 2022 zeichnet sich jedoch wieder ein Anstieg ab, der die Verwendung gegenderter Substantive kontinuierlich erhöht, bis im Jahr 2024 ein Höchstwert von 69,57 % erreicht wird:

### Zeitlicher Verlauf der gegenderten Substantive insgesamt

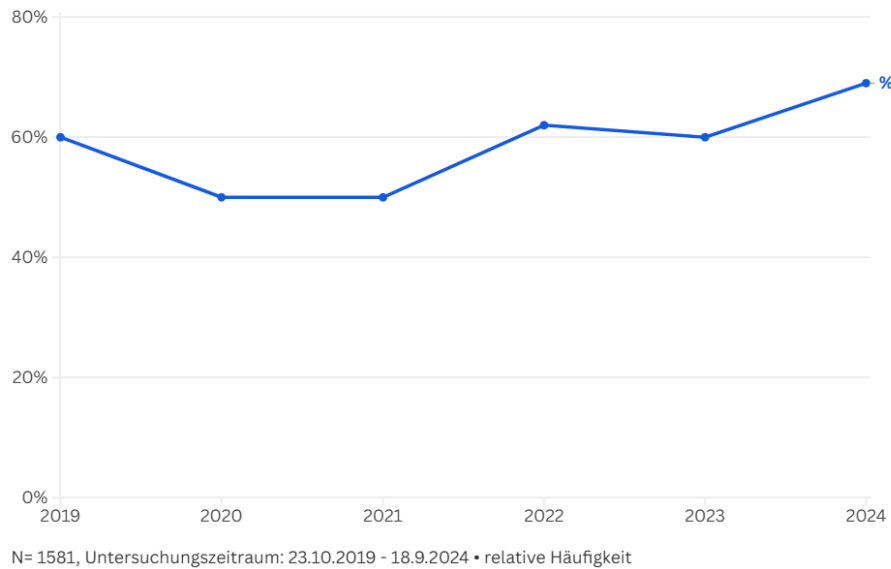


Abbildung 4: Anteil der gegenderten Substantive insgesamt, Zeitverlauf

Die nächsten vier Abbildungen zeigen die Parteien im Vergleich. In den Kapiteln 4.2.1 bis 4.2.5 wird näher auf die jeweiligen Parteien eingegangen. Die Abbildungen 5 und 6 stellen die relative Häufigkeit gegendeter Substantive für die Gesamtstichprobe dar, während Abbildungen 7 und 8 die relative Häufigkeit innerhalb der Parteien zeigen. Für Abbildungen 7 und 8 wurden die Gesamtbeiträge jeder Partei auf 100 % normiert, um den Anteil der gegenderten Substantive an den jeweiligen Gesamtbeiträgen der Parteien zu verdeutlichen. Abbildung 5 zeigt den Anteil der gegenderten Substantive der Parteien im Jahresverlauf. Dabei sind die absoluten Zahlen aus Tabelle 3 zu berücksichtigen: Je höher der Anteil der Wörter einer Partei in einem Jahr ist, desto höher ist tendenziell auch der Anteil der gegenderten Wörter.

Der zeitliche Verlauf zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Die ÖVP liegt in zwei Jahren an der Spitze, mit schwankenden Anteilen zwischen 14,45 % (2021) und 24,46 % (2024), wobei ein deutlicher Anstieg im Jahr 2024 zu beobachten ist. Die SPÖ weist ebenfalls starke Schwankungen auf, mit einem Tiefpunkt 2020 (9,38 %) und einem kontinuierlichen Anstieg auf 25,54 % im Jahr 2024. Die Grünen zeigen 2019–2021 moderate Anteile um 11–13 %, erreichen 2022 mit 22,67 % ihren Höchstwert, fallen 2023 wieder auf 15,02 % und liegen 2024 bei 13,04 %. Die NEOS verzeichnen

einen kontinuierlichen Rückgang von 15,45 % (2019) auf 5,98 % (2024). Die FPÖ bleibt über den gesamten Zeitraum am niedrigsten, zwischen 3,64 % (2019) und 0,54 % (2024), und zeigt damit eine weitgehend kontinuierliche geringe Verwendung gegenderter Substantive. Insgesamt lässt sich festhalten, dass ÖVP und SPÖ im Zeitverlauf tendenziell zunehmen, die Grünen 2022 einen Spitzenwert erreichen, während NEOS und FPÖ durchgehend geringe Anteile aufweisen:

### Zeitlicher Verlauf der gegenderten Substantive im Gesamtverhältnis

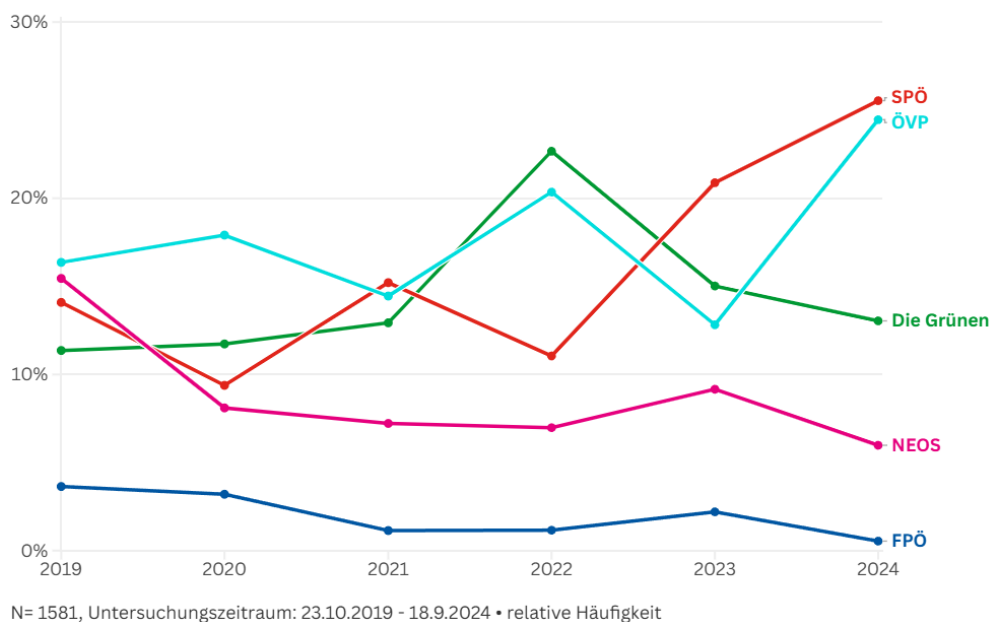


Abbildung 5: Anteil der gegenderten Substantive nach Parteien, Zeitverlauf

Die ÖVP weist mit 17,27 % den höchsten Anteil gegenderter Substantive auf, gefolgt von der SPÖ mit 15,05 % und den Grünen mit 13,79 %. Die NEOS liegen bei 8,79 %, während die FPÖ mit 2,21 % den geringsten Anteil gegenderter Substantive verzeichnet. Bei den nicht-gegenderten Substantiven zeigt sich ein umgekehrtes Muster: Hier hat die FPÖ mit 13,16 % den höchsten Anteil, gefolgt von der ÖVP mit 11,45 %, den NEOS mit 7,15 %, der SPÖ mit 5,69 % und den Grünen mit 5,44 %.

Diese Verteilung deutet darauf hin, dass Parteien, die einen höheren Anteil an gegenderten Substantiven verwenden, tendenziell einen geringeren Anteil nicht-gegenderter Substantive aufweisen.

## Anteil der Substantive im Gesamtverhältnis

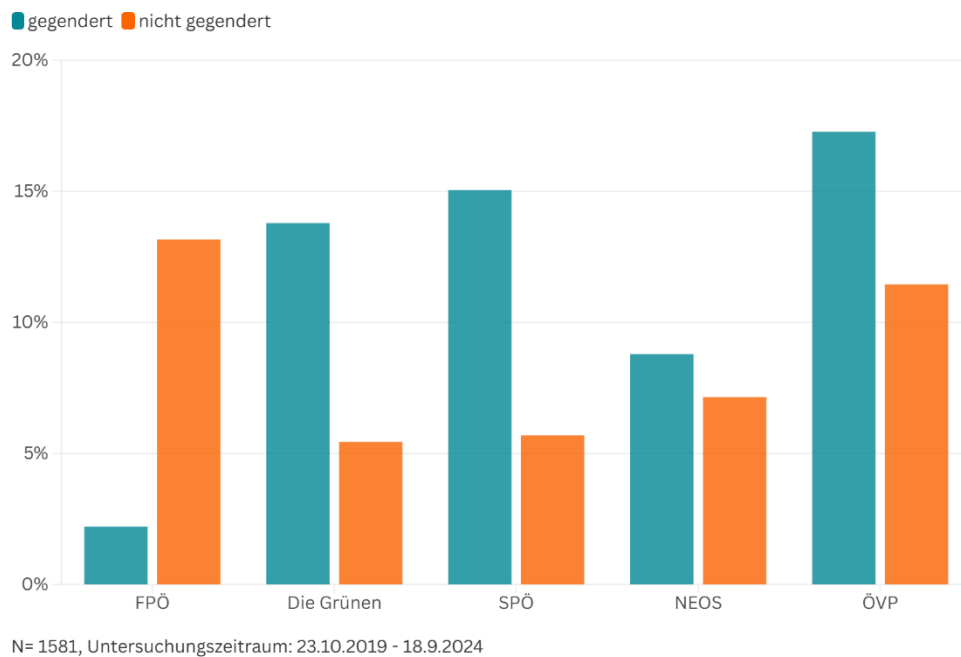


Abbildung 6: Anteil der Substantive im Gesamtverhältnis nach Parteien

Wie hoch der Anteil der gegenderten Substantive zu den Gesamtbeiträgen der Parteien ist, zeigen die Daten in den nun folgenden Abbildungen 7 und 8.

Zwischen 2019 und 2024 zeigt sich eine differenzierte Entwicklung der Anteile der österreichischen Parteien an ihren Gesamtbeiträgen. Die FPÖ weist in diesem Zeitraum die stärksten Rückgänge und ausgeprägten Schwankungen auf. Nach einem Anteil von 21,62 % im Jahr 2019 stieg dieser 2020 leicht auf 24,59 %, bevor es in den Folgejahren zu deutlichen Rückgängen kam. 2021 lag der Anteil nur noch bei 5,88 % und 2024 bei 5 %. Diese Entwicklung deutet auf einen signifikanten Abfall der Anteile der Partei im untersuchten Zeitraum hin.

Die Grünen zeigten überwiegend hohe und stabile Anteile. Nach 73,53 % im Jahr 2019 fiel der Wert 2020 auf 56,12 %, bevor er 2021 wieder auf 69,39 % anstieg. In den Jahren 2022 und 2023 erreichten die Anteile mit 90,70 % bzw. 87,23 % ihren Höhepunkt, 2024 ging der Wert leicht auf 72,73 % zurück. Insgesamt deutet dies auf eine konsistent starke Position der Partei hin, insbesondere in den Jahren 2022 und 2023. Die SPÖ zeigt ebenfalls hohe Anteile, jedoch mit ausgeprägten Schwankungen. Nach einem Spitzenwert von 86,11 % 2019 fiel der Anteil 2020 auf 53,01 %, stieg 2021



auf 70,18 % und lag in den Folgejahren zwischen 67,86 % und 90,48 %. Diese Entwicklung weist auf eine grundsätzlich stabile, aber schwankungsanfällige Beitragsstruktur hin. Die NEOS verzeichneten konstante Anteile zwischen 49,02 % und 68,75 %. Ausreißer waren 2023 mit 49,02 % und 2024 mit 68,75 %, wobei die Partei insgesamt eine moderate Stabilität aufweist. Die ÖVP begann 2019 mit 69,23 % und verzeichnete in den Folgejahren einen Rückgang auf Werte zwischen 52,83 % und 63,64 %, bevor 2024 mit 83,33 % ein deutlicher Anstieg erfolgte, der das stärkste Jahr im betrachteten Zeitraum markiert.

Die FPÖ weist die größten Rückgänge und stärksten Schwankungen auf, während Grüne, SPÖ, NEOS und ÖVP insgesamt hohe Anteile halten. Die Grünen und die ÖVP zeigen dabei besonders ausgeprägte Spitzenjahre, während die SPÖ trotz hoher Werte deutlichen Schwankungen unterliegt.

### Zeitlicher Verlauf der gegenderten Substantive im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Substantive der jeweiligen Parteien

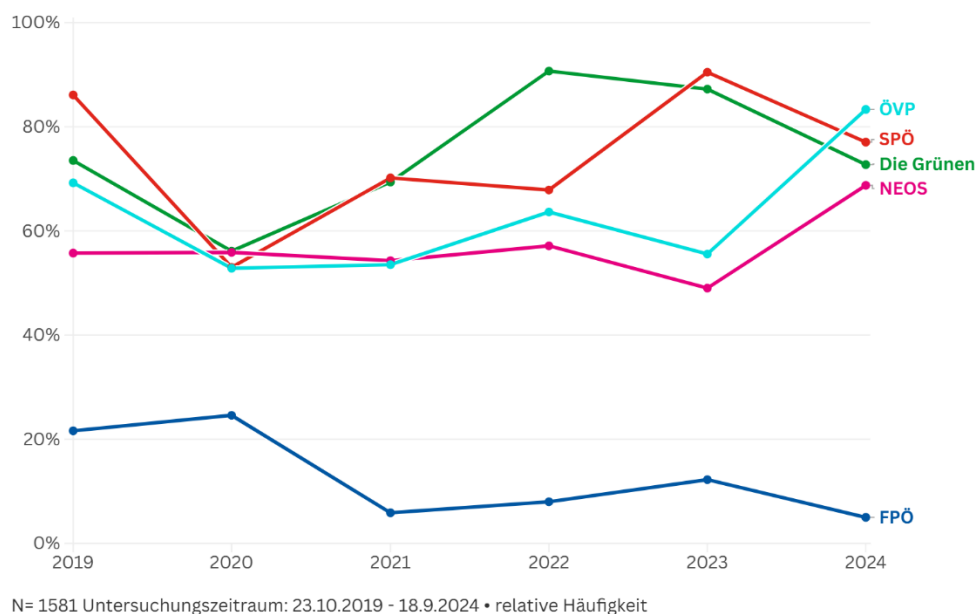


Abbildung 7: Anteil der gegenderten Substantive innerhalb der Parteien, Zeitverlauf

Die Analyse aller Beiträge der Parteien hinsichtlich der Verwendung genderner und nicht-genderner Substantive in Bezug zu ihren Gesamtbeträgen zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Die FPÖ verwendet nur einen geringen Anteil

gegengerter Wörter, der bei 14,40 % liegt, während 85,60 % der Beiträge nicht gegendert sind. Dies verdeutlicht eine stark einseitige Verwendung nicht-gegengerter Formen. Demgegenüber weisen die Grünen einen sehr hohen Anteil gegengerter Wörter auf, der 71,71 % beträgt, während lediglich 28,29 % der Beiträge nicht gegendert sind. Ähnlich zeigt die SPÖ einen hohen Anteil gegengerter Substantive von 72,56 %, während der nicht-gegengerter Anteil bei 27,44 % liegt. Beide Parteien zeichnen sich damit durch eine überwiegende Verwendung gegengerter Formen aus. Die NEOS liegen mit 55,16 % gegengerter Substantiven und 44,84 % nicht-gegengerter Substantiven im mittleren Bereich, was auf eine ausgeglichene Verwendung hinweist. Die ÖVP verwendet mit 60,13 % gegengerter Wörtern ebenfalls einen überwiegenden Anteil gegengerter Formen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Verwendung gegengerter Wörter zwischen den Parteien stark variiert. Während FPÖ überwiegend nicht-gegengerter Formen verwendet, setzen Grüne und SPÖ konsequent auf gegengerte Sprache. NEOS und ÖVP bewegen sich zwischen diesen Extremen und zeigen eine mittlere Gewichtung gegengerter und nicht-gegengerter Wörter.

#### Anteil der gegengerter Substantive im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Wörter der jeweiligen Parteien

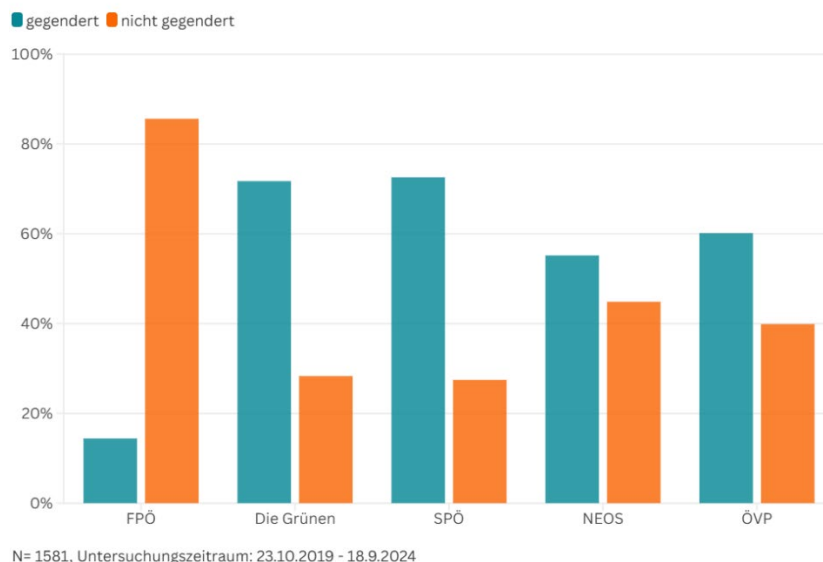


Abbildung 8: Anteil der gegengerter Substantive innerhalb der Parteien

Die Analyse zeigt, dass der Anteil gegengerter Substantive innerhalb der Parteien eng mit ihrer Gewichtung in den Gesamtbeiträgen zusammenhängt. Parteien wie Grüne

und SPÖ, die innerparteilich stark auf gegenderte Sprache setzen, weisen auch in Bezug auf ihre Gesamtbeiträge vergleichsweise hohe Anteile gegendeter Substantive auf. Dies deutet darauf hin, dass eine konsequente Verwendung gegendeter Formen innerhalb der Partei sich direkt auf die Darstellung in der öffentlichen Kommunikation auswirkt. Die FPÖ verwendet hingegen überwiegend nicht-gegenderte Formen, während NEOS und ÖVP eine mittlere Position einnehmen, was auf eine selektive oder kontextabhängige Nutzung gegendeter Sprache hindeutet. Damit wird deutlich, dass die innerparteiliche Praxis gegendeter Sprache den Anteil an den Gesamtbeiträgen maßgeblich prägt, selbst wenn der absolute Anteil im Vergleich zu allen Beiträgen insgesamt moderat bleibt. Gleichzeitig lässt sich erkennen, dass die sprachliche Positionierung der Parteien nicht nur Ausdruck interner Normen und Strategien ist, sondern auch Rückschlüsse auf die politische Haltung und den Umgang mit gendergerechter Sprache zulässt.

#### **4.2.1 ÖVP**

Von der Gesamtstichprobe stammen 454 (28,71 %) Beiträge von der ÖVP (vgl. Tabelle 3).

Im Jahr 2019 betrug ihr Anteil 23,64 % (52) an Substantiven (Tabelle 3). 16,36 % (36) aller Substantive in diesem Jahr stammen von der ÖVP und wurden gegendert (Abb. 5). In Bezug zur Anzahl ihrer Beiträge sind das 69,23 % (36) (Abb. 7).

2020 steigt der Anteil in Bezug auf alle Substantive auf 17,91 % (Abb. 5). Werden die gegenderten Wörter nun im Verhältnis zu ihren Beiträgen betrachtet, sinkt der Anteil in diesem Jahr auf 52,83 % (Abb. 7).

Im Jahr 2021 sinkt der Anteil auf 14,45 % (Abb. 5). Im Verhältnis zur Gesamtzahl ihrer Wörter lässt sich ein leichter Anstieg auf 53,52 % (Abb. 7) feststellen.

Im darauffolgenden Jahr steigt die Häufigkeit der gegenderten Wörter in beiden Fällen an. In Bezug auf das Gesamtverhältnis steigt der Anteil 20,35 % (Abb. 5), im Verhältnis zu ihrem Gesamtanteil an Wörtern auf 63,64 % (Abb. 7).

Im Jahr 2023 sinkt die Häufigkeit in beiden Fällen, einmal auf 12,82 % (Abb. 5) und einmal auf 55,56 % (Abb. 7).

2024 trägt die ÖVP mit 29,35 % an Wörtern bei (Tabelle 3). In diesem Jahr stiegen beide Anteile erneut. Die Partei trägt mit 24,46 % (Abb. 5) an gegenderten Worten bei. Im Verhältnis zu ihren Beiträgen sind es dieses Jahr 83,33 % (Abb. 7) gegenderte Wörter.

Die Anteile gegendeter Wörter zeigen bei der ÖVP also einen deutlichen Wechsel über die Jahre, wobei sich langfristig ein steigender Trend erkennen lässt. Insgesamt sind von 454 codierten Substantiven der ÖVP 60,13 % gegendert und 39,87 % nicht gegendert. Die Verteilung nach Geschlecht zeigt, dass 16,30 % der gegenderten Substantive von Frauen und 43,83 % von Männern stammen, während 5,73 % der nicht-gegenderten Substantive von Frauen und 34,14 % von Männern verwendet werden (Abbildung 9):

#### Anteil der Substantive im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Substantive der ÖVP

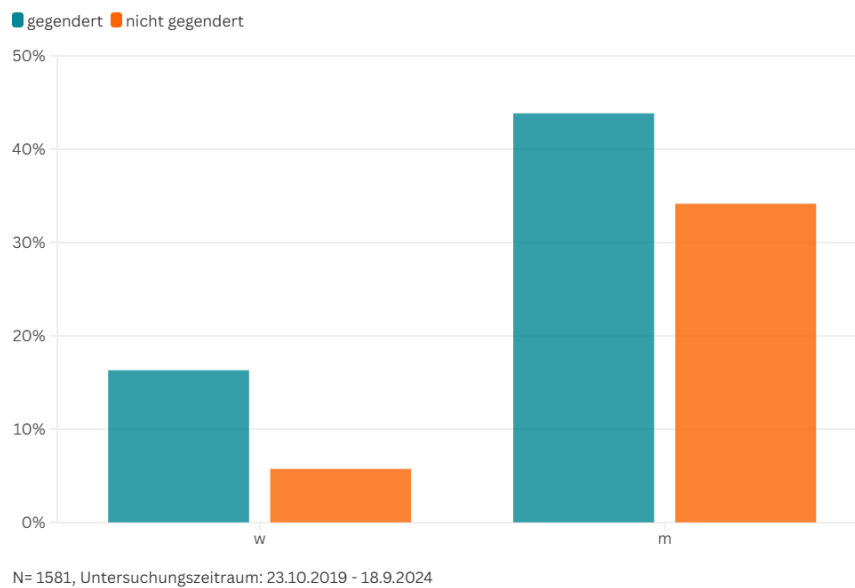


Abbildung 9: Anteil der gegenderten Substantive der ÖVP

#### 4.2.2 SPÖ

Von der Gesamtstichprobe stammen 328 (20,75 %) Substantive von der SPÖ (vgl. Tabelle 3).

2019 betrug der Anteil 16,36 % (36) an Beiträgen (Tabelle 3). 14,09 % (31) aller Beiträge in diesem Jahr stammen von der SPÖ und wurden gegendert (Abb. 5). In Bezug zur Anzahl ihrer Beiträge sind das 86,11 % (31) (Abb. 7).

Im Jahr 2020 sinkt der Anteil in Bezug auf alle Substantive auf 9,38 % (Abb.5). Werden die gegenderten Substantive nun im Verhältnis zu ihren Beiträgen betrachtet, sinkt der Anteil in diesem Jahr auf 53,01 % (Abb. 7).

2021 steigt der Anteil auf 15,21 % (Abb. 5). Im Verhältnis zur Gesamtzahl ihrer Wörter lässt sich ein Anstieg auf 70,18 % (Abb. 7) feststellen.

In Bezug auf das Gesamtverhältnis sinkt der Anteil im darauffolgenden Jahr auf 11,05 % (Abb. 5), im Verhältnis zu ihrem Gesamtanteil an Wörtern auf 67,86 % (Abb.7).

Im Jahr 2023 steigt die Häufigkeit in beiden Fällen, einmal auf 20,88 % (Abb. 5) und einmal auf 90,48 % (Abb. 7).

2024 trägt die SPÖ mit 33,15 % an Wörtern bei (Tabelle 3). Die Partei trägt mit 25,54 % (Abb. 5) an gegenderten Worten bei. Im Verhältnis zu ihren Beiträgen sind es dieses Jahr 77,05 % (Abb. 7) gegenderte Wörter.

Die Häufigkeit der gegenderten Substantive variiert bei der SPÖ zwischen 1029 und 2024. Gesamt lässt sich jedoch sagen, dass im Fall des Gesamtverhältnisses der Anteil steigt, im Fall des Verhältnisses innerhalb der Partei der Anteil jedoch sinkt.

Von insgesamt 328 codierten Substantiven der SPÖ sind 72,56 % gegendert und 27,44 % nicht gegendert. 46,34 % sind gegenderte Substantive von Frauen, 26,22 % von Männern. 11,28 % sind nicht-gegenderte Substantive von Frauen und 16,16 % von Männern (Abbildung 10):

### Anteil der Substantive im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Substantive der SPÖ

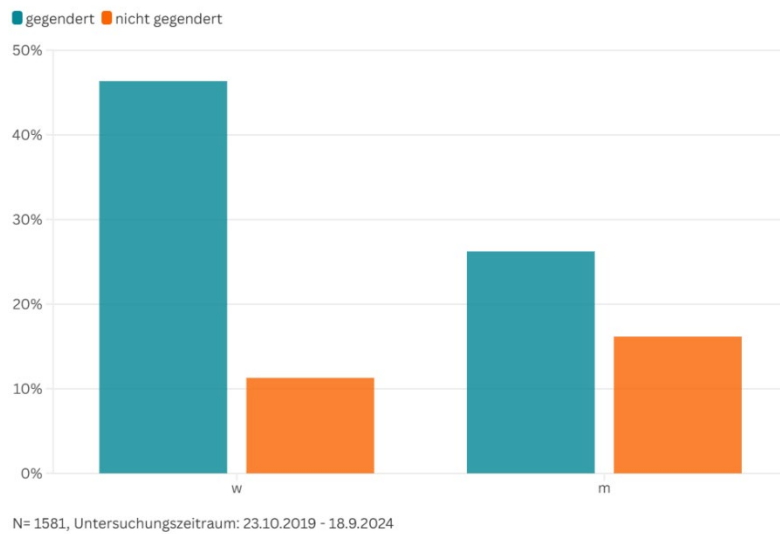


Abbildung 10: Anteil der gegenderten Substantive der SPÖ

#### 4.2.3 FPÖ

Von der Gesamtstichprobe stammen 243 (15,37 %) Substantive von der FPÖ (vgl. Tabelle 3). Im Jahr 2019 liegt der Anteil der FPÖ an allen Beiträgen bei 16,82 % (37 Beiträge) (Tabelle 3). 3,64 % (8) aller in diesem Jahr erfassten Substantive stammen von der FPÖ und wurden gegendert (Abb. 5). Bezogen auf die Gesamtzahl der von der FPÖ verwendeten Substantive entspricht dies einem Anteil von 21,62 % gegendelter Wörter (Abb. 7), was auf einen vergleichsweise hohen Einsatz gendergerechter Formulierungen zu Beginn des Untersuchungszeitraums hinweist.

Im Jahr 2020 sinkt der Anteil gendelter Substantive in Bezug auf alle Substantive auf 3,20 % (Abb. 5). Betrachtet man die gegenderten Wörter jedoch im Verhältnis zur Gesamtzahl der FPÖ-Substantive, steigt der Anteil auf 24,59 % (Abb. 7). s wird dadurch klar, dass die FPÖ insgesamt weniger Substantive beisteuert, die relative Verwendung gendelter Formen in ihren Beiträgen jedoch leicht zunimmt.

Für 2021 zeigt sich ein deutlicher Rückgang: Der Anteil gendelter Substantive an allen Substantiven beträgt nur noch 1,14 % (Abb. 5), während er im Verhältnis zur Gesamtzahl der FPÖ-Substantive auf 5,88 % (Abb. 7) absinkt. Dieses Jahr markiert den Tiefpunkt in der Verwendung gendelter Sprache durch die FPÖ während des Untersuchungszeitraums.

Ab 2022 ist ein leichter Anstieg zu beobachten: Der Anteil gegenderter Substantive an allen Substantiven steigt auf 1,16 % (Abb. 5), im Verhältnis zur Gesamtzahl der FPÖ-Substantive auf 8,00 % (Abb. 7). 2023 setzt diesen Trend fort, mit 2,20 % an allen Substantiven und 12,24 % im Verhältnis zur Gesamtzahl ihrer Substantive (Abb. 5 und Abb. 7).

Im Jahr 2024 trägt die FPÖ 10,87 % aller Substantive bei (Tabelle 3), während der Anteil gegenderter Wörter auf 0,54 % aller Substantive (Abb. 5) bzw. 5 % im Verhältnis zu ihren Beiträgen (Abb. 7) liegt. Im Vergleich zu 2019 lässt sich somit ein deutlicher Rückgang sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zur Gesamtzahl der FPÖ erkennen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Partei über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine eher geringe Verwendung gegenderter Substantive aufweist, insbesondere im Vergleich zur Gesamtzahl ihrer Beiträge, und dass die Schwankungen Hinweise auf politische oder diskursive Einflussfaktoren auf die Sprachpraxis liefern könnten (Abbildung 11):

**Anteil der Substantive im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Substantive der FPÖ**

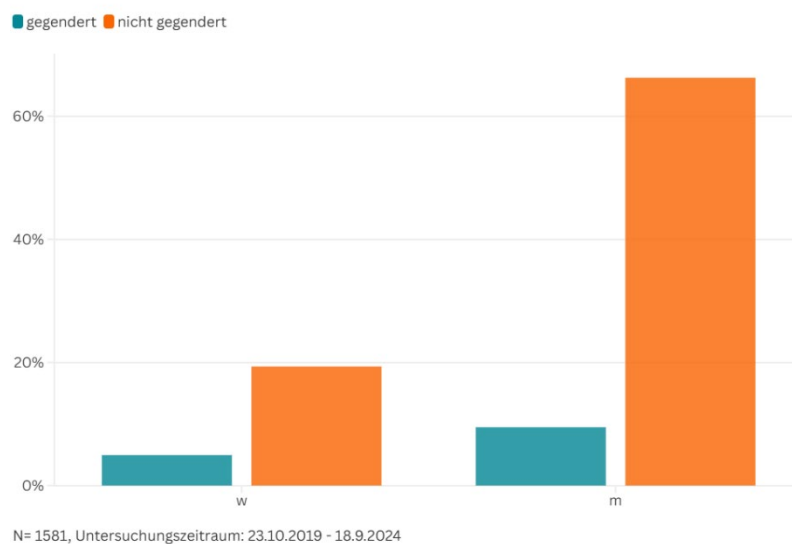


Abbildung 11: Anteil der gegenderter Substantive der FPÖ

#### **4.2.4 Die Grünen**

Von der Gesamtstichprobe stammen 304 (19,23 %) Substantive von den Grünen (vgl. Tabelle 3).

2019 starten die Grünen mit einem Anteil von 15,45 % (34) an Substantiven (Tabelle 3). 11,36 % (25) aller Substantive in diesem Jahr stammen von den Grünen und wurden gegendert (Abb. 5). In Bezug zur Anzahl ihrer Gesamtbeiträge sind das 73,53 % (25) (Abb. 7).

Im Jahr 2020 steigt der Anteil in Bezug auf alle Wörter auf 11,73 % (Abb. 5). Werden die gegenderten Substantive nun im Verhältnis zu ihren Beiträgen betrachtet, steigt der Anteil in diesem Jahr auf 56,12 % (Abb. 7).

2021 steigt der Anteil auf 12,93 % (Abb. 5). Im Verhältnis zur Gesamtzahl ihrer Wörter lässt sich ebenso ein Abstieg auf 69,39 % (Abb. 7) feststellen.

Im Jahr 2022 steigt die Häufigkeit in beiden Fällen, einmal auf 22,67 % (Abb. 5) und einmal auf 90,70 % (Abb. 7).

In Bezug auf das Gesamtverhältnis sinkt der Anteil im darauffolgenden Jahr auf 15,02 % (Abb. 5), im Verhältnis zu ihrem Gesamtanteil an Wörtern auf 87,23 % (Abb. 7).

2024 tragen die Grünen mit 17,93 % an Wörtern bei (Tabelle 3). Die Partei trägt mit 13,04 % (Abb. 5) an gegenderten Worten bei. Im Verhältnis zu ihren Beiträgen sind es dieses Jahr 72,73 % (Abb. 7) gegenderte Wörter.

Im Jahr 2024 ist der Anteil an gegenderten Substantiven ähnlich den Anteilen im Jahr 2019. Von insgesamt 304 codierten Substantiven der Grünen sind 71,71 % gegendert und 28,29 % nicht gegendert. 37,50 % sind gegenderte Substantive von Frauen, 34,21 % von Männern. 9,54 % sind nicht-gegenderte Substantive von Frauen und 18,75 % von Männern (Abbildung 12):



## Anteil der Substantive im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Substantive der Grünen

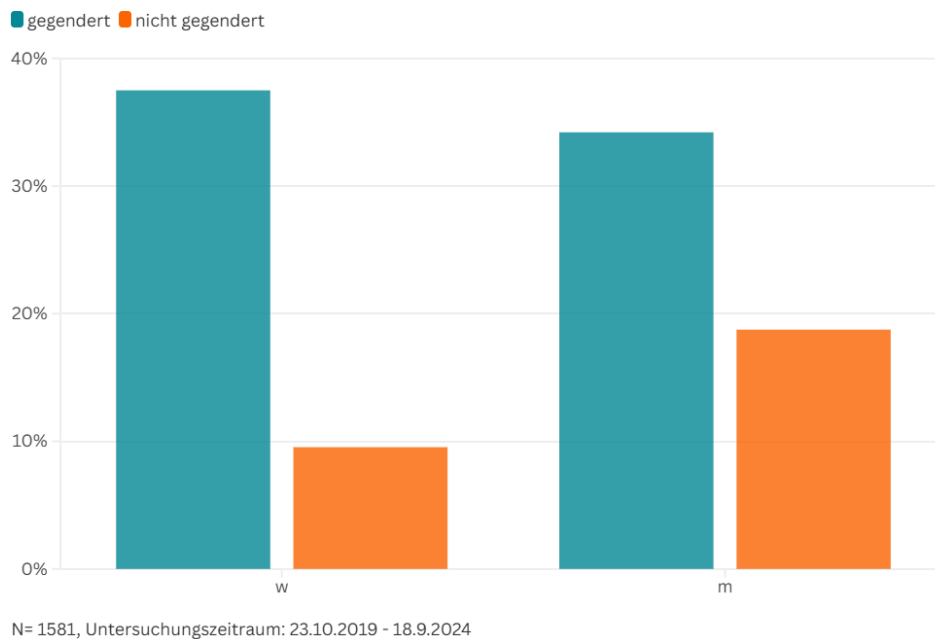


Abbildung 12: Anteil der gegenderten Substantive der Grünen

### 4.2.5 NEOS

Von der Gesamtstichprobe stammen 252 (15,94 %) Beiträge von den NEOS (vgl. Tabelle 3).

2019 starten die NEOS mit dem höchsten Anteil von 27,73 % (61) an Substantiven (Tabelle 3). 15,45 % (34) aller codierten Substantive in diesem Jahr stammen von den NEOS und wurden gegendert (Abb. 5). In Bezug zur Anzahl ihrer Substantive sind das 55,74 % (34) (Abb. 7).

Im Jahr 2020 sinkt der Anteil in Bezug auf alle Substantive auf 8,10 % (Abb. 5). Werden die gegenderten Substantive nun im Verhältnis zu ihren Substantiven betrachtet, steigt der Anteil in diesem Jahr minimal auf 55,88 % (Abb. 7).

2021 lässt sich in beiden Fällen ein leichter Abfall feststellen. Einmal auf 7,22 % (Abb. 5) und einmal auf 54,29 % (Abb. 7).

Im darauffolgenden Jahr sinkt die Häufigkeit in Bezug auf den Anteil aller Substantive wieder, und zwar auf 6,98 % (Abb. 5). In Bezug zur Anzahl ihrer Substantive sind das 57,14 % (Abb. 7).

Im Jahr 2023 steigt die Häufigkeit auf 9,16 % (Abb. 5) und sinkt wiederum auf 49,02 % (Abb. 7), dies ist der geringste Anteil an gegenderten Substantiven in der Partei im gesamten Untersuchungszeitraum.

2024 tragen die NEOS mit 8,70 % an Substantiven (Tabelle 3), mit 5,98 % (Abb. 5) an gegenderten Substantiven bei. Im Verhältnis zu ihren Beiträgen erlangen sie den höchsten Anteil in Bezug auf die gesamten Wörter in diesem Jahr, und zwar mit 68,75 % (Abb. 7) an gegenderte Wörter.

Die Anteile an gegenderten Substantive sind im Jahr 2024 insgesamt niedriger als 2019. Im Verhältnis zu ihren Beiträgen ist der Anteil 2024 höher als 2019.

Von insgesamt 252 codierten Substantiven der Grünen sind 55,16 % gegendert und 44,84 % nicht gegendert. 29,76 % sind gegenderte Wörter von Frauen, 25,40 % von Männern. 11,90 % sind nicht-gegenderte Wörter von Frauen und 32,94 % von Männern (Abbildung 13):

#### Anteil der Substantive im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Substantive der NEOS

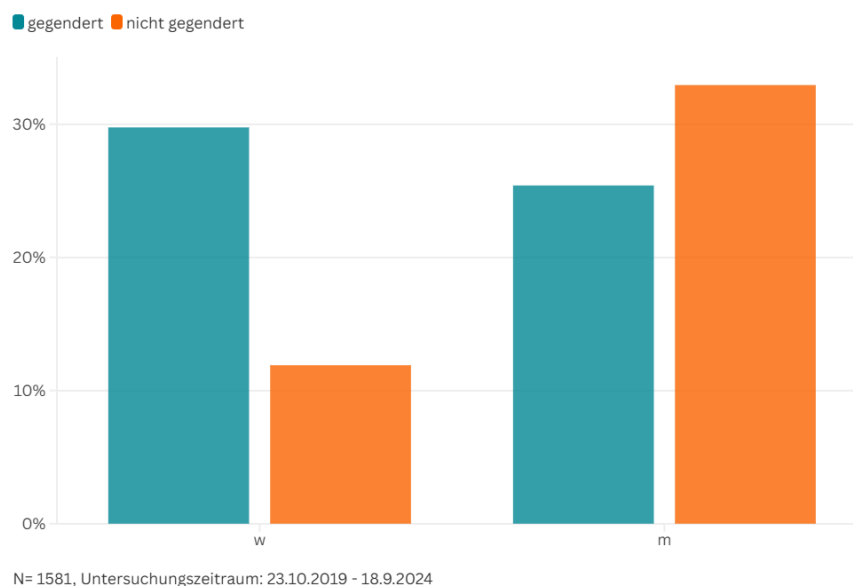


Abbildung 13: Anteil der gegenderten Substantive der NEOS

## **4.3 Diskussion der Ergebnisse**

Die Ergebnisse werden aufgrund einer besseren Orientierung in folgende Teile gegliedert: Forschungsfrage 1, Forschungsfrage 2 und inhaltlich relevant.

### **4.3.1 Forschungsfrage 1**

Zu Beginn müssen die Ergebnisse, die in den Abbildungen 5 bis 8 dargestellt sind, diskutiert und interpretiert werden. Wie bereits in Kapitel 4.2 erwähnt, müssen dabei auch die absoluten Zahlen aus Tabelle 3 berücksichtigt werden. Die Abbildungen 5 und 6 zeigen lediglich die relative Häufigkeit der Anteile gegenderter Substantive in den Beiträgen der einzelnen Parteien. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, wie viele Substantive pro Partei insgesamt vertreten sind. Je höher der Anteil der Wörter einer Partei in einem bestimmten Jahr, desto höher ist tendenziell auch die Häufigkeit gegenderter Wörter. Demnach erscheint in Abbildung 6 die ÖVP mit 28,71 % auf Platz 1. Die ÖVP hatte im gesamten Untersuchungszeitraum die höchste Anzahl an untersuchten Wörtern (454) und somit auch die höchste Anzahl an gegenderten Wörtern. Die FPÖ hingegen hat mit 243 Substantive den geringsten Anteil an untersuchten Substantiven und auch die geringste Anzahl an gegenderten Substantiven (2,21 %). Wie in Kapitel 3.11 ersichtlich, verfügt die ÖVP im Untersuchungszeitraum zudem die meisten Sitze im Nationalrat (71). Die FPÖ liegt mit ihren Sitzen im Nationalrat auf Platz 3 (31). Dass von der FPÖ dennoch die wenigsten Substantive codiert wurden, kann verschiedene Gründe haben. Da die Sitzungen zufällig ausgewählt wurden, ist es möglich, dass sich darunter Sitzungen befanden, in denen die Reden von FPÖ-Abgeordneten kürzer waren und demnach weniger Wörter codiert wurden. Es kann auch sein, dass die FPÖ insgesamt in ihren Reden weniger Wörter verwendet, die überhaupt für die Codierung in Frage kommen, also Substantive. Die NEOS verfügen im Untersuchungszeitraum 15 Sitzen im Nationalrat und liegen damit auf Platz 5. In der Codierung befinden sie sich jedoch direkt hinter der FPÖ und somit auf Platz 4 der Gesamtzahl codierter Wörter. Sowohl im Nationalrat mit 40 Sitzen als auch in der Codierung liegt die SPÖ auf Platz 2. Die Grünen vertreten den Nationalrat im Untersuchungszeitraum mit 25 Sitzen und sind hier somit auf Platz 4. In der Codierung liegen sie jedoch auf Platz 3 mit 19,23 %, dichter hinter der SPÖ. Diese Ergebnisse können darauf hinweisen, dass die Akzeptanz und Verwendung

geschlechtergerechter Sprache in manchen Parteien eine größere Bedeutung spielen als in anderen. Mit den Daten der Abbildungen 5 und 6 kann also nur die Häufigkeit insgesamt bestimmt werden. Um jedoch die Hypothesen 1 und 2 überprüfen zu können, müssen die Gesamtbeiträge der einzelnen Parteien daher auf 100 % normiert werden. Die Ergebnisse davon finden sich in den Abbildungen 7 und 8.

**Hypothese 1** „In Reden der FPÖ wird am wenigsten gegendert“ kann somit bestätigt werden. In Bezug auf die gesamten Substantive, die von der FPÖ codiert wurden, wurden lediglich 14,40 % gendert (Abb. 8). Die FPÖ liegt damit nicht nur im Gesamtvergleich mit den anderen Parteien auf dem letzten Platz, sondern auch im Verhältnis zu ihren eigenen Beiträgen.

Mithilfe der Daten aus Abbildung 8 lässt sich auch die **Hypothese 2** „In Reden der Grünen wird am meisten gegendert“ überprüfen. Mit 72,56 % liegt die SPÖ auf Platz 1. Direkt dahinter folgen die Grünen mit 71,71 %. Der Unterschied zwischen der SPÖ und den Grünen beträgt somit nur 0,85 %. Daher kann die Hypothese 2 nicht bestätigt werden. Bei der Codierung wurde deutlich, dass beiden Parteien das Gendern sehr wichtig ist und sie es konsequent in ihren Reden anwenden. Nach den Grünen folgen die ÖVP mit 60,13 % (Platz 3) und die NEOS mit 55,16 % (Platz 4).

**Hypothese 3** „2024 wird mehr gegendert als 2019“ lässt sich anhand der Abbildung 4 überprüfen. Im Jahr 2019 wurden 60,91 % der Substantive gendert, während der Anteil 2024 auf 69,57 % gestiegen ist. In den Jahren 2020 und 2021 lag der Anteil bei rund 50 %. Dieser Rückgang könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Reden ab 2020 stark von der Coronapandemie geprägt waren. Wie in der Codierung ersichtlich ist, haben sich viele Abgeordnete bemüht jedes Substantiv zu gendern, viele Abgeordnete haben dies nicht gemacht.

Am 15.03.2020, also einen Tag vor Beginn des ersten Lockdowns in Österreich, werden viele Berufs- und Personengruppen genannt, was den Abgeordneten die Möglichkeit bot, diese Begriffe zu gendern oder nicht.

August Wöginger (ÖVP) hat in seinem Redebeitrag beispielsweise konsequent jedes Substantiv gendert, etwa bei den Formulierungen: „Österreicherinnen und Österreicher“, „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, „Verkäuferinnen und

Verkäufer“, „Polizistinnen und Polizisten“, „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, „Unternehmerinnen und Unternehmer“. Herbert Kickl (FPÖ) gendert in seinem Redebeitrag fast alle Substantive, mit Ausnahme von „Arbeitnehmer“, die anderen Formulierungen lauten „Österreicherinnen und Österreicher“, „Polizistinnen und Polizisten“, „Heldinnen und Helden“. Bei Josef Muchitsch (SPÖ) zeigt sich ein gemischtes Vorgehen beim Gendern: „Rednerpult“, „Unternehmer“, „Betreuerinnen“, „Arbeitgeber“, „Zugbegleiter“, „Busfahrer“, „Lkw-Fahrer“, „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, „Betriebsrätinnen und Betriebsräte“. In den Redebeiträgen zur Pandemie tauchen, vor allem zu Beginn, deutlich mehr Substantive auf als sonst. Als möglicher Grund für das nicht-Gendern könnten einige Abgeordnete anführen, dass es mühsam sei, so viele Wörter zu gendern. Dieses Argument ist jedoch aus diversen Anti-Gender Kampagnen bekannt. Ein weiterer Grund könnte sein, dass einzelne Personen dafür keine Begründung haben oder nicht daran gedacht haben.

Im gesamten Untersuchungszeitraum stammen 37,7 % Wörter von Frauen, 62,3 % von Männern (Abb. 1). Wie in Kapitel 3.11 erwähnt, lag der Frauenanteil im Nationalrat in dieser Gesetzgebungsperiode bei 39,34 %. Die codierten Daten spiegeln somit den tatsächlichen Frauenanteil im Nationalrat zu diesem Zeitpunkt wider.

Dass der Anteil an gegenderten Substantiven nach Geschlecht variiert, wird in Abbildung 2 deutlich. Im Jahr 2019 gab es 115 Beiträge von Frauen und 105 von Männern. Dabei war der Anteil an gegenderten Substantiven bei den Frauen höher. 2020 wurden 134 Wörter von Frauen und 335 Wörter von Männern codiert. Entsprechend ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass der Anteil an gegenderten Substantiven bei den Männern höher ist. Dies lässt sich auch, wie in der Abbildung 2 erkennbar, aus den Daten ablesen. Im darauffolgenden Jahr gab es 91 Beiträge von Frauen, 172 von Männern. In diesem Jahr ist der Anteil an gegenderten Substantiven bei Männern höher. Interessant ist das Jahr 2022. Insgesamt wurden 82 Substantive von Frauen, 90 von Männern codiert. 37,79 % aller Wörter von Frauen waren gegendert und 24,42 % von Männern. Obwohl es 2019 insgesamt weniger Beiträge von Frauen gab, haben diese mehr gegenderte Wörter als Männer, ein Hinweis, der für die Beantwortung von Hypothese relevant sein könnte. 2023 wurden 96 Beiträge von Frauen und 177 von Männern codiert. In diesem Jahr war der Anteil an gegenderten

Substantiven bei Männern leicht höher. 2024 schließlich wurden 78 Substantive von Frauen, 106 von Männern erfasst. Dennoch lag in diesem Jahr der Anteil an gegenderten Substantiven bei den Frauen höher. Ein Blick auf den gesamten Untersuchungszeitraum zeigt, dass, außer im Jahr 2019, jedes Jahr weniger Redebeiträge von Frauen als von Männern vorliegen. Dies entspricht dem Frauenanteil im Nationalrat von 39,34 %. Frauen sind somit deutlich unterrepräsentiert, wie bereits im Theorieteil dieser Arbeit dargestellt wurde.

Die Daten in Abbildung 3 zeigen, dass Frauen mehr genderte Substantive liefern als Männer, obwohl insgesamt weniger Substantive von Frauen codiert wurden. Außerdem gibt es bei Frauen weniger nicht-gegenderte Beiträge als bei Männern. Damit lässt sich die **Hypothese 5** „Weibliche Abgeordnete gendern mehr als männliche Abgeordnete“ bestätigen.

Um **Hypothese 4** beantworten zu können wurden alle Reden gefiltert, die in der Kategorie B3 der Variable 5 zugeordnet sind. Die folgende Politiker:innen sind dabei vertreten: Susanne Fürst (FPÖ), Werner Kogler (die Grünen), Klaus Furlinger (ÖVP), Christian Hafenecker (FPÖ), Hubert Fuchs (FPÖ), Petra Vorderwinkler (SPÖ), Herbert Kickl (FPÖ), Gerald Loacker (NEOS), Michael Schnedlitz (FPÖ), Wolfgang Gerstl (ÖVP), Philip Kucher (SPÖ), Peter Wurm (FPÖ), Douglas Hoyos-Trauttmansdorff (NEOS), Nikolaus Scherak (NEOS), Martin Graf (FPÖ), Philipp Schrangl (FPÖ), Axel Kassegger (FPÖ), Reinhard Eugen Bösch (FPÖ), Christoph Matznetter (SPÖ), Walter Rauch (FPÖ), Christian Ragger (FPÖ), Volker Reifenberger (FPÖ), Petra Steger (FPÖ), Hannes Amesbauer (FPÖ), Rosa Ecker (FPÖ), Alois Kainz (FPÖ), Kai Jan Krainer (SPÖ) sowie Harald Stefan (FPÖ). Im nächsten Schritt wurde die Codierung jeweils nach diesen Politiker:innen gefiltert. Dabei wird jedes Substantiv, unabhängig davon wie oft ein:e Politiker:in dieses genannt hat, in Folge nur in einfacher Ausführung angegeben:

Von Susanne Fürst liegen vier Reden vor, in denen sie kein einziges Mal gegendert hat. Genannte Substantive sind unter anderem: „Polizisten“, „Extremisten“, „Gegner“, „Minderheitenvertreter“, „Wähler“, „Bürgern“, „(jeder) Einzelne“, „Friseur“, „Politiker“, „Minister“ und „Anhänger“.

Werner Kogler wurde einmal der Variable 5 zugeordnet. In dieser Rede nannte er nur ein Substantiv, das nicht gegendert war. Alle anderen seiner Reden wurden den Variablen 2, 3 und 4 zugeordnet.

Für Klaus Furlinger gilt dasselbe: Seine Rede, die der Variable 5 zugeordnet wurde, enthielt kein gegendertes Substantiv. Alle weiteren Reden wurden der Variable 3 zugeordnet.

Christian Hafenecker hat in vier Reden kein einziges Substantiv gegendert. Dazu zählen: „Mitarbeiter(n)“, „Freunde(n)“, „Kameraden“, „Mitarbeiter(n)“, „Parteispender“, „Spender“, „Rednerpult“, „Politikern“, „Bürgermeister“, „Bürger“.

Von Hubert Fuchs und Petra Vorderwinkler liegt jeweils nur eine Rede vor, die der Variable 5 zugeordnet wurde. Da von beiden Politiker:innen jeweils nur eine Rede codiert wurde, lässt sich daraus nicht schließen, dass beide das Gendern grundsätzlich ablehnen. Bei Hubert Fuchs Rede wurden Substantive codiert, die oft vorkommen, wie etwa „Österreicherinnen und Österreicher“. Nicht gegendert wurde unter anderem: „Unternehmer“, „Großunternehmer“, „Kleinstunternehmer“ sowie „Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“. Letzteres wurde als nicht gendert codiert, da auf der offiziellen Webseite gendert wird (Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen).<sup>182</sup> Petra Vorderwinkler hat hingegen Substantive wie „Zuseher“ und „Mitarbeiter“ nicht gendert.

Drei Reden von Herbert Kickl wurden der Variablen 5 zugeordnet. Außerdem liegt eine Rede der Variablen 1, eine Rede der Variablen 2 und zwei Reden der Variablen 3 vor. Von insgesamt 39 Substantiven hat er sieben gendert. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass er das Gendern grundsätzlich verweigert. Die genderten Wörter sind: „Wählerinnen und Wähler“, „Genossinnen und Genossen“, „Österreicherinnen und Österreicher“, „Polizistinnen und Polizisten“, „Heldinnen und Helden“. In seinen Reden ist auffällig, dass er Substantive wie „Kandidaten“, „Kollegen“, „Bürger(n)“, „Staatsbürger“ und „Österreicher“ nicht gendert. Dies sind Substantive, die einerseits Kolleg:innen als auch Menschen, die in Österreich leben, ansprechen soll.

---

<sup>182</sup> KSW. URL: <https://ksw.or.at/> [Zugriff: 28.2.2026].

Die Mehrheit der Reden, die der Variablen 3 zugeordnet wurden, gendert zumindest diese Substantive, da sie in der Regel eine direkte Anrede darstellen. Der FPÖ-Politiker gendert insgesamt dreimal „Österreicherinnen und Österreicher“, zweimal nicht.

Gerald Loacker hat von insgesamt 26 Substantiven fünf gendert. Dazu zählen: „Apothekerinnen und Apotheker“, „Ärztinnen und Ärzte“, „Lehrerinnen und Lehrern“, „Herr und Herrin“ sowie „Zuschauerinnen und Zuschauer“. Nicht gendert wurden unter anderem „Kollegen“, „Österreicher“, „Bürger“, „Zuschauer“. Beim Substantiv „Datenschutzexperten“ stellt sich die Frage, ob es tatsächlich nur männliche Personen handelte. Die Probleme, die das generische Maskulinum mit sich bringt, wurden bereits in Kapitel 3.7 erläutert. Der NEOS-Politiker hat zwei Reden, die der Variable 3 und zwei Reden, die der Variable 5 zugeordnet sind. Da er fünf Substantive gendert hat, kann nicht gesagt werden, dass er das Gendern grundsätzlich verweigert.

Michael Schnedlitz hat eine Rede, in der er keine Substantive gendert hat, darunter: „Freunde“, „Mitarbeitern“, „Bürgermeistern“. Seine zweite Rede wurde der Variable 3 zugeordnet und enthält die Substantive: „Journalisten“, „Slowaken“, „Polizistinnen und Polizisten“. Insgesamt hat er somit nur einmal gendert.

Wolfgang Gerstl hat von insgesamt 13 Substantiven zwei gendert: „Zuseherinnen und Zuseher“ und „Österreicherinnen und Österreichern“. Beide genderten Substantive stammen aus zwei unterschiedlichen Reden, die der Variablen 3 zugeordnet wurden. Nicht gendert hat er beispielsweise „Mitarbeiter“, „Christen“, „Juden“ und „Vertreter“.

Eine Rede von Philip Kucher ist der Variable 5 zugeordnet, da er in dieser Rede, in der nur ein Wort codiert wurde, nicht gendert hat: „Unternehmer“. Alle anderen Reden von ihm wurden den Variablen 1, 3 und 1/4 zugeordnet. Die Variable 1/4 tritt an mehreren Stellen in der Codierung auf, da in einigen Reden nur ein Substantiv, das in der Anrede vorkommt, codiert und gleichzeitig gendert wurde. Somit wurde der Variablen 1 (nur in der Anrede gendert) und 4 (in der gesamten Rede gendert) zugeordnet. Nicht gendert hat der SPÖ-Politiker beispielsweise die Wörter „Politikern“, „Ärzte“ und „Spitzenbeamte“.



Der FPÖ-Politiker Peter Wurm hat in keiner seiner beiden Reden gegendert. Zu den genannten Substantiven gehören „Zuseher“, „Staatsbürger“, „Steuerzahler“, „Chinese“, „Künstler“, „Bürger(n)“, „Österreicher“ und „Zuseher“. In seiner Rede verwendet er Substantive, die von fast allen Kolleg:innen gegendert werden. Etwa „Bürger(n)“, „Zuseher“ oder „Kollege“. Dies unterstreicht, dass Wurm das Gendern konsequent verweigert.

Douglas Hoyos-Trauttmansdorff hat in vier Reden sechs von 17 Wörtern gegendert. Neben der Variable 5 wurden seine Reden auch den Variablen 2 und 3 zugeordnet. Gegenderte Substantive sind unter anderem „Österreicherinnen und Österreicher“, „Minister und Ministerinnen“, „Polizisten und Polizistinnen“, „Bürgerinnen und Bürger“ sowie „Politiker:innen“. Auf die Substantive mit Binnen-I oder Doppelpunkte als Genderform wird im späteren Verlauf noch eingegangen.

Nikolaus Scherak hat neun von insgesamt 24 Substantiven gegendert. Drei Reden wurden der Variablen 2, eine Rede der Variablen 3 und zwei Reden der Variablen 5 zugeordnet. In seinen beiden Reden der Variablen 5 hat er folgende Substantive nicht gegendert: „Kollegen“, „Parteifreunden“, „Mitarbeiter“, „Vorrednern“ und „Abgeordneter“. Zum Substantiv „Vorrednern“ ist zu sagen, dass vor dem NEOS-Angeordneten auch weibliche Abgeordnete gesprochen haben und seine Aussage somit alle davor Beteiligten einschließt. Beim Substantiv „Parteifreund“ existiert eine offizielle weibliche Form „Parteifreundin“, die sowohl auf der Webseite Genderator<sup>183</sup> (Genderwörterbuch) als auch auf der Parlamentsseite<sup>184</sup> selbst angeführt ist. Gendert hat Scherak unter anderem „Expertinnen und Experten“, „Politikerinnen oder Politikern“, „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, „Stenographinnen und Stenographen“ sowie „Datenschutzexpertinnen und -experten“.

Martin Graf hat in keiner seiner drei Reden gegendert. Zu den nicht-gegenderten Substantiven zählen „Oppositionspolitiker“, „Parteigängern“, „Tschechen“, „(einem) Abgeordneten“, „Abgeordneter“ und „Redner“.

---

<sup>183</sup> Genderator. URL: <https://www.genderator.app/wb/partEIFREUND/> [Zugriff: 28.2.2026].

<sup>184</sup> Parlament Österreich. URL: <https://www.parlament.gv.at/GEGENSTAND/XXVIII/I/2506> [Zugriff: 28.2.2026].

Die Reden von Philipp Schrangls wurden jeweils einmal den Variablen 3, 4 und 5 zugeordnet. Nicht gegendert wurden die Substantive „Kerkermeister“, „Rednerpult“, „Vermieter“, „Anlegern“ und „Bewohner“. Gegendert hat er „MieterInnen“ und „Journalistinnen und Journalisten“.

Axel Kassegger hat in beiden Reden nicht gegendert: „Bürger“, „Russen“, „Amerikaner“, „Europäer“, „Chinesen“, „Inder“, „Franzosen“, „Autofahrer“, „Klimaklebern“, „Befürworter“.

Reinhard Eugen Bösch hat eine Rede codiert, in der er ein Substantiv verwendet hat, das nicht gegendert wurde: „Kollegen“. Da nur dieses eine Wort codiert wurde, lässt sich nicht sagen, dass er das Gendern grundsätzlich verweigert.

Christoph Matznetter hat in seiner Rede, die der Variablen 5 zugeordnet wurde, ebenfalls nur ein Substantiv („Wählerstimmen“) genannt, welches nicht gegendert wurde. Die vier anderen seiner Reden wurden jeweils zweimal den Variablen 1/4 und 2 zugeordnet.

Von Walter Rauch wurde eine Rede codiert, in der er nicht gegendert hat: „Bürger“, „Verbraucher“, „Protagonisten“ und „Konsumenten“. Da nur diese Rede von dem Abgeordneten codiert wurde, kann nicht gesagt werden, dass er das Gendern grundsätzlich verweigert.

Christian Ragger hat in seiner einzig codierten Rede dreimal das Substantiv „Sozialempfängern“ verwendet, weshalb diese Rede der Variablen 5 zugeordnet wurde. Da nur eine Rede von ihm codiert wurde, kann nicht gesagt werden, dass er das Gendern grundsätzlich verweigert.

Volker Reifenberger hat in keiner seiner beiden Reden gegendert: „Schweizer“, „Soldaten“, „Universitätsprofessoren“, „Österreicher“.

In ihrer einzig codierten Rede gendert Petra Steger nicht: „Spindoktoren“, „Rednerpult“. Auch über sie kann nicht die Aussage getroffen werden, dass sie das Gendern strikt verweigert, da dies die einzige Rede von ihr ist.

Hannes Amesbauer hat von insgesamt 10 Substantiven zwei gegendert: „Österreicherinnen und Österreicher“ und „Kameraden [...] Kameradinnen“. Letzteres

war in seiner Rede der Variablen 3 das einzig gegenderte Substantiv. In einer anderen Rede hat er nur in der Anrede gegendert, weshalb diese Rede der Variable 1 zugeordnet wurde. In seiner Rede der Variablen 5 hat er folgende Substantive nicht gegendert: „Österreicher“, „Bürger“, „Dschihadisten“, „Islamisten“, „Terroristen“, „Gefährder“ und „Zivilisten“.

Rosa Ecker hat in ihrer einzig codierten Rede keines der Substantive gegendert. Genannt wurden „Österreicher“, „Schüler“, „Studenten“ und „Sprachrichter“. Da nur eine Rede von ihr vorliegt, lässt sich nicht behaupten, dass sie das Gendern grundsätzlich verweigert.

Dasselbe gilt für ihre Kollegen. Alois Kainz nannte in seiner einzig codierten Rede lediglich das Substantiv „Zuseher“, das nicht gegendert wurde, und Harald Stefan verwendete das Substantiv „Freund“.

Der SPÖ-Abgeordnete Kai Jan Krainer hat in seiner Rede, die der Variablen 5 zugeordnet wurde, die Substantive „Politiker“ und „Parlamentarier“ nicht gegendert. Seine beiden anderen Reden wurden der Variablen 2 zugeordnet. Von insgesamt 24 Substantiven hat er 14 gegendert, wie etwa „Mitbürgerinnen und Mitbürger“, „Künstlerinnen und Künstler“, „Wählerinnen und Wähler“, „die Ministerinnen, die Minister“, „Gründerväter und Gründermütter“ und „Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“.

Es gibt Politiker:innen, die laut den codierten Reden im Untersuchungszeitraum das Gendern strikt verweigern. Hierzu zählen jene Personen, von denen mindestens zwei Reden und keine gegenderten Substantive codiert wurden. Folgende Politiker:innen fallen in diese Kategorie: Susanne Fürst (FPÖ, 4 Reden), Christian Hafenecker (FPÖ, 4 Reden), Peter Wurm (FPÖ, 2 Reden), Martin Graf (FPÖ, 3 Reden), Axel Kassegger (FPÖ, 2 Reden) und Volker Reifer (FPÖ, 2 Reden).

Diese Beobachtung deutet auf eine klare Tendenz hin, die auch im Ergebnis der Hypothese 1 sichtbar wird: Alle Politiker:innen, die das Gendern strikt verweigern, sind Abgeordnete der FPÖ. Sieben weitere FPÖ-Abgeordnete hatten Reden, die der Variablen 5 zugeordnet wurden. Da bei diesen jeweils nur eine Rede codiert wurde,

lässt sich, wie bereits erwähnt, nicht feststellen, dass sie das Gendern grundsätzlich verweigern.

**Die Forschungsfrage 1** „Wie hat sich das Genderverhalten der österreichischen Politiker:innen in den vergangenen Jahren (2019–2024) geändert?“ lässt sich anhand der Daten aus dem Kapitel 4.2 beantworten.

Im Zeitraum von 2019 bis 2024 zeigt das Genderverhalten österreichischer Politiker:innen insgesamt einen steigenden Trend bei der Verwendung gendergerechter Sprache, auch wenn die Entwicklung nicht durchgehend gleich verläuft. Nach einem hohen Ausgangsniveau im Jahr 2019 sinkt der Anteil gegenderter Beiträge im Jahr 2020, stabilisiert sich 2021 und steigt ab 2022 wieder deutlich an. 2024 wird schließlich der höchste Wert im gesamten Untersuchungszeitraum erreicht. Trotz einzelner Schwankungen lässt sich somit ein langfristiger Anstieg feststellen.

Darüber hinaus bestehen klare Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Weibliche Abgeordnete verwenden gendergerechte Sprache durchgehend häufiger als männliche. Gleichzeitig zeigen sich deutliche parteispezifische Unterschiede, da insbesondere progressive Parteien eine höhere Genderquote aufweisen, während andere Parteien diese Sprachform seltener nutzen. Das Genderverhalten erweist sich somit sowohl als geschlechts- als auch als parteibezogen strukturiert und hat sich im betrachteten Zeitraum insgesamt in Richtung einer stärkeren Verwendung gendergerechter Sprache entwickelt.

#### **4.3.2 Forschungsfrage 2**

Zur Beantwortung der beiden Hypothesen der **Forschungsfrage 2** ist zunächst eine weiterführende Einordnung erforderlich. Zu Beginn Codierung tauchten Substantive der Kategorie B1 die Variable 3 (Genderinklusiv) auf. Wurde ein Substantiv im Protokoll mit Binnen-I oder Doppelpunkt geschrieben, erfolgte zunächst eine Zuordnung der Variablen 1 beziehungsweise 3. Anschließend wurde auf der offiziellen Parlamentsseite die Aufnahme der Rede bzw. die genaue Stelle gesichtet. Zu Beginn ist aufgefallen, dass in den Protokollen gendert wird, in den Aufnahmen ist jedoch nicht

die übliche Betonung auf das Binnen-I zu hören. Daraufhin wurde eine Mail an das Parlament verfasst:<sup>185</sup>

[...] In den Protokollen wird oftmals mit Binnen-I gegendert. In den dazugehörigen Reden höre ich keine Pause vor dem Binnen-I. Es hört sich so an, als würde die Person nur die weibliche Form verwenden. Gibt es hierfür eine Regelung von Seiten des Parlaments?

Beispielsweise:

- 60. Rede, 08.11.2020, Selma Yildirim, "VorrednerInnen"
- 10. Rede, 05.11.2020, Alma Zadic, "MigrantInnen" [...] <sup>186</sup>

Einen Tag später hat Frau Mag. Helscher aus der Parlamentsdirektion geantwortet:

Das Wort „MigrantInnen“ wurde zwar, wie Sie zutreffend feststellen, so ausgesprochen, als würde es sich nur auf die weibliche Form beziehen, doch bietet der unmittelbare Kontext keinerlei Anhaltspunkt dafür, dass hier aufseiten der Rednerin die Absicht bestand, von einem Versuch des Täters, ausschließlich weibliche Zugewanderte gegen weibliche UND männliche Österreicherinnen bzw. Österreicher aufzuhetzen, zu sprechen. Aus diesem Grund wurde die gegenderte Schreibweise gewählt – dies trotz des Umstands, dass die Rednerin im weiteren Verlauf ihrer Aufzählung auf ein Gendern verzichtet hat; das heißt, es wurde bei der Protokollerstellung nicht davon ausgegangen, dass die Nennung der ausschließlich weiblichen Zugewanderten am Beginn der Aufzählung die Nennung der ausschließlich männlichen Form bei der späteren Fortsetzung der Aufzählung quasi kompensieren sollte, weil eine solche Auslegung – wenngleich grundsätzlich denkbar – im noch engeren Sinnzusammenhang, wie zuvor beschrieben, der Logik zuwidergelaufen wäre. [...] In der Rede von Selma Yildirim in derselben Sitzung nimmt sie im sechsten Absatz auf die Reden ihrer „VorrednerInnen, speziell aus den Reihen der ÖVP“ Bezug. Ausgesprochen wurde „VorrednerInnen“ tatsächlich auch in diesem Fall so, als handelte es sich nur um die weibliche Form. Nun waren aber unter den zahlreichen Personen, die vor Abg. Yildirim in dieser Debatte gesprochen haben, sowohl männliche als auch weibliche, und im Fall der von ihr hervorgehobenen ÖVP waren es sogar sechs männliche Redner (Kurz, Wöginger, Nehammer, Mahrer, Gödl, Stocker) und nur eine Rednerin (Steinacker). [...] Es war daher auch in diesem Fall davon auszugehen, dass sowohl weibliche als auch männliche Redner und Rednerinnen gemeint waren.

Gerade bei Bezugnahmen auf die Vorredner und Vorrednerinnen kommt es nicht selten vor, dass im O-Ton „Vorrednerinnen“ gesagt wird, sich aber bei Überprüfung der Liste der zu Wort gekommenen Personen herausstellt, dass auch männliche Abgeordnete bzw. männliche Regierungsmitglieder gesprochen haben. Sofern in der Rede nichts darauf schließen lässt, dass tatsächlich nur weibliche Vorrednerinnen gemeint waren, wird daher in solchen Fällen im Protokoll die den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende (und daher, wovon in einem solchen Fall ausgegangen werden kann, auch der Intention des Redners bzw. der Rednerin entsprechende) gegenderte Form verwendet.

---

<sup>185</sup> der gesamt E-Mailverkehr findet sich im Anhang.

<sup>186</sup> E-Mail von Emelie Greimel, 3.11.2025

Beim Protokollieren von Reden ist unsere Herangehensweise in solchen Fällen also wie folgt: Wenn wir Grund zur Annahme haben, dass jemand, würde er oder sie das betreffende Wort schreiben, den Doppelpunkt, das Binnen-I oder ein sonstiges Genderzeichen verwenden würde, dann verschriftlichen wir dieses Wort auch in gegenderter Form.

Ganz grundsätzlich gilt, dass bei Texten von Personen, die eine politische Funktion innehaben, die Wahl der geschlechtergerechten Sprache übernommen wird, die die jeweilige Person trifft - gegebenenfalls auch eine nicht geschlechtergerechte Sprache. Dies bedeutet daher, dass bei Verwendung ungegenderter Formen in einer Rede - was durch manche Redner sehr konsequent und offensichtlich sehr bewusst erfolgt -, obwohl sich eine Aussage ganz offensichtlich auch auf weibliche Personen erstreckt, im Protokoll selbstverständlich keine gegenderten Formen eingefügt werden.<sup>187</sup>

Im weiteren Verlauf der Codierung hat sich eine weitere Frage ergeben, da in wenigen Fällen statt einem Binnen-I nun nur die weibliche Form im Protokoll verwendet wurde:

[...] Weitere Stellen, die mir bis jetzt untergekommen sind:

**1. Sitzung, 23.10.2019**

- Jörg Leichtfried "PräsidentInnen"
- Gabriele Schwarz laut Protokoll "PräsidentInnen" -> Video gesichtet "Präsidentinnen und Präsidenten"
- Andrea Kunzl "PräsidentInnen"
- Michel Reimon "SozialdemokratInnen"

**16. Sitzung, 15.03.2020**

- Werner Kogler "HelferInnen", "KrankenpflegerInnen", "ÄrztInnen" aber auch "SupermarkthelferInnen" und "HeldInnen"
- Pamela Renid-Wagner "AlleinerzieherInnen"
- Sigrid Maurer "BewohnerInnen"
- Markus Koza "VorrederInnen", "ArbeitnehmerInnen" (3x), "MindesteinkommensbezieherInnen", "StaatsbürgerInnenschaft"
- Josef Schellhorn "ZuseherInnen"
- Josef Muchitsch "BetreuerInnen" [...]

Meine Fragen nun:

1. Wieso wird oftmals ein Binnen-I verwendet und manchmal doch nur die weibliche Form (siehe oben; wenn auch Männer gemeint sind) (Nicht das von Ihnen genannte Beispiel in der Anrede) im Protokoll. [...]<sup>188</sup>

Eine weitere Antwort der Parlamentsdirektion kam einen Tag später:

[...] zunächst eine generelle Anmerkung zur Verwendung von Binnen-I versus Doppelpunkt: Diesbezüglich änderten sich in der Parlamentsdirektion vor einigen Jahren die Richtlinien, und man ging aus Barrierefreiheitsgründen bei der Genderschreibweise vom (binären) Binnen-I zur (genderinklusiven) Schreibweise mit Doppelpunkt über. Dementsprechend sind etwa noch im Inhaltsverzeichnis der 169. Sitzung vom 8. Juli 2022 die „RednerInnen“ jeder Debatte aufgelistet [...], ab der im

---

<sup>187</sup> E-Mail von Frau Mag. Gerda Helscher, 4.11.2025

<sup>188</sup> E-Mail von Emelie Greimel, 4.11.2025

Herbst 2022 beginnenden ordentlichen Tagung 2022/2023 jedoch jeweils die „Redner:innen“ [...]

Zu Ihren sonstigen Anmerkungen: Dass ein O-Ton „Präsidentinnen und Präsidenten“ im Protokoll auf „PräsidentInnen“ geändert wurde, ist ganz sicher nie so vorgesehen gewesen und ist definitiv ein Versehen. [...]

Zu Ihrer ersten Frage, warum manchmal nur die weibliche Form verwendet wurde, obwohl auch Männer gemeint sind: Die Entscheidung, ob bei Nennung der weiblichen Form nun tatsächlich nur Frauen oder aber auch Männer gemeint sind – etwa wenn es um die gering bezahlten Supermarktkassier(:)innen oder um die prekäre Situation vieler Alleinerzieher(:)innen geht –, wird oft nach Abwägung mehrerer Faktoren getroffen: So würde etwa ein Redner, der sonst leidenschaftlich gegen das Gendern auftritt, bei Nennung der weiblichen Form kaum beide (bzw. alle) Geschlechter meinen. Auch der Kontext der Rede kann manchmal hilfreich sein. Geht es z.B. in einer Debatte um Frauenpolitik, dann könnte vielleicht (aber muss nicht unbedingt) eher nur die weibliche Form gemeint sein, wenn etwa von notwendigen Verbesserungen für Alleinerzieher(:)innen gesprochen wird. Auch das in sonstigen Reden zum Ausdruck gebrachte Rollenbild eines Redners oder einer Rednerin – sehr traditionell oder aber sehr auf Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet – könnte eine Entscheidungshilfe sein. [...] <sup>189</sup>

Um die Substantive in der **Kategorie B1** „Genderverhalten 2“ richtig zuzuordnen zu können, war eine Vorabklärung der offenen Fragen notwendig. Die Antwort der Parlamentsdirektion führte dazu, dass die Variable 3 entsprechend der Rückmeldung der Parlamentsdirektion präzisiert wurde: Alle Substantive, bei denen im Protokoll ein Doppelpunkt eingefügt wurde, werden nun als genderinklusiv gewertet. Zu Beginn sollten nur jene Substantive als genderinklusiv gewertet werden, bei denen der Doppelpunkt sowohl orthografisch als auch phonetisch eindeutig erkennbar war. Durch die offizielle Stellungnahme von Frau Mag. Helscher wurde jedoch die erstgenannte Vorgehensweise festgelegt. Im späteren Verlauf wurden stichprobenartig Substantive mit einem Binnen-I und einem Doppelpunkt anhand der Aufnahmen gesichtet. Beim Binnen-I spielt es weniger eine Rolle, ob eine Betonung beim „I“ zu hören ist oder nicht. Wie in der E-Mail von Frau Helscher erwähnt, sind oftmals, wenn nicht gerade ein Thema oder eine Rede ausschließlich zu Frauen ist, das weibliche und männliche Geschlecht gemeint, wenn Politiker:innen die weibliche Form nennen. Anders verhält es sich beim Doppelpunkt. War hier eine klare Pause hörbar, die der orthografischen Position des Doppelpunkts entspricht, kann von einem genderinklusiven Gendern ausgegangen werden. Wird hingegen, ähnlich wie beim

---

<sup>189</sup> E-Mail von Frau Mag. Gerda Helscher, 5.11.2025

Binnen-I, nur die weibliche Form genannt, lässt sich nicht eindeutig feststellen, ob die Intention binär (Binnen-I) oder genderinklusiv (Doppelpunkt) war.

Da alle Substantive den Variablen 1, 2 oder 3 zugeordnet werden konnten, entfällt die Variable 4 („Sonstige“). Orthographisch ergibt sich folgende Verteilung:

| 1 = binäres Gendersystem | 2 = neutral | 3 = Genderinklusiv |
|--------------------------|-------------|--------------------|
| 853                      | 6           | 44                 |

Tabelle 4: Absolute Zahlen Kategorie B1

Von 903 gegenderten Wörter, sind 853 dem binären Gendersystem zuzuordnen, 6 Substantive wurden neutral und 44 Wörter genderinklusiv gegendert.

Der Variable 2 konnten eindeutig folgende Substantive zugeordnet werden: „Studierende der Musikuniversität Wien“, „Studierende“, „Kunst- und Kulturschaffenden“, „(Kunst- und) Kulturschaffenden“, „Zuhörende“ und „Arbeitssuchende“. Es handelt sich um substantivierte Partizipialformen (Partizip I), die derivativ von Verben gebildet werden. Im Unterschied zu movierten Personenbezeichnungen basieren sie nicht auf einem generischen Maskulinum und sind daher strukturell geschlechtsneutral.

Nach der E-Mail der Parlamentsdirektion wurden jene Substantive, die in den Protokollen mit einem Binnen-I versehen wurden, nur mehr stichprobenartig überprüft. Von 25 zufällig ausgewählten Binnen-I-Substantiven war in der ersten Sitzung der Gesetzgebungsperiode von Jörg Leichtfried bei „PräsidentInnen“ eine Betonung auf das „I“ zu hören. Gabriele Schwarz sagt, ebenfalls in der ersten Sitzung, „Präsidentinnen und Präsidenten“ und nicht wie im Protokoll steht „PräsidentInnen“. Michel Reimon betont ebenfalls in der ersten Sitzung das „I“ im Substantiv „PräsidentInnen“. Bei den restlichen 22 Substantiven ist in der Videoaufnahme der jeweiligen Sitzungen keine Betonung auf das Binnen-I zu hören.

Der Unterschied zwischen dem Binnen-I und der rein weiblichen Form lässt sich wie folgt erklären: In der regulären femininen Pluralform „Präsidentinnen“ liegt der lexikalische Hauptakzent auf der Stammsilbe (-den-). Das Movierungssuffix -innen ist



akzentuell schwach und prosodisch unselbständig; es trägt keinen eigenen lexikalischen Akzent. Die Akzentstruktur entspricht damit dem im Deutschen üblichen Stammakzent bei der Derivation gebildeten Personenbezeichnungen.<sup>190</sup> Beim Binnen-I in PräsidentInnen wird dagegen oft die erste Silbe des Suffixes (IN) zusätzlich betont und dadurch deutlicher hervorgehoben. Teilweise wird die Morphemgrenze zudem durch einen glottalen Einsatz signalisiert. Aus phonologischer Perspektive handelt es sich um eine markierte Akzentzuweisung, die die morphologische Binnengliederung explizit hörbar macht.<sup>191</sup> Während „Präsidentinnen“ somit eine reguläre Derivation mit unbetontem Suffix und unveränderter Wortakzentstruktur darstellt, impliziert „PräsidentInnen“ eine prosodisch motivierte Reanalyse der Morphemstruktur, bei der die Suffixinitiale sekundär prominent gesetzt wird.

**Hypothese 1** „Das binäre Gendersystem wird häufiger angewendet als das geschlechtsneutrale Gendersystem“ kann somit belegt werden.

**Hypothese 2** „Die Wahl der Genderform hängt von der Parteizugehörigkeit der sprechenden Person ab“ kann, in Bezug zum genderinklusiven Gendern, nur bedingt beantwortet werden. Wie bereits erwähnt kann ab 2022 nie mit einer 100 % Sicherheit gesagt werden, ob Politiker:innen binär oder inklusiv gendert haben, wenn sie nur die weibliche Form, ohne erkennbarer Pause, genannt haben. 17 Substantive von den Grünen wurde in den Protokollen mit dem Gender-Doppelpunkt verschriftlich. Zwei von den NEOS, fünf von der ÖVP, 19 Substantive von der SPÖ, keine von der FPÖ. Die Daten deuten also darauf hin, dass die Wahl der Genderform von der Parteizugehörigkeit abhängt: FPÖ-Abgeordnete verwenden ausschließlich das binäre Gendersystem, während Grüne und SPÖ häufiger den Gender-Doppelpunkt nutzen. Bei NEOS und ÖVP ist die Nutzung inklusiver Formen geringer, aber vorhanden. Aufgrund der Unsicherheit bei der Interpretation von nur weiblich genannten Substantiven ohne erkennbare Pause kann die Hypothese jedoch nur bedingt bestätigt werden.

---

<sup>190</sup> vgl. Gisela 2021, S. 46–47.

<sup>191</sup> vgl. Kotthoff / Nübling 2018, S. 415.

Die **Forschungsfrage 2** „Welche Genderform wird bevorzugt verwendet?“ kann klar beantwortet werden. 853 Substantive sind dem binären Gendersystem zugeordnet, somit wurde diese Form im Untersuchungszeitraum bevorzugt verwendet.

#### 4.3.3 Inhaltlich relevant

Neben der Codierung der einzelnen Wörter gab es in den Protokollen außerdem Aspekte, die hier gesondert betrachtet werden sollten, da einige davon zeigen, dass das Thema Gendern und Inklusion nicht von allen Politiker:innen ernst genommen wird:

| A0  | A2         | A3            | A5    | A6  | Inhaltlich interessant                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|-----|------------|---------------|-------|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 60  | 05.11.2020 | Sigrid Maurer | Grüne | 42  | Auch wir haben aber ein Problem mit jungen Männern, die sich radikalisieren, die indoktriniert werden und sich einer mörderischen, freiheitsverachtenden Ideologie anschließen. (Abg. Martin Graf: ... gehört gegendert, bitte!)                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 252 | 28.02.2024 | Rosa Ecker    | FPÖ   | 182 | Vor langer Zeit wurde uns einmal erklärt, Gendern trage doch dazu bei, Frauen sichtbarer zu machen. – Ja, sehr geehrte Damen und Herren, das war einmal. Das neue Schlagwort ist nämlich divers. Mittlerweile geht es nur mehr darum, alle möglichen Geschlechter, die man quasi bei der Morgentoilette im Spiegel sieht und die vielleicht heute zu einem passen könnten, nur ja nicht zu diskriminieren. (Abg. Heinisch-Hosek: Die macht sich lustig darüber, das gibt's ja nicht!)                                               |
| 252 | 29.02.2024 | Rosa Ecker    | FPÖ   | 184 | Daher, sehr geehrte Damen und Herren: Schaffen wir endlich ab, was nie offiziell eingeführt worden ist! (Abg. Heinisch-Hosek: Warum muss man es dann abschaffen?) Sie können auch gerne noch meine Petition unter <a href="http://www.gender-wahnsinn.at">www.gender-wahnsinn.at</a> unterzeichnen. Setzen wir dem Gendern ein Ende! (Beifall bei der FPÖ.)                                                                                                                                                                         |
| 252 | 28.02.2024 | Meri Disoski  | Grüne | 189 | Wenn Sie argumentieren, Österreicherinnen und Österreicher – Sie sagen: Österreicher, also die Männer -, die Österreicher lehnen den Genderwahnsinn allgemein ab, deswegen soll nicht gegendert werden (Abg. Amesbauer: Genau!): Was ist denn das bitte für eine Argumentation? Hätten wir heute das Frauenwahlrecht, wenn wir darauf gehört hätten, dass Männer damals nicht wollten, dass Frauen wählen dürfen? Wie würde es denn mit der Rassentrennung in Amerika ausschauen, wenn das nicht – entgegen Umfragen, die es in der |

|     |            |                        |     |     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|-----|------------|------------------------|-----|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|     |            |                        |     |     | Bevölkerung gegeben hat – überwunden worden wäre? Was ist denn das bitte für eine haarsträubende Argumentation in diesem Hohen Haus? Da kann ich mir echt nur an den Kopf greifen. (Beifall bei den Grünen sowie der Abgeordneten Kucharowits und Oxonitsch.)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 252 | 28.02.2024 | Alois Kainz            | FPÖ | 193 | Frau Präsident!                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| 252 | 28.02.2024 | Alois Kainz            | FPÖ | 194 | Wenn ich bei mir zu Hause in meinem Wahlkreis unterwegs bin und mit den Leuten rede, merke ich ganz schnell, dass dort niemand etwas mit gendern zu tun hat. (Zwischenruf des Abg. Litschauer.) Da werden die Männer und Frauen gleich angesprochen und keiner fühlt sich diskriminiert. Bei uns bringen nicht der Elternteil eins und der Elternteil zwei die Lernenden zu den Lehrenden, sondern Mama und Papa bringen die Kinder in die Schule zu den Lehrern. Nicht im Wirt:innenhaus werden die Gäst:innen bedient, sondern im Wirtshaus werden die Gäste bedient – und dazu noch sehr freundlich. |
| 252 | 28.02.2024 | Mario Lindner          | SPÖ | 196 | Sehr geehrte Frau Präsidentin! (Abg. Disoski: Ich hätte noch eine Geschäftsordnungsmeldung, aber ich kann sie auch nachher machen!) Liebe Kolleginnen – Klammer auf: Männer sind mitgemeint!, Klammer zu! (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der Grünen.)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 217 | 01.06.2023 | Jörg Leichtfried       | SPÖ | 34  | Frau Ministerin // Frau Minister                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 217 | 01.06.2023 | Anmerkung im Protokoll |     | 45  | auf dem Weg zum Redner:innenpult                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |

Tabelle 5: Inhaltlich relevante Aussagen

Inhaltlich interessant ist der Zwischenruf von Abgeordneten Martin Graf während Sigrid Maurers Rede. Zu Beginn der Codierung wurde notiert, dass Herr Graf hier angemerkt hat, dass an dieser Stelle gegendert werden soll. Nach der Fertigstellung der Codierung der Auswertung der Hypothese 4 der Forschungsfrage 1 (Martin Graf verweigert strikt das Gendern), kann davon ausgegangen werden, dass seine Aussage provokant oder ironisch gemeint war.

Rosa Eckers Aussage zeigt deutlich, dass es im Jahr 2024 immer noch Menschen gibt, die in alten Denkweisen verharren und aktuell politische Themen nicht ernst nehmen und sich zudem noch darüber lustig machen, wie auch Frau Heinisch-Hosek anmerkt. In derselben Rede fällt Rosa Ecker erneut auf, da sie dazu auffordert eine Petition zu unterschreiben und dem Gendern ein Ende zu setzen. Die Webseite lautet „www.gender-wahnsinn.at“ (die Webseite existiert nicht mehr).

Meri Disoskis Teil ihrer Rede ist sofern interessant, da sie zunächst gendert, dann jedoch nur die männliche Form nennt und somit („Sie sagen“) die FPÖ-Abgeordneten anspricht. Sie geht auf die Wichtigkeit historischer Ereignisse ein, um damit zu demonstrieren, wie wichtig Gendern ist.

Die Aussage von Alois Kainz gilt eher als veraltet. Seine zweite Aussage unterstreicht dies, da er eine Aussage trifft, die üblich für Personen ist, die das Gendern nicht ernst nehmen und ins lächerliche Ziehen. Immer wieder taucht in Genderdebatten von der Gegenseite das Beispiel „Gästin“ auf. Im Duden gibt es einen eigenen Eintrag zur weiblichen Form von Gast.<sup>192</sup> Im Genderwörterbuch steht jedoch, dass das Wort „Gast“ genderkonform ist und keine weitere Form benötigt.<sup>193</sup> Angemerkt ist hier auch, dass der Begriff „Gästin“ im Duden aufgeführt, jedoch mit dem Hinweis „selten“ versehen ist. In der gesamten Genderdebatte geht es darum, alle Menschen sichtbar zu machen und zu inkludieren. Ein Anfang wäre beispielsweise im politischen Rahmen im Nationalrat zu gendern: „Politiker:innen“, „Kolleg:innen“, „Bürger:innen“, „Österreicher:innen“ usw. Jedoch werden immer absurde Beispiele gebracht und die Meinung vertreten, dass es den „Genderwahnsinnigen“ darum geht, „Gästin“ gängiger zu machen. Auch ist nicht Teil der Genderdebatte, dass fortan „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ gesagt wird, wie das der FPÖ-Abgeordnete hier anspricht.

Mario Lindner von der SPÖ nennt nur die weibliche Form und betont, dass Männer mitgemeint sind. Somit wendet er hier das generische Femininum an (Kapitel 3.7). Dies wirft nun die Frage aus, wie viele Abgeordnete im Nationalrat das generische Femininum anwenden, dieses im Protokoll jedoch mit einem Doppelpunkt versehen wird. Hier kann argumentiert werden, dass das generische Femininum, so wie auch das

---

<sup>192</sup> Duden. URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Gaestin> [Zugriff 27.2.2026].

<sup>193</sup> vgl. Genderaor. URL: <https://www.genderaor.app/wb/gast/> [Zugriff 27.2.2026].

generische Maskulinum, nicht genderinklusiv ist. Die Verwendung ersteren soll jedoch ein Zeichen für die Sichtbarmachung von Frauen machen.

Jörg Leichtfried wendet einmal die männliche Form von „Minister“ mit dem Zusatz Frau an, ein anderes Mal, in derselben Rede, wendet er die weibliche Form an. Die Beweggründe können hier nicht genannt werden. Es lässt sich vermuten, dass es aus Versehen oder Einfachheit halber beim zweiten Mal die männliche Form genannt hat.

Der letzte Punkt in der Tabelle wurde mit hineingenommen, da schon vor dieser Erwähnung im Protokoll alle Substantive „Rednerpult“ als nicht-gegendert codiert wurden und somit unterstrichen werden kann, dass das Parlament selbst dieses Substantiv gendert.

Nun folgen die Substantive, die von den Nationalratsabgeordneten am häufigsten verwendet und gendert wurden. Hier fallen jene Substantive hinein, die den Variablen 1,2 und 3 zugeordnet sind. „Zuseherinnen und Zuseher“ bzw. „ZuseherInnen“ sowie „Zuschauerinnen und Zuschauer“ wurden 87-mal gendert. „Österreicherinnen und Österreicher“ 86-mal. „Bürgerinnen und Bürger“ bzw. „BürgerInnen“ 42-mal und „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ bzw. „MitarbeiterInnen“ 58-mal. „Kolleginnen und Kollegen“, „Kolleg:innen“ bzw. „KollegInnen“ ist das mit 208-mal am häufigsten genderte codierte Substantiv. „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ bzw. „MitarbeiterInnen“ wurde 58-mal gendert. Weitere Substantive, die gendert wurden: „Funktionärinnen und Funktionären“, „Genossinnen und Genossen“, „Apothekerinnen und Apotheker“, „Friseurinnen und Friseure“, „Leistungsträger und Leistungsträgerinnen“, „StaatsbürgerInnenschaft“, „Virologen und Virologinnen“, „Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger“, „Terroristen und Terroristinnen“, „Elementarpädagoginnen und -pädagogen“, „Risikopatientinnen und -patienten“, „Gründerväter und Gründermütter“, „Steuerzahlerinnen und Steuerzahler“, „Akteurinnen und Akteuren“, „DemokratieaktivistInnen“, „Facharzt [...] Fachärztin“, „Russinnen und Russen“, „Ukrainerinnen und Ukrainer“, „Bittsteller:innentum“, „Millionärinnen und Millionären“, „Verkehrsminister:innenrat“, „Wienerinnen und Wiener“, „Jüdinnen und Juden“, „Soldatinnen, Soldaten“ sowie „Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft“.

Das am häufigsten nicht-gegenderte Substantiv ist „Mitarbeiter(n)“, das insgesamt 44-mal codiert wurde. Darauf folgen „Unternehmer(n)“ mit 22, „Österreicher(s/n)“ mit 21 sowie „Kollegen“ mit 19 Nennungen. Das Substantiv „Freund(en)“ wurde 18-mal in nicht-gegenderter Form codiert. Weitere Substantive, die nicht gegendert wurden: „Wähler“, „Staatsbürger“, „Redner“, „Kandidaten“, „Spieler“, „Journalisten“, „Patienten“, „Busfahrer“, „Ärzte“, „Skiurlauber“, „Zivilisten“ und „Autofahrer“.

Während der Ideenfindungsphase dieser Arbeit wurden einzelne Parlamentsprotokolle gesichtet, um einen ersten Überblick über das Untersuchungsmaterial zu erhalten. Dabei wurde eine Passage entdeckt, die inhaltlich für die vorliegende Untersuchung relevant ist. In der Sitzung des Nationalrats vom 13.10.2022 wurden unter anderem weitere Geschlechtsangaben am Meldezettel thematisiert. Der FPÖ-Abgeordnete Hannes Amesbauer eröffnete seine Rede mit einer außergewöhnlich langen Anrede, in der er eine Vielzahl unterschiedlicher Geschlechtsbezeichnungen aufzählte:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter androgyner Mensch! Sehr geehrte Androgyn! Sehr geehrte Bigender! Sehr geehrte Frau-zu-Mann! Sehr geehrter Mann-zu-Frau! Sehr geehrte Gendervariabel! Sehr geehrte Genderqueer! Sehr geehrte Intersexuelle, auch Interstern! (Zwischenruf des Abg. Hörl.) Sehr geehrte Weder-noch! Sehr geehrte Geschlechtslose! Sehr geehrte Nichtbinäre! Sehr geehrte Weitere! Sehr geehrte Pangender oder Pangeschlechtliche! (Zwischenruf des Abg. Shetty.) Sehr geehrte Trans! Sehr geehrte Trans-weiblich! Sehr geehrte Trans-männlich! Sehr geehrter Transmann! Sehr geehrter Transmensch! Sehr geehrte Transfrau! Sehr geehrte Transstern! Sehr geehrte Transstern-weiblich! Sehr geehrte Transsternmännlich! (Zwischenruf der Abg. Erasim.) Sehr geehrter Transsternmann! (Abg. Stögmüller: Schämen Sie sich!) Sehr geehrter Transsternmensch! (Abg. Stögmüller: Schämen Sie sich!) – Na, jetzt hören Sie auf, ich bin ja mit der Begrüßung noch nicht fertig! – Sehr geehrte Transsternfrau! Sehr geehrte Transfeminin! Sehr geehrte Transgender! (Zwischenruf der Abg. Heinisch-Hosek.) Sehr geehrte Transgender-weiblich! Sehr geehrte Transgender-männlich! Sehr geehrter Transgendermann! Sehr geehrter Transgendermensch! (Zwischenruf des Abg. Stögmüller.) Sehr geehrte Transgenderfrau! Sehr geehrte Transmaskuline! Sehr geehrte Transsexuelle! Sehr geehrte weiblich Transsexuelle! Sehr geehrte männlich Transsexuelle! Sehr geehrter transsexueller Mann! Sehr geehrte transsexuelle Person! Sehr geehrte transsexuelle Frau! Sehr geehrte Interstern! Sehr geehrte Interstern-weiblich! Sehr geehrte Intersternmännlich! (Abg. Erasim: Unfassbar! Ich verlasse den Saal!) Sehr geehrter Intersternmann! (Abg. Stögmüller: Da muss man den Saal verlassen eigentlich!) Sehr geehrte Intersternfrau! Sehr geehrter Intersternmensch! Sehr geehrte Intergender! Sehr geehrte Intergeschlechtliche! Sehr geehrte Zweigeschlechtliche! Sehr geehrte Zwitter! Sehr geehrter Hermaphrodit! Sehr geehrte Two-Spirit, drittes Geschlecht! Sehr geehrtes viertes Geschlecht! Sehr geehrte XY-Frau! Sehr geehrte Butch (das Wort batsch aussprechend)! (Abg. Brandstötter: Butch heißt das!) Sehr geehrte Femme! Sehr geehrte Drag! Sehr geehrte Butch! Sehr geehrter

Transvestit und sehr geehrte Crossgender! (Abg. Stögmüller: Sie haben wohl das Gesetz nicht gelesen!)<sup>194</sup>

Die Anrede umfasst zahlreiche Bezeichnungen und Varianten, die teilweise mehrfach oder in leicht abgewandelter Form genannt werden. Begleitet wird diese Passage von mehreren Zwischenrufen anderer Abgeordneter, die im Protokoll ebenfalls dokumentiert sind. Die Länge sowie die Auswahl der Begriffe lassen darauf schließen, dass die Aufzählung bewusst überspitzt gestaltet ist. Die Passage kann als rhetorisches Mittel interpretiert werden, mit dem die Debatte über zusätzliche Geschlechtsangaben am Meldezettel kommentiert wird. Durch die stark ausgedehnte und teilweise redundant wirkende Aufzählung entsteht der Eindruck einer ironischen beziehungsweise satirischen Darstellung der Thematik. Gleichzeitig zeigen die dokumentierten Zwischenrufe anderer Abgeordneter, dass diese Form der Darstellung im Plenum auf deutliche Kritik gestoßen ist. Dieser Ausschnitt wurde in die Arbeit aufgenommen, da er exemplarisch verdeutlicht, wie sprachliche Fragen rund um Geschlecht und Gender im parlamentarischen Kontext nicht nur sachlich diskutiert, sondern auch polemisch oder provokativ thematisiert werden können.

Wie an früherer Stelle erwähnt, geht es beim Gendern darum, Sichtbarkeit zu schaffen. Erstmals galt das nur für Frauen, mit den Jahren ging es immer mehr in Richtung der Genderinklusivität. Die hier aufgezählten nicht-gegenderten Substantive sind immer noch zu viele, und das ist nur ein Ausschnitt der nicht-gegenderten Wörter. Politiker:innen kann es gewiss passieren, aufs Gendern zu vergessen, das kann jede:m passieren. Jedoch zeigen auch die Ergebnisse der Hypothese 4, dass es immer noch Abgeordnete gibt, die das Gendern strikt verweigern.

---

<sup>194</sup> Parlament Österreich: Nationalratssitzung vom 13.10.2022. URL: [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/179/fname\\_1577379.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/179/fname_1577379.pdf) [Zugriff: 5.3.2026]

## 4.4 Ausblick

Die Arbeit hat sich mit der Verwendung geschlechtergerechter Sprache im parlamentarischen Kontext beschäftigt und auf Basis eines Korpus von Nationalratssitzungen untersucht, in welchem Ausmaß gendergerechte Formen verwendet werden und welche Entwicklungen sich im Untersuchungszeitraum beobachten lassen. Die Analyse hat gezeigt, dass gendergerechte Sprachformen im parlamentarischen Diskurs zwar vorkommen, ihre Verwendung jedoch deutlich variiert und im Jahr 2024 mehr gegendert wurde als 2019. Jedoch lassen sich teilweise auch rückläufige Entwicklungen erkennen. Diese Ergebnisse sind insbesondere vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und politischer Debatten über geschlechtergerechte Sprache relevant und werfen die Frage auf, wie sich der parlamentarische Sprachgebrauch in Zukunft entwickeln wird.

Aus theoretischer Perspektive lässt sich der parlamentarische Sprachgebrauch als Teil eines größeren sprachpolitischen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses verstehen. Ansätze aus der Genderlinguistik und der feministischen Linguistik gehen davon aus, dass Sprache nicht nur Realität abbildet, sondern auch gesellschaftliche Strukturen mitprägt. Sprache wirkt demnach nicht lediglich beschreibend, sondern kann auch normative Vorstellungen reproduzieren oder verändern. Insbesondere im Zusammenhang mit Personenbezeichnungen spielt die sprachliche Sichtbarkeit von Geschlecht eine zentrale Rolle. Während das generische Maskulinum lange Zeit als vermeintlich neutrale Form verwendet wurde, argumentieren Vertreter:innen der Genderlinguistik, dass solche Formen in der Praxis häufig männliche Vorstellungen aktivieren und dadurch andere Geschlechter weniger sichtbar machen.

Vor diesem Hintergrund wird geschlechtergerechte Sprache häufig als ein Instrument betrachtet, um sprachliche Repräsentation zu erweitern und gesellschaftliche Gleichberechtigung auch auf sprachlicher Ebene abzubilden. Politische Institutionen spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle, da sie nicht nur gesellschaftliche Entwicklungen widerspiegeln, sondern diese auch aktiv mitgestalten können. Gerade im parlamentarischen Kontext kommt Sprache daher eine doppelte Funktion zu: Sie dient einerseits der politischen Kommunikation, andererseits kann sie selbst Gegenstand politischer Positionierung sein.



Die Ergebnisse dieser Arbeit lassen sich daher auch im Kontext aktueller institutioneller Entwicklungen interpretieren. So wurde im österreichischen Parlament Ende 2025 erneut über die Regelungen zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache diskutiert. Es gilt somit die „neue alte Genderregel“<sup>195</sup>, bei der frühere sprachliche Richtlinien wieder aufgegriffen wurden. Diese Entwicklung wurde teilweise als Signal interpretiert, dass gendergerechte Sprachformen im parlamentarischen Kontext weniger stark institutionell gefördert werden sollen als zuvor. Auch wenn solche Regelungen nicht unmittelbar vorschreiben, wie einzelne Abgeordnete tatsächlich sprechen müssen, können sie dennoch Einfluss auf sprachliche Normen innerhalb politischer Institutionen haben. Leitlinien, Empfehlungen oder institutionelle Regelungen tragen dazu bei, Erwartungen darüber zu definieren, welche sprachlichen Formen als angemessen gelten. Wenn sich solche Regelungen verändern, kann dies daher auch Auswirkungen auf den tatsächlichen Sprachgebrauch haben. Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, die in dieser Arbeit festgestellten Tendenzen eines teilweise rückläufigen Gebrauchs gendergerechter Formen auch im Zusammenhang mit aktuellen sprachpolitischen Entwicklungen zu betrachten. Institutionelle Rahmenbedingungen, politische Mehrheiten sowie gesellschaftliche Diskurse können sich auf sprachliche Praktiken auswirken und dazu beitragen, dass bestimmte Formen häufiger oder seltener verwendet werden. Der parlamentarische Sprachgebrauch steht somit in einem engen Wechselverhältnis mit öffentlichen Debatten über Sprache, Gleichstellung und gesellschaftliche Normen.

Darüber hinaus zeigt sich auch außerhalb des Parlaments, dass die Diskussion um geschlechtergerechte Sprache weiterhin sehr präsent ist. In den letzten Jahren sind immer wieder Initiativen entstanden, die sich kritisch mit dem Gendern auseinandersetzen oder dessen Verwendung in bestimmten Kontexten einschränken möchten. Ein Beispiel dafür stellt eine Volksinitiative in Deutschland dar, die sich gegen

---

<sup>195</sup> Bauer 2025. URL: <https://www.derstandard.at/story/3000000292726/neue-alte-genderregel-im-parlament-eine-machtdemonstration> [Zugriff: 5.3.2026].

die Verwendung gendergerechter Sprachformen richtete<sup>196</sup>. Obwohl diese Initiative letztlich scheiterte, verdeutlicht sie dennoch, dass das Thema weiterhin gesellschaftliche Mobilisierung auslösen kann und stark emotional diskutiert wird.

Auch im österreichischen politischen Kontext bleibt die Frage nach der Verwendung geschlechtergerechter Sprache weiterhin Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen. So wurde erneut ein Antrag eingebracht, der sich mit der Verwendung von Genderformen beschäftigt.<sup>197</sup> Solche Initiativen zeigen, dass sprachliche Fragen zunehmend politisiert werden und Teil parlamentarischer Debatten sind. Sprache fungiert dabei nicht nur als neutrales Kommunikationsmittel, sondern auch als symbolisches Feld, auf dem gesellschaftliche Werte, politische Ideologien und Vorstellungen von Gleichberechtigung verhandelt werden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit können daher als Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses verstanden werden. Sprachliche Entwicklungen verlaufen selten linear, sondern sind häufig von Phasen der Ausbreitung, der Stabilisierung und auch von Gegenbewegungen geprägt. Die aktuell beobachtbaren Diskussionen könnten daher auch als Phase der Neuverhandlung interpretiert werden, in der unterschiedliche sprachliche Normen und politische Positionen miteinander konkurrieren. Gerade im parlamentarischen Kontext wird diese Dynamik besonders sichtbar. Abgeordnete kommunizieren nicht nur miteinander, sondern auch mit einer breiten Öffentlichkeit. Parlamentsreden werden medial aufgegriffen, zitiert und kommentiert, wodurch sie Teil größerer gesellschaftlicher Diskurse werden. Veränderungen im parlamentarischen Sprachgebrauch können daher sowohl Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen sein als auch selbst Einfluss auf öffentliche Debatten nehmen.

Neben der Einordnung aktueller Entwicklungen ergeben sich aus dieser Arbeit auch mehrere Ansatzpunkte für zukünftige Forschung. Die vorliegende Untersuchung konzentrierte sich primär auf eine quantitative Analyse ausgewählter genderrelevanter Formen. Eine weiterführende Untersuchung könnte darüber hinaus

---

<sup>196</sup> NDR 2025. URL: [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/Hannover-Stoppt-Gendern-in-Niedersachsen-Initiative-ist-gescheitert,gendern180.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Hannover-Stoppt-Gendern-in-Niedersachsen-Initiative-ist-gescheitert,gendern180.html) [Zugriff: 5.2.2026].

<sup>197</sup> Parlament Österreich 2025. URL: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/A/504?selectedStage=100> [Zugriff: 5.3.2026].

stärker qualitative Aspekte berücksichtigen. Beispielsweise wäre es interessant zu analysieren, in welchen konkreten Kontexten gendergerechte Formen verwendet werden und welche Funktionen sie im parlamentarischen Diskurs erfüllen. Eine solche Analyse könnte beispielsweise untersuchen, ob gendergerechte Formen gezielt eingesetzt werden, um bestimmte politische Positionen zu unterstreichen oder gesellschaftspolitische Anliegen hervorzuheben. Ebenso könnte analysiert werden, ob bestimmte Redner:innen solche Formen besonders häufig oder bewusst vermeiden und ob sich daraus spezifische kommunikative Strategien ableiten lassen. Darüber hinaus könnte auch eine umfassendere lexikalische Analyse neue Erkenntnisse liefern. Während sich diese Arbeit auf ausgewählte Formen konzentriert hat, wäre es ebenfalls möglich, sämtliche Personenbezeichnungen im Korpus systematisch zu analysieren. Eine solche Untersuchung könnte zeigen, welche Strategien der sprachlichen Inklusion oder Neutralisierung im parlamentarischen Diskurs verwendet werden und ob sich bestimmte Muster im Umgang mit geschlechtsspezifischen Bezeichnungen erkennen lassen. Ein weiterer interessanter Ansatzpunkt wäre ein Vergleich zwischen verschiedenen politischen Parteien oder einzelnen Abgeordneten. Auch ein Vergleich mit anderen institutionellen Kontexten könnte neue Perspektiven eröffnen. So wäre beispielsweise interessant zu untersuchen, wie sich der Sprachgebrauch im Parlament im Vergleich zu Medien, Universitäten oder Verwaltungsinstitutionen entwickelt. Ein solcher Vergleich könnte Aufschluss darüber geben, ob das Parlament eher eine Vorreiterrolle im sprachlichen Wandel einnimmt oder gesellschaftlichen Entwicklungen eher folgt.

Insgesamt zeigt sich, dass geschlechtergerechte Sprache weiterhin ein zentraler Gegenstand gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Diskussionen bleibt. Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag zu dieser Debatte, indem sie den parlamentarischen Sprachgebrauch empirisch untersucht und damit eine datenbasierte Grundlage für weitere Analysen schafft. Gleichzeitig wird deutlich, dass sprachliche Entwicklungen immer im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse, politischer Entscheidungen und kultureller Normen betrachtet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage nach der zukünftigen Entwicklung geschlechtergerechter Sprache offen. Während einige aktuelle Entwicklungen auf eine

gewisse Zurückhaltung oder sogar auf einen Rückgang bestimmter Genderformen hindeuten könnten, zeigen gleichzeitig anhaltende gesellschaftliche Debatten, dass das Thema weiterhin hohe Relevanz besitzt. Es ist daher wahrscheinlich, dass auch in Zukunft unterschiedliche Positionen und sprachliche Praktiken nebeneinander bestehen werden.

Der parlamentarische Sprachgebrauch wird somit auch weiterhin ein besonders aufschlussreicher Ort sein, an dem sich gesellschaftliche Aushandlungsprozesse über Sprache, Geschlecht und politische Repräsentation beobachten lassen. Weitere Untersuchungen könnten dazu beitragen, diese Entwicklungen genauer zu verstehen und langfristige Veränderungen im politischen Diskurs sichtbar zu machen

## 5. Literaturverzeichnis

### Primärquelle: Stenographische Protokolle des Nationalrats

Parlament Österreich: <https://www.parlament.gv.at/recherchieren/protokolle/index.html>

### Sekundärliteratur

Bourdieu, Pierre (1991): *Language and Symbolic Power*. Edited by John B. Thompson. Translated by Gino Raymond and Matthew Adamson. Cambridge. Butler, Judith (2016): *Haß spricht: zur Politik des Performativen*. Berlin<sup>5</sup>.

Bundeskanzlei. (2023). *Geschlechtergerechte Sprache: Leitfaden zum geschlechtergerechten Formulieren in deutschsprachigen Texten des Bundes* (3., vollständig überarbeitete Auflage, Stand: 13. Juni 2024). Bern: Schweizerische Bundeskanzlei.

Case, Mary Anne (2019): *Trans Formations in the Vatican's War on Gender Ideology*, in: *Signs*, 3(44). Chicago. S. 639–664

Corredor, Elisabeth Seton (2019): *Unpacking Gender Ideology and the Global Right's Antigender Countermovement*, in: *Signs*, 44(3). Chicago. S. 613–638.

Diewald, Gabriele/ Steinhauer, Anja (2019): *Duden: Gendern – ganz einfach!* Berlin.

Ertl, Katharine (2012): *Die Frauenbewegung von 1848 bis 1933. Eine rechtshistorische Darstellung im ländervergleich Deutschland, Österreich und Schweiz*. Graz: Karl-Franzens-Universität Graz.

Früh, Werner (2025): *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. Konstanz.

Götz, Judith (2019): *Sittliche Gefährdung samt Irreleitung des Geschlechtstriebes. Trans\*feindlichkeit und rechte Trans\*Personen in Österreich*, in: FIPU (Hg.), *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven*, Berlin. S. 123–153.

Günthner, Susanne/ Hüpper, Dagmar/ Spieß, Constanze (2012): *Genderlinguistik: Sprachliche Konstruktionen von Geschlechtsidentität*. Berlin/ Boston.

Guentherodt, Ingrid / Hellinger, Marlis/ Pusch, Luise F./ Trömel-Plötz, Senta (1980): *Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs*. *Linguistische Berichte*, 69, 1–7, Hamburg.

Hellinger, Marlis/ Bierbach, Christine (1993): *Eine Sprache für beide Geschlechter. Richtlinien für einen nicht-sexistischen Sprachgebrauch*. Bonn: Deutsche UNESCO Kommission.

Henigin, Lisa (2016): *Genderspezifisches Sprechverhalten. Sind weibliche Figuren in Animationsfilmen das linguistisch unterlegene und höflichere Geschlecht?* Koblenz: Universität Koblenz-Landau.

Hornscheidt, Lann (2012): *Wie Geschlecht gemacht wird: Sprache und Doing Gender*. In: *Dudenredaktion (Hg.): Geschickt gendern. Wie Sprache für alle elegant gelingt*, S. 110–118. Mannheim.

- Hurrelmann, Klaus/ Quenzel, Gudrun (2012): Einführung in die Sozialisationstheorie. Weinheim/ Basel.
- Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen gegen Toleranz, Vielfalt und eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik radikalisierten, Berlin.
- Kotthoff, Helga/ Nübling, Damaris (2018): Genderlinguistik. Eine Einführung in Sprache, Gespräch und Geschlecht. Tübingen.
- Krämer, Benjamin (2020): Polarisierung durch Sprache: Strategien der Ausgrenzung und Vereinnahmung. In: Schwaiger, Manuel; Bischof, Christian (Hg.): Politische Sprache in der Mediendemokratie. Wiesbaden, S. 143–162.
- Mayer, Stefanie/ Sauer, Birgit (2017): Gender Ideology in Austria: Coalitions around an Empty Signifier, in: Roman Kuhar/David Paternotte (Hg.), Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality, London. S. 19–30.
- Paternotte, David (2015): Blessing the Crowds. Catholic Mobilisations against Gender in Europe, in: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld. S.129–148.
- Pelinka, Anton/ Rosenberger, Sieglinde (2007): Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends. Wien.
- Pusch, Luise F. (1988): Totale Feminisierung: Überlegungen zum umfassenden Femininum. Women in German yearbook, 4, 1. Lanham.
- Reichel, Werner (Hg.) (2014): Das Phänomen Conchita Wurst. Ein Hype und seine politischen Dimensionen, o.O.
- Samel, Ingrid (2000): Einführung in die feministische Sprachwissenschaft. Berlin<sup>2</sup>.
- Sauer, Birgit/ Penz, Otto & Campus Verlag. (2023): Konjunktur der Männlichkeit: affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt/ New York.
- Stoeckl, Kristina (2021): Konservative Netzwerke über Konfessionsgrenzen hinweg. Die konservative Ökumene des World Congress of Families, in: Sonja A. Strube u.a. (Hg.), Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation, Bielefeld. S. 217–228.
- Tannen, Deborah (1990): You Just Don't Understand: Women and Men in Conversation. New York.
- Trömel-Plötz, Senta (2007d) [1982]: Frauensprache: Sprache der Veränderung. München.
- Völkening, Lena (2022): Gendern. Warum wir die Flexibilität des Sprachsystems nutzen sollten. Münster.
- West, Candace/ Zimmermann, Don H (1987): Doing Gender. In: Gender (Society, Vol. 1/2), S. 125 – 151.

Wodak, Ruth (2015): Politik der Angst: Was rechtspopulistische Diskurse bedeuten. Wien, Hamburg.

Zifonun, Gisela (2021): Eine Linguistin denkt nach über den Genderstern. In: Sprachreport (Vol. 37/2). Mannheim.

## Onlinequellen

Amnesty International: Frauenrechte sind Menschenrechte. URL: <https://www.amnesty.at/themen/frauenrechte/frauenrechte-sind-menschenrechte/> [Zugriff: 28.2.2026]

ARD. URL: <https://hilfe.ard.de/artikel/gendern-in-der-ard/> [Zugriff: 28.2.2026].

Bauer, Karin (20.10.2025): Neue, alte Genderregel im Parlament: Eine Machtdemonstration. URL: <https://www.derstandard.at/story/3000000292726/neue-alte-genderregel-im-parlament-eine-machtdemonstration> [Zugriff: 5.3.2026].

BSVÖ. Richtig gendern. URL: <https://www.blindenverband.at/de/information/gendern> [Zugriff: 28.2.2026]

Bundeskanzleramt (2021a): Frauen und Gleichstellung. URL: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/frauen-und-gleichstellung.html> [Zugriff 27.2.2026].

Bundeskanzleramt (2021b): Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache. URL: <https://www.bmfwf.gv.at/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/sprachliche-gleichbehandlung/sprachliche-gleichbehandlung-frauen-maenner.html> [Zugriff 27.2.2026].

Bundesministerium für Inneres: anti-gendern Volksbegehren. URL: [https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren\\_der\\_XX\\_Gesetzgebungsperiode/anti-gendern-Volksbegehren/files/Broschuere\\_anti-gendern\\_E.pdf](https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren_der_XX_Gesetzgebungsperiode/anti-gendern-Volksbegehren/files/Broschuere_anti-gendern_E.pdf) [Zugriff: 28.2.2026].

Duden. URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Gaestin> [Zugriff 27.2.2026].

Genderaor: Gast. URL: <https://www.genderator.app/wb/gast/> [Zugriff 27.2.2026].

Genderator: Parteifreund. URL: <https://www.genderator.app/wb/parteifreund/> [Zugriff: 28.2.2026].

Freie Universität Berlin. URL: <https://www.fu-berlin.de/sites/diversity/antidiskriminierung/formen/sprache/gender/index.html> [Zugriff: 28.2.2026].

Hochschulen Luzern: Sprache & Bild. Ein Leitfaden zur Gleichbehandlung aller Geschlechter, S. 7. URL: [https://www.gendercampus.ch/public/user\\_upload/Sprache\\_und\\_Bild\\_Ein\\_Leitfaden.pdf](https://www.gendercampus.ch/public/user_upload/Sprache_und_Bild_Ein_Leitfaden.pdf) [Zugriff 11.8.2025]

KSW. URL: <https://ksw.or.at/> [Zugriff: 28.2.2026].

Kurier (14.07.20): Offener Brief: Absage an "Gender-Wildwuchs". URL: <https://kurier.at/politik/inland/offener-brief-deutliche-absage-ans-gendern/74.865.264> [Zugriff: 28.2.2026].

- Leibnitz Universität Hannover: Geschlechtergerechte Sprache. URL:  
<https://www.chancenvielfalt.uni-hannover.de/de/chancengleichheit/geschlechter-und-diversitaetsgerechte-sprache/geschlechtergerechte-sprache> [Zugriff: 28.2.2026].
- NDR (2025): "Stoppt Gendern in Niedersachsen": Initiative ist gescheitert. URL:  
[https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/Hannover-Stoppt-Gendern-in-Niedersachsen-Initiative-ist-gescheitert,gendern180.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Hannover-Stoppt-Gendern-in-Niedersachsen-Initiative-ist-gescheitert,gendern180.html) [Zugriff: 5.2.2026].
- Niederösterreichische Landesregierung (21.7.2023): Niederösterreich legt Gender-Regeln in Kanzleiordnung fest. URL:  
[https://www.noel.gv.at/noe/Niederoesterreich\\_legt\\_Gender-Regeln\\_in\\_Kanzleiordnung\\_fe.html](https://www.noel.gv.at/noe/Niederoesterreich_legt_Gender-Regeln_in_Kanzleiordnung_fe.html) [Zugriff: 28.2.2026].
- Novak, Karin (4.7.2023): SP-Kritik an geplantem Gender-Erlass. URL:  
<https://www.tips.at/nachrichten/amstetten/wirtschaft-politik/610900-sp-kritik-an-geplantem-gender-erlass> [Zugriff: 28.2.2026]
- SPÖ Niederösterreich 6.7.2023. URL: <https://noe.spoe.at/themen/news-detail/sp-kritik-an-geplantem-gender-erlass-von-ovpfp-1575> [Zugriff: 28.2.2026].
- Österreich.gv.at. URL:  
[https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente\\_und\\_recht/frauenfoerderung/Frauenfoerderung\\_in-Unternehmen.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/frauenfoerderung/Frauenfoerderung_in-Unternehmen.html) [Zugriff: 22.3.2023]. Diese Webseite wurde aktualisiert:  
[https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/gesetze\\_und\\_recht/frauenfoerderung-und-gleichbehandlung/Frauenfoerderung\\_in-Unternehmen](https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/gesetze_und_recht/frauenfoerderung-und-gleichbehandlung/Frauenfoerderung_in-Unternehmen) [Zugriff: 28.2.2026].
- Bundesministerium. URL:  
[https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie\\_und\\_partnerschaft/geburt/3/2/3/2/Seite.080613.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie_und_partnerschaft/geburt/3/2/3/2/Seite.080613.html) [Zugriff: 22.03.2023]. Der Artikel existiert so nicht mehr. Das Kinderbetreuungsgeld wurde umbenannt in Familienbonus Plus:  
<https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/arbeitnehmerveranlagung/steuertarif-steuerabsetzbetraege/familienbonus-plus.html> [Zugriff: 28.2.2026].
- Eklaude, Dagmar (31.10.2024): Wie weiblich sind Politiker? Studie zeigt Wirkung von geschlechtergerechter Sprache. URL: <https://www.uni-graz.at/de/neuigkeiten/wie-weiblich-sind-politiker-studie-zeigt-wirkung-von-geschlechtergerechter-sprache/> [Zugriff: 28.2.2026]
- ÖNB: Symbolfiguren ohne Rechte – Frankreich. URL: <https://www.onb.ac.at/mehr/ariadne-frauen-und-genderspezifisches-wissensportal/frauen-waehlet/frauenwahlrecht-in-europa/symbolfiguren-ohne-rechte-frankreich> [Zugriff: 28.02.2026].
- Parlament Österreich: Gleichbehandlungsausschuss: Öffentliches Expert:innen-Hearing "anti-gendern Volksbegehren", vom 14.2.2024. URL:  
[https://www.parlament.gv.at/aktuelles/mediathek/XXVII/VER/207?selectedtab=PR\\_OTOKOLL](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/mediathek/XXVII/VER/207?selectedtab=PR_OTOKOLL) [Zugriff: 28.2.2026].
- Parlament Österreich: Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat. URL:  
[https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/entw\\_frauen/NR](https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/entw_frauen/NR) [Zugriff: 28.2.2026].



- Parlament Österreich: Die Einführung des Frauenwahlrechts. URL:  
<https://www.parlament.gv.at/verstehen/demokratie-wahlen/frauen-im-parlament/wahlrecht> [Zugriff: 28.2.2026]
- Parlament Österreich: Nationalratssitzung vom 13.10.2022. URL:  
[https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/179/fname\\_1577379.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/179/fname_1577379.pdf)  
[Zugriff: 5.3.2026]
- Parlament Österreich. Nationalratssitzung vom 28.2.2024. URL:  
[https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/252/fnameorig\\_1660461.html#Seite\\_0184.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/252/fnameorig_1660461.html#Seite_0184.html) [Zugriff: 28.2.2026].
- Parlament Österreich. Plenarsitzungen. URL:  
<https://www.parlament.gv.at/recherchieren/plenarsitzungen/> [Zugriff: 28.2.2026]
- Parlament Österreich: Schluss mit Gender-Ideologie an Schulen! 2025. URL:  
<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/A/504?selectedStage=100> [Zugriff: 5.3.2026].
- Parlament Österreich: Sitzungen. URL:  
<https://www.parlament.gv.at/services/infoteam/haeufige-fragen/sitzungen> [Zugriff: 28.2.2026].
- Christoph Kepplinger-Prinz: Die Vermessung der politischen Sprache: Studie zeigt Zusammenhang zwischen Geschlecht und Debattenkultur im Nationalrat. Parlament Österreich. URL:  
[https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/archiv/j2021/193interview\\_marcelojenny](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/archiv/j2021/193interview_marcelojenny) [Zugriff: 28.2.2026].
- Rat für deutsche Rechtschreibung (o.J.): Der Rat für deutsche Rechtschreibung – die zentrale Instanz in Fragen der Rechtschreibung. URL: <https://www.rechtschreibrat.com/> [Zugriff: 01.08.2025]
- Rat für deutsche Rechtschreibung (2018b): Empfehlungen zur geschlechtergerechten Schreibung. URL:  
[https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr\\_Empfehlung\\_20181116.pdf](https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_Empfehlung_20181116.pdf) [Zugriff: 01.08.2025].
- Rat für deutsche Rechtschreibung (2021): Empfehlungen zur geschlechtergerechten Schreibung vom 26. März 2021. URL:  
[https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr\\_Empfehlung\\_20210326.pdf](https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_Empfehlung_20210326.pdf) [Zugriff: 01.08.2025].
- Rat für deutsche Rechtschreibung (2018a): Pressemitteilung vom 15.06.2018. URL:  
[https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr\\_PM\\_20180615.pdf](https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_20180615.pdf) [Zugriff: 01.08.2025]
- RIS: Gesamte Rechtsvorschrift für Gleichbehandlungsgesetz. URL:  
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003395> [Zugriff: 28.2.2026].
- Raidl, Melanie (21.2.2023): Künstliche Intelligenz ist häufig sexistisch – doch was hilft? Der Standard. URL: <https://www.derstandard.at/story/2000143421145/kuenstliche-intelligenz-ist-haeufig-sexistisch-doch-was-hilft> [Zugriff: 28.2.2026].

- SDGWATCH Austria: Geschlechtergleichstellung. URL: <https://www.sdgwatch.at/de/ueber-sdgs/5-geschlechtergleichstellung/> [Zugriff: 28.2.2026].
- Statistik Austria: Einkommen. URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/einkommen> [Zugriff: 28.2.2026].
- Sulzbacher, Markus (16.10.2022): Identitäre, ÖVP-Politiker und Gegenproteste beim Marsch der Abtreibungsgegner. Der Standard. URL: <https://www.derstandard.at/story/2000140015240/identitaere-oevp-politiker-und-gegenproteste-beim-marsch-der-abtreibungsgegner> [Zugriff: 28.2.2026].
- Universität Basel: Leitfaden für eine inklusive Sprache. URL: [https://www.unibas.ch/dam/jcr:e564e0d9-27c8-49f7-9517-0a2297796bf9/Leitfaden\\_InklusiveSprache\\_Universit%C3%A4t%20Basel.pdf](https://www.unibas.ch/dam/jcr:e564e0d9-27c8-49f7-9517-0a2297796bf9/Leitfaden_InklusiveSprache_Universit%C3%A4t%20Basel.pdf)
- Universität Graz: Genderleitfaden. URL: <https://static.uni-graz.at/fileadmin/gewi-institute/Translationswissenschaft/Bilder/2024/Genderleitfaden.pdf> [Zugriff 11.8.2025]
- Universität Wien: Einblick in die Geschichte des Referats Genderforschung der Universität Wien. URL: <https://gender.univie.ac.at/ueber-uns/geschichte-und-entwicklung/> [Zugriff: 28.2.2026].
- Universität Wien: Geschlechterinklusive Sprache. URL: <https://personalwesen.univie.ac.at/organisationskultur-gleichstellung/im-ueberblick/geschlechterinklusive-sprache/> [Zugriff 11.8.2025]
- Universität Zürich: Leitfaden „Geschlechtergerecht in Text und Bild. URL: [https://www.ife.uzh.ch/dam/jcr:3e251c54-58aa-4a44-b84d-b311587ad9f0/Geschlechtergerecht%20in%20Text%20und%20Bild\\_LeitfadenUZH.pdf](https://www.ife.uzh.ch/dam/jcr:3e251c54-58aa-4a44-b84d-b311587ad9f0/Geschlechtergerecht%20in%20Text%20und%20Bild_LeitfadenUZH.pdf) [Zugriff: 28.2.2026].
- Vol.at (21.07.2023): Ab August in Niederösterreich: Wer gendert, zahlt Strafe. URL: <https://www.vol.at/ab-august-in-niederosterreich-wer-gendert-zahlt-strafe/8199319> [Zugriff: 28.2.2026].
- Wirtschaftskammer Wien: Diversity Management. Ein Leitfaden für die Praxis. URL: [https://www.wko.at/site/Charta-derVielfalt/Service/publikationen/Leitfaden\\_Diversity-Management-17-3-17.pdf](https://www.wko.at/site/Charta-derVielfalt/Service/publikationen/Leitfaden_Diversity-Management-17-3-17.pdf) [Zugriff: 28.2.2026].

## 6. Anhang

### 6.1 Codebuch

#### **Untersuchungsziel**

Ziel ist es, zu analysieren, ob und in welchem Ausmaß gegendert wird, welche Genderformen bevorzugt verwendet werden und wie sich das Genderverhalten zwischen den Parteien unterscheidet.

Für die Analyse wird sowohl die Häufigkeit und Form des Genderns als auch mögliche parteipolitische oder zeitliche Unterschiede betrachtet.

#### **Forschungsfrage, Hypothese**

**Forschungsfrage 1:** Wie hat sich das Genderverhalten der österreichischen Politiker:innen in den vergangenen Jahren (2019 – 2024) geändert?

H1: in Reden der FPÖ wird am wenigsten gegendert.

H2: in Reden der Grünen wird am meisten gegendert.

H3: 2024 wird mehr gegendert als 2019.

H4: es gibt Personen, die das Gendern strikt verweigern.

H5: weibliche Abgeordnete gendern mehr als männliche Abgeordnete.

**Forschungsfrage 2:** Welche Genderform wird bevorzugt verwendet?

H1: das binäre Gendersystem wird häufiger angewendet als das geschlechtsneutrale Gendersystem.

H2: Die Wahl der Genderform hängt von der Parteizugehörigkeit der sprechenden Person ab.

#### **Definition wichtiger Begriffe**

Binäres Gendersystem: Inkludiert Frauen und Männer: „Lehrerinnen und Lehrer“

Geschlechtergerechte/ Gendersensible Sprache: Inkludiert alle Geschlechter „Lehrer:innen“, „Lehrende“

### **Definition der Auswahleinheit (Rössler, S.54, Abb. 4.1)**

Nationalratssitzungen des österreichischen Parlaments im Zeitraum 23.10.2019 bis 23.10.2024 (27. Gesetzgebungsperiode). 15 zufällig ausgewählte Nationalratssitzungen  
Gegebenenfalls kann auf die Aufzeichnungen (Bild und Ton) zurückgegriffen werden.

Zufallsstichprobe, systematische Auswahl (Listenauswahl, bei der von einem bestimmten Startpunkt aus, nach einem festgelegten Intervall, jedes n-te Element berücksichtigt wird).

### **Definition der Analyseeinheit(en)**

Einzelne Substantive.

(Genderverhalten einzelner Personen, Parteibezogen; stenographische Protokolle).

### **Definition der Kontexteinheit**

Sätze bzw. Abschnitte, in denen gegendert wird. (stenographische Protokolle, unterstützend auch Videoaufzeichnungen).

### **Beschreibung der Vorgehensweise**

Zu Beginn werden zufällig 15 Nationalratssitzungen (<https://www.parlament.gv.at/recherchieren/plenarsitzungen/>) aus der letzten Gesetzgebungsperiode gewählt. Die 27. Gesetzgebungsperiode war von 23.10.2019 bis 23.10.2024. Anschließend werden die offiziellen stenographischen Protokolle des Parlaments zu dieser Sitzung gesichtet. Gegebenenfalls werden unterstützend die Aufzeichnungen (Bild und Ton) herangezogen. Jede einzelne Rede wird auf gegenderte bzw. nicht-gegenderte Substantive untersucht. Ist die Analyseeinheit (einzelnes Wort/ Substantiv) nicht eindeutig, wird die Kontexteinheit (ganzer Satz oder Absatz) herangezogen. Es wird untersucht, welche Mitglieder welcher Parteien wie oft und in welcher Form gendern. Zusätzlich wird am Ende noch angegeben, wie sich das Genderverhalten innerhalb der letzten Gesetzgebungsperiode verändert hat.

## **A- Formale Kategorien**

### **A0 Identifikationsnummer der Sitzung**

Jeder Nationalratssitzung wird die Identifikationsnummer der offiziellen Parlamentswebseite zugewiesen.

### **A1 Identifikationsnummer der Rede**

Jeder Rede wird eine fortlaufende Identifikationsnummer zugewiesen. Hier ist wichtig anzumerken, dass einer Person pro Sitzung eine Rede-ID zugewiesen wird.

### **A2 Datum**

Das Datum der Nationalratssitzung im Format TT.MM.JJJJ.

### **A3 Redner:in**

Hier werden alle Redner:innen codiert, die innerhalb einer Nationalratssitzung Redebeiträge halten.

### **A4 Geschlecht der Redner:in**

Hier wird das Geschlecht der Redner:in angegeben.

w = weiblich

m = männlich

d = divers

x = keine Angabe

o = unbekannt

### **A5 Parteizugehörigkeit**

Hier wird die Parteizugehörigkeit der jeweiligen Redner:innen angegeben. Folgende Parteien, die im Nationalrat vertreten sind:

1: ÖVP

2: SPÖ

3: FPÖ

4: Die Grünen

5: NEOS

## **A6 Seitenangabe**

Die genaue Seitenangabe des Protokolls wird codiert.

## **B- Informelle Kategorien**

### **B0 Genderverhalten 1**

Hier wird codiert, ob in der Rede gegendert wird.

j = ja

n = nein

### **B1 Genderverhalten 2**

Hier wird codiert, welches Gendersystem die:der Redner:in verwendet.

1= Binäres Gendersystem / Paarform (Lehrerinnen und Lehrer)

2 = Neutral (Lehrende)

3= Genderinklusiv (Lehrer:innen) -> wenn eine deutliche Pause „:“ zuhören ist.

4 = Sonstige

### **B2 Exakter Wortlaut**

Hier werden die exakten Wortlaute der gegenderten Wörter codiert. Zum Beispiel „Bürgerinnen und Bürger“, „Kolleg:innen“.

### **B3 Stelle**

Hier wird codiert, ob nur in der Anrede oder an mehreren Stellen gegendert wird.

1 = nur in der Anrede

2= an mehreren Stellen

3= an einzelnen Stellen

### **B4 Anmerkungen**

Hier werden nennenswerte Anmerkungen hinzugefügt. Beispielsweise, ob abwertend / ironisch gegendert wird.

### **B5 Link**

Hier wird der Link zum Protokoll angeführt.

## 6.2 Auswertungen

### 6.2.1 2019 – 2024

| gegendert<br>insgesamt<br>(Wortlaute)         | ja      | davon w<br>Wortlaute | davon m<br>Wortlaute |  | nein    | davon w | davon m |           | Gesamt   | davon w | davon m |
|-----------------------------------------------|---------|----------------------|----------------------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
|                                               | 903     | 427                  | 476                  |  | 678     | 169     | 509     |           | 1581     | 596     | 985     |
| FPÖ                                           | 35      | 12                   | 23                   |  | 208     | 47      | 161     |           | 243      | 59      | 184     |
| Grüne                                         | 218     | 114                  | 104                  |  | 86      | 29      | 57      |           | 304      | 143     | 161     |
| SPÖ                                           | 238     | 152                  | 86                   |  | 90      | 37      | 53      |           | 328      | 189     | 139     |
| NEOS                                          | 139     | 75                   | 64                   |  | 113     | 30      | 83      |           | 252      | 105     | 147     |
| ÖVP                                           | 273     | 74                   | 199                  |  | 181     | 26      | 155     |           | 454      | 100     | 354     |
| gesamt                                        | 903     | 427                  | 476                  |  | 678     | 169     | 509     |           | 1581     | 596     | 985     |
| gegendert<br>insgesamt in<br>%<br>(Wortlaute) | ja      | davon w              | davon m              |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 14,40 % | 4,94 %               | 9,47 %               |  | 85,60 % | 19,34 % | 66,25 % | 100,00 %  | 100,00 % | 24,28 % | 75,72 % |
| Grüne                                         | 71,71 % | 37,50 %              | 34,21 %              |  | 28,29 % | 9,54 %  | 18,75 % | 100,00 %  | 100,00 % | 47,04 % | 52,96 % |
| SPÖ                                           | 72,56 % | 46,34 %              | 26,22 %              |  | 27,44 % | 11,28 % | 16,16 % | 100,00 %  | 100,00 % | 57,62 % | 42,38 % |
| NEOS                                          | 55,16 % | 29,76 %              | 25,40 %              |  | 44,84 % | 11,90 % | 32,94 % | 100,00 %  | 100,00 % | 41,67 % | 58,33 % |
| ÖVP                                           | 60,13 % | 16,30 %              | 43,83 %              |  | 39,87 % | 5,73 %  | 34,14 % | 100,00 %  | 100,00 % | 22,03 % | 77,97 % |

| gegendert<br>insgesamt in<br>%<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
| FPÖ                                           | 2,21 %  | 0,76 %  | 1,45 %  |  | 13,16 % | 2,97 %  | 10,18 % | 15,37 %   | 15,37 %  | 3,73 %  | 11,64 % |
| Grüne                                         | 13,79 % | 7,21 %  | 6,58 %  |  | 5,44 %  | 1,83 %  | 3,61 %  | 19,23 %   | 19,23 %  | 9,04 %  | 10,18 % |
| SPÖ                                           | 15,05 % | 9,61 %  | 5,44 %  |  | 5,69 %  | 2,34 %  | 3,35 %  | 20,75 %   | 20,75 %  | 11,95 % | 8,80 %  |
| NEOS                                          | 8,79 %  | 4,74 %  | 4,05 %  |  | 7,15 %  | 1,90 %  | 5,25 %  | 15,94 %   | 15,94 %  | 6,64 %  | 9,30 %  |
| ÖVP                                           | 17,27 % | 4,68 %  | 12,59 % |  | 11,45 % | 1,64 %  | 9,81 %  | 28,71 %   | 28,71 %  | 6,33 %  | 22,39 % |
| gesamt                                        | 57,12 % | 27,01 % | 30,11 % |  | 42,88 % | 10,69 % | 32,19 % | 100,00 %  | 100,00 % | 37,70 % | 62,30 % |

## 6.2.2 2019

| gegendert /<br>2019                           | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt | davon w | davon m |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|--------|---------|---------|
| FPÖ                                           | 8       | 5       | 3       |  | 29      | 19      | 10      | 37        | 37     | 24      | 13      |
| Grüne                                         | 25      | 20      | 5       |  | 9       | 4       | 5       | 34        | 34     | 24      | 10      |
| SPÖ                                           | 31      | 18      | 13      |  | 5       | 3       | 2       | 36        | 36     | 21      | 15      |
| NEOS                                          | 34      | 22      | 12      |  | 27      | 14      | 13      | 61        | 61     | 36      | 25      |
| ÖVP                                           | 36      | 9       | 27      |  | 16      | 1       | 15      | 52        | 52     | 10      | 42      |
| gesamt                                        | 134     | 74      | 60      |  | 86      | 41      | 45      | 220       | 220    | 115     | 105     |
|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |        |         |         |
| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 21,62 % | 13,51 % | 8,11 %  |  | 78,38 % | 51,35 % | 27,03 % | 100,00 %  | 100 %  | 64,86 % | 35,14 % |
| Grüne                                         | 73,53 % | 58,82 % | 14,71 % |  | 26,47 % | 11,76 % | 14,71 % | 100,00 %  | 100 %  | 70,59 % | 29,41 % |



|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
| SPÖ                                           | 86,11 % | 50,00 % | 36,11 % |  | 13,89 % | 8,33 %  | 5,56 %  | 100,00 %  | 100 %    | 58,33 % | 41,67 % |
| NEOS                                          | 55,74 % | 36,07 % | 19,67 % |  | 44,26 % | 22,95 % | 21,31 % | 100,00 %  | 100 %    | 59,02 % | 40,98 % |
| ÖVP                                           | 69,23 % | 17,31 % | 51,92 % |  | 30,77 % | 1,92 %  | 28,85 % | 100,00 %  | 100 %    | 19,23 % | 80,77 % |
|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 3,64 %  | 2,27 %  | 1,36 %  |  | 13,18 % | 8,64 %  | 4,55 %  | 16,82 %   | 16,82 %  | 10,91 % | 5,91 %  |
| Grüne                                         | 11,36 % | 9,09 %  | 2,27 %  |  | 4,09 %  | 1,82 %  | 2,27 %  | 15,45 %   | 15,45 %  | 10,90 % | 4,55 %  |
| SPÖ                                           | 14,09 % | 8,18 %  | 5,91 %  |  | 2,27 %  | 1,36 %  | 0,91 %  | 16,36 %   | 16,36 %  | 9,55 %  | 6,81 %  |
| NEOS                                          | 15,45 % | 10,00 % | 5,45 %  |  | 12,27 % | 6,36 %  | 5,91 %  | 27,73 %   | 27,73 %  | 16,37 % | 11,36 % |
| ÖVP                                           | 16,36 % | 4,09 %  | 12,27 % |  | 7,27 %  | 0,45 %  | 6,82 %  | 23,64 %   | 23,64 %  | 4,55 %  | 19,09 % |
| gesamt                                        | 60,91 % | 33,64 % | 27,27 % |  | 39,09 % | 18,64 % | 20,45 % | 100,00 %  | 100,00 % | 52,28 % | 47,72 % |

## 6.2.3 2020

|                     |     |         |         |  |      |         |         |           |        |         |         |
|---------------------|-----|---------|---------|--|------|---------|---------|-----------|--------|---------|---------|
| gegendert /<br>2020 | ja  | davon w | davon m |  | nein | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt | davon w | davon m |
| FPÖ                 | 15  | 5       | 10      |  | 46   | 8       | 38      | 61        | 61     | 13      | 48      |
| Grüne               | 55  | 26      | 29      |  | 43   | 15      | 28      | 98        | 98     | 41      | 57      |
| SPÖ                 | 44  | 21      | 23      |  | 39   | 21      | 18      | 83        | 83     | 42      | 41      |
| NEOS                | 38  | 18      | 20      |  | 30   | 8       | 22      | 68        | 68     | 26      | 42      |
| ÖVP                 | 84  | 8       | 76      |  | 75   | 4       | 71      | 159       | 159    | 12      | 147     |
| gesamt              | 236 | 78      | 158     |  | 233  | 56      | 177     | 469       | 469    | 134     | 335     |
|                     |     |         |         |  |      |         |         |           |        |         |         |

| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
| FPÖ                                           | 24,59 % | 8,20 %  | 16,39 % |  | 75,41 % | 13,11 % | 62,30 % | 100,00 %  | 100,00 % | 21,31 % | 78,69 % |
| Grüne                                         | 56,12 % | 26,53 % | 29,59 % |  | 43,88 % | 15,31 % | 28,57 % | 100,00 %  | 100,00 % | 41,84 % | 58,16 % |
| SPÖ                                           | 53,01 % | 25,30 % | 27,71 % |  | 46,99 % | 25,30 % | 21,69 % | 100,00 %  | 100,00 % | 50,60 % | 49,40 % |
| NEOS                                          | 55,88 % | 26,47 % | 29,41 % |  | 44,12 % | 11,76 % | 32,35 % | 100,00 %  | 100,00 % | 38,24 % | 61,76 % |
| ÖVP                                           | 52,83 % | 5,03 %  | 47,79 % |  | 47,17 % | 2,52 %  | 44,65 % | 100,00 %  | 100,00 % | 7,55 %  | 92,45 % |
|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 3,20 %  | 1,07 %  | 2,13 %  |  | 9,81 %  | 1,71 %  | 8,10 %  | 13,01 %   | 13,01 %  | 2,77 %  | 10,23 % |
| Grüne                                         | 11,73 % | 5,54 %  | 6,18 %  |  | 9,17 %  | 3,20 %  | 5,97 %  | 20,90 %   | 20,90 %  | 8,74 %  | 12,15 % |
| SPÖ                                           | 9,38 %  | 4,48 %  | 4,90 %  |  | 8,32 %  | 4,48 %  | 3,84 %  | 17,70 %   | 17,70 %  | 8,96 %  | 8,74 %  |
| NEOS                                          | 8,10 %  | 3,84 %  | 4,26 %  |  | 6,40 %  | 1,71 %  | 4,69 %  | 14,50 %   | 14,50 %  | 5,54 %  | 8,96 %  |
| ÖVP                                           | 17,91 % | 1,71 %  | 16,20 % |  | 15,99 % | 0,85 %  | 15,14 % | 33,90 %   | 33,90 %  | 2,56 %  | 31,34 % |
| gesamt                                        | 50,32 % | 16,63 % | 33,69 % |  | 49,68 % | 11,94 % | 37,74 % | 100,00 %  | 100 %    | 28,57 % | 71,43 % |

## 6.2.4 2021

| gegendert /<br>2021 | ja | davon w | davon m |  | nein | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt | davon w | davon m |
|---------------------|----|---------|---------|--|------|---------|---------|-----------|--------|---------|---------|
| FPÖ                 | 3  | 2       | 1       |  | 48   | 11      | 37      | 51        | 51     | 13      | 38      |
| Grüne               | 34 | 21      | 13      |  | 15   | 8       | 7       | 49        | 49     | 29      | 20      |
| SPÖ                 | 40 | 26      | 14      |  | 17   | 5       | 12      | 57        | 57     | 31      | 26      |

|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
| NEOS                                          | 19      | 10      | 9       |  | 16      | 2       | 14      | 35        | 35       | 12      | 23      |
| ÖVP                                           | 38      | 2       | 36      |  | 33      | 4       | 29      | 71        | 71       | 6       | 65      |
| gesamt                                        | 134     | 61      | 73      |  | 129     | 30      | 99      | 263       | 263      | 91      | 172     |
|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 5,88 %  | 3,92 %  | 1,96 %  |  | 94,12 % | 21,57 % | 72,55 % | 100,00 %  | 100,00 % | 25,49 % | 74,51 % |
| Grüne                                         | 69,39 % | 42,86 % | 26,53 % |  | 30,61 % | 16,33 % | 14,29 % | 100,00 %  | 100,00 % | 59,18 % | 40,82 % |
| SPÖ                                           | 70,18 % | 45,61 % | 24,56 % |  | 29,82 % | 8,77 %  | 21,05 % | 100,00 %  | 100,00 % | 54,39 % | 45,61 % |
| NEOS                                          | 54,29 % | 28,57 % | 25,71 % |  | 45,71 % | 5,71 %  | 40,00 % | 100,00 %  | 100,00 % | 34,29 % | 65,71 % |
| ÖVP                                           | 53,52 % | 2,82 %  | 50,70 % |  | 46,48 % | 5,63 %  | 40,85 % | 100,00 %  | 100,00 % | 8,45 %  | 91,55 % |
|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 1,14 %  | 0,76 %  | 0,38 %  |  | 18,25 % | 4,18 %  | 14,07 % | 19,39 %   | 19,39 %  | 4,94 %  | 14,45 % |
| Grüne                                         | 12,93 % | 7,98 %  | 4,94 %  |  | 5,70 %  | 3,04 %  | 2,66 %  | 18,63 %   | 18,63 %  | 11,03 % | 7,60 %  |
| SPÖ                                           | 15,21 % | 9,89 %  | 5,32 %  |  | 6,46 %  | 1,90 %  | 4,56 %  | 21,67 %   | 21,67 %  | 11,79 % | 9,89 %  |
| NEOS                                          | 7,22 %  | 3,80 %  | 3,42 %  |  | 6,08 %  | 0,76 %  | 5,32 %  | 13,31 %   | 13,31 %  | 4,56 %  | 8,75 %  |
| ÖVP                                           | 14,45 % | 0,76 %  | 13,69 % |  | 12,55 % | 1,52 %  | 11,03 % | 27,00 %   | 27,00 %  | 2,28 %  | 24,71 % |
| gesamt                                        | 50,95 % | 23,19 % | 27,76 % |  | 49,05 % | 11,41 % | 37,64 % | 100,00 %  | 100 %    | 34,60 % | 65,40 % |

## 6.2.5 2022

| gegendert / 2022                     | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt  | davon w | davon m |
|--------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|---------|---------|---------|
| FPÖ                                  | 2       | 0       | 2       |  | 23      | 1       | 22      | 25        | 25      | 1       | 24      |
| Grüne                                | 39      | 17      | 22      |  | 4       | 2       | 2       | 43        | 43      | 19      | 24      |
| SPÖ                                  | 19      | 14      | 5       |  | 9       | 2       | 7       | 28        | 28      | 16      | 12      |
| NEOS                                 | 12      | 11      | 1       |  | 9       | 5       | 4       | 21        | 21      | 16      | 5       |
| ÖVP                                  | 35      | 23      | 12      |  | 20      | 7       | 13      | 55        | 55      | 30      | 25      |
| gesamt                               | 107     | 65      | 42      |  | 65      | 17      | 48      | 172       | 172     | 82      | 90      |
|                                      |         |         |         |  |         |         |         |           |         |         |         |
| gegendert insgesamt in % (Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt  | davon w | davon m |
| FPÖ                                  | 8,00 %  | 0,00 %  | 8,00 %  |  | 92,00 % | 4,00 %  | 88,00 % | 100,00 %  | 100 %   | 4,00 %  | 96,00 % |
| Grüne                                | 90,70 % | 39,53 % | 51,16 % |  | 9,30 %  | 4,65 %  | 4,65 %  | 100,00 %  | 100 %   | 44,19 % | 55,81 % |
| SPÖ                                  | 67,86 % | 50,00 % | 17,86 % |  | 32,14 % | 7,14 %  | 25,00 % | 100,00 %  | 100 %   | 57,14 % | 42,86 % |
| NEOS                                 | 57,14 % | 52,38 % | 4,76 %  |  | 42,86 % | 23,81 % | 19,05 % | 100,00 %  | 100 %   | 76,19 % | 23,81 % |
| ÖVP                                  | 63,64 % | 41,82 % | 21,82 % |  | 36,36 % | 12,73 % | 23,64 % | 100,00 %  | 100 %   | 54,55 % | 45,45 % |
|                                      |         |         |         |  |         |         |         |           |         |         |         |
| gegendert insgesamt in % (Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt  | davon w | davon m |
| FPÖ                                  | 1,16 %  | 0,00 %  | 1,16 %  |  | 13,37 % | 0,58 %  | 12,79 % | 14,53 %   | 14,53 % | 0,58 %  | 13,95 % |
| Grüne                                | 22,67 % | 9,88 %  | 12,79 % |  | 2,33 %  | 1,16 %  | 1,16 %  | 25,00 %   | 25,00 % | 11,05 % | 13,95 % |
| SPÖ                                  | 11,05 % | 8,14 %  | 2,91 %  |  | 5,23 %  | 1,16 %  | 4,07 %  | 16,28 %   | 16,28 % | 9,30 %  | 6,98 %  |

|        |         |         |         |  |         |        |         |          |          |         |         |
|--------|---------|---------|---------|--|---------|--------|---------|----------|----------|---------|---------|
| NEOS   | 6,98 %  | 6,40 %  | 0,58 %  |  | 5,23 %  | 2,91 % | 2,33 %  | 12,21 %  | 12,21 %  | 9,30 %  | 2,91 %  |
| ÖVP    | 20,35 % | 13,37 % | 6,98 %  |  | 11,63 % | 4,07 % | 7,56 %  | 31,98 %  | 31,98 %  | 17,44 % | 14,53 % |
| gesamt | 62,21 % | 37,79 % | 24,42 % |  | 37,79 % | 9,88 % | 27,91 % | 100,00 % | 100,00 % | 47,67 % | 52,33 % |

## 6.2.6 2023

| gegendert / 2023 | ja  | davon w | davon m |  | nein | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt | davon w | davon m |
|------------------|-----|---------|---------|--|------|---------|---------|-----------|--------|---------|---------|
| FPÖ              | 6   | 0       | 6       |  | 43   | 5       | 38      | 49        | 49     | 5       | 44      |
| Grüne            | 41  | 17      | 24      |  | 6    | 0       | 6       | 47        | 47     | 17      | 30      |
| SPÖ              | 57  | 39      | 18      |  | 6    | 3       | 3       | 63        | 63     | 42      | 21      |
| NEOS             | 25  | 6       | 19      |  | 26   | 1       | 25      | 51        | 51     | 7       | 44      |
| ÖVP              | 35  | 17      | 18      |  | 28   | 8       | 20      | 63        | 63     | 25      | 38      |
| gesamt           | 164 | 79      | 85      |  | 109  | 17      | 92      | 273       | 273    | 96      | 177     |

| gegendert insgesamt in % (Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt | davon w | davon m |
|--------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|--------|---------|---------|
| FPÖ                                  | 12,24 % | 0,00 %  | 12,24 % |  | 87,76 % | 10,20 % | 77,55 % | 100,00 %  | 100 %  | 10,20 % | 89,80 % |
| Grüne                                | 87,23 % | 36,17 % | 51,06 % |  | 12,77 % | 0,00 %  | 12,77 % | 100,00 %  | 100 %  | 36,17 % | 63,83 % |
| SPÖ                                  | 90,48 % | 61,90 % | 28,57 % |  | 9,52 %  | 4,76 %  | 4,76 %  | 100,00 %  | 100 %  | 66,67 % | 33,33 % |
| NEOS                                 | 49,02 % | 11,76 % | 37,25 % |  | 50,98 % | 1,96 %  | 49,02 % | 100,00 %  | 100 %  | 13,73 % | 86,27 % |
| ÖVP                                  | 55,56 % | 26,98 % | 28,57 % |  | 44,44 % | 12,70 % | 31,75 % | 100,00 %  | 100 %  | 39,68 % | 60,32 % |

| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
| FPÖ                                           | 2,20 %  | 0,00 %  | 2,20 %  |  | 15,75 % | 1,83 %  | 13,92 % | 17,95 %   | 17,95 %  | 1,83 %  | 16,12 % |
| Grüne                                         | 15,02 % | 6,23 %  | 8,79 %  |  | 2,20 %  | 0,00 %  | 2,20 %  | 17,22 %   | 17,22 %  | 6,23 %  | 10,99 % |
| SPÖ                                           | 20,88 % | 14,29 % | 6,59 %  |  | 2,20 %  | 1,10 %  | 1,10 %  | 23,08 %   | 23,08 %  | 15,38 % | 7,69 %  |
| NEOS                                          | 9,16 %  | 2,20 %  | 6,96 %  |  | 9,52 %  | 0,37 %  | 9,16 %  | 18,68 %   | 18,68 %  | 2,56 %  | 16,12 % |
| ÖVP                                           | 12,82 % | 6,23 %  | 6,59 %  |  | 10,26 % | 2,93 %  | 7,33 %  | 23,08 %   | 23,08 %  | 9,16 %  | 13,92 % |
| gesamt                                        | 60,07 % | 28,94 % | 31,14 % |  | 39,93 % | 6,23 %  | 33,70 % | 100,00 %  | 100,00 % | 35,16 % | 64,84 % |

## 6.2.7 2024

| gegendert /<br>2024                           | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
| FPÖ                                           | 1       | 0       | 1       |  | 19      | 3       | 16      | 20        | 20       | 3       | 17      |
| Grüne                                         | 24      | 13      | 11      |  | 9       | 0       | 9       | 33        | 33       | 13      | 20      |
| SPÖ                                           | 47      | 34      | 13      |  | 14      | 3       | 11      | 61        | 61       | 37      | 24      |
| NEOS                                          | 11      | 8       | 3       |  | 5       | 0       | 5       | 16        | 16       | 8       | 8       |
| ÖVP                                           | 45      | 15      | 30      |  | 9       | 2       | 7       | 54        | 54       | 17      | 37      |
| gesamt                                        | 128     | 70      | 58      |  | 56      | 8       | 48      | 184       | 184      | 78      | 106     |
|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 5,00 %  | 0,00 %  | 5,00 %  |  | 95,00 % | 15,00 % | 80,00 % | 100,00 %  | 100,00 % | 15,00 % | 85,00 % |
| Grüne                                         | 72,73 % | 39,39 % | 33,33 % |  | 27,27 % | 0,00 %  | 27,27 % | 100,00 %  | 100,00 % | 39,39 % | 60,61 % |

|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
|-----------------------------------------------|---------|---------|---------|--|---------|---------|---------|-----------|----------|---------|---------|
| SPÖ                                           | 77,05 % | 55,74 % | 21,31 % |  | 22,95 % | 4,92 %  | 18,03 % | 100,00 %  | 100,00 % | 60,66 % | 39,34 % |
| NEOS                                          | 68,75 % | 50,00 % | 18,75 % |  | 31,25 % | 0,00 %  | 31,25 % | 100,00 %  | 100,00 % | 50,00 % | 50,00 % |
| ÖVP                                           | 83,33 % | 27,78 % | 55,56 % |  | 16,67 % | 3,70 %  | 12,96 % | 100,00 %  | 100,00 % | 31,48 % | 68,52 % |
|                                               |         |         |         |  |         |         |         |           |          |         |         |
| gegendert<br>insgesamt<br>in %<br>(Wortlaute) | ja      | davon w | davon m |  | nein    | davon w | davon m | Kontrolle | Gesamt   | davon w | davon m |
| FPÖ                                           | 0,54 %  | 0,00 %  | 0,54 %  |  | 10,33 % | 1,63 %  | 8,70 %  | 10,87 %   | 10,87 %  | 1,63 %  | 9,24 %  |
| Grüne                                         | 13,04 % | 7,07 %  | 5,98 %  |  | 4,89 %  | 0,00 %  | 4,89 %  | 17,93 %   | 17,93 %  | 7,07 %  | 10,87 % |
| SPÖ                                           | 25,54 % | 18,48 % | 7,07 %  |  | 7,61 %  | 1,63 %  | 5,98 %  | 33,15 %   | 33,15 %  | 20,11 % | 13,04 % |
| NEOS                                          | 5,98 %  | 4,35 %  | 1,63 %  |  | 2,72 %  | 0,00 %  | 2,72 %  | 8,70 %    | 8,70 %   | 4,35 %  | 4,35 %  |
| ÖVP                                           | 24,46 % | 8,15 %  | 16,30 % |  | 4,89 %  | 1,09 %  | 3,80 %  | 29,35 %   | 29,35 %  | 9,24 %  | 20,11 % |
| gesamt                                        | 69,57 % | 38,04 % | 31,52 % |  | 30,43 % | 4,35 %  | 26,09 % | 100,00 %  | 100,00 % | 42,39 % | 57,61 % |

## 6.3 Mail Parlament

3.11.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,  
im Zuge meiner Masterarbeit mit dem Titel "Genderverhalten der österreichischen Politik anhand von Nationalratssitzungen von 23.10.2019–23.10.2024." ist mir eine Frage aufgekommen. In den Protokollen wird oftmals mit Binnen-I gegendert. In den dazugehörigen Reden höre ich keine Pause vor dem Binnen-I. Es hört sich so an, als würde die Person nur die weibliche Form verwenden. Gibt es hierfür eine Regelung von Seiten des Parlaments?

Beispielsweise:

- 60. Rede, 08.11.2020, Selma Yildirim, "VorrednerInnen"
- 10. Rede, 05.11.2020, Alma Zadic, "MigrantInnen"

Da ich die Variablen "ja" und "nein" (wurde gegendert?) zuzuordnen habe, wäre es laut Aufnahme nicht so, da nur die weibliche Form gesagt wurde.

Gibt es also eine Regelung, dass Politiker:innen mit der nur weiblichen Form gendern und somit im Protokoll das Binnen-I eingefügt wird?

Ich würde mich sehr über eine Antwort freuen.

Vielen lieben Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Emelie Greimel

4.22.2025

Sehr geehrte Frau Greimel,

in Beantwortung Ihrer an das Infoteam der Parlamentsdirektion gerichteten Anfrage möchten wir zunächst darauf verweisen, dass ein Stenographisches Protokoll nicht dasselbe ist wie ein bloßes Transkript. Näheres dazu finden Sie auch in unseren FAQs zum Thema Stenographische Protokolle: Häufige Fragen zu Stenographischen Protokollen | Parlament Österreich. So wie offensichtliche Versprecher, auf die niemand im Saal reagiert, im Protokoll korrigiert werden, wird auch versucht, semantische Unklarheiten oder Unstimmigkeiten – so wie die beiden von Ihnen angesprochenen – nach Möglichkeit zu klären beziehungsweise zu bereinigen, wobei es natürlich immer gilt, die Aussage entsprechend der Intention der Rednerin bzw. des Redners korrekt wiederzugeben.

Sollte eine Rednerin oder ein Redner der Ansicht sein, dass ihrer oder seiner Intention nicht oder nicht hinreichend entsprochen wurde, besteht für sie oder ihn gemäß § 52 des Geschäftsordnungsgesetzes die Möglichkeit, innerhalb von 24 Stunden eine entsprechende Korrektur vorzunehmen.

Nun konkret zu den beiden von Ihnen genannten Beispielen:



In der Rede von Alma Zadic in der 60. Nationalratssitzung am 5.11.2020 lautet der achte Absatz wie folgt:

„Dieser Täter hat am Montag versucht, unser Land zu spalten, er hat versucht, Chaos zu verursachen, er hat versucht, uns gegeneinander aufzuhetzen, MigrantInnen gegen Österreicherinnen und Österreicher, Christen gegen Muslime, Muslime gegen Christen. Er und seine Ideologiegenossen wollten uns zu jenen Monstern machen, wie er selber eines war. Ich sage, es wird ihm nicht gelingen. Wir werden weiterhin unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat hochhalten, wir werden weiterhin unsere Werte hochhalten und wir werden weiterhin füreinander da sein. Daher braucht es alle gemeinsam, braucht es Ihre Hilfe. (Beifall bei Grünen, ÖVP, SPÖ und NEOS.)“

Das Wort „MigrantInnen“ wurde zwar, wie Sie zutreffend feststellen, so ausgesprochen, als würde es sich nur auf die weibliche Form beziehen, doch bietet der unmittelbare Kontext keinerlei Anhaltspunkt dafür, dass hier aufseiten der Rednerin die Absicht bestand, von einem Versuch des Täters, ausschließlich weibliche Zugewanderte gegen weibliche UND männliche Österreicherinnen bzw. Österreicher aufzuhetzen, zu sprechen. Aus diesem Grund wurde die gegenderte Schreibweise gewählt – dies trotz des Umstands, dass die Rednerin im weiteren Verlauf ihrer Aufzählung auf ein Gendern verzichtet hat; das heißt, es wurde bei der Protokollerstellung nicht davon ausgegangen, dass die Nennung der ausschließlich weiblichen Zugewanderten am Beginn der Aufzählung die Nennung der ausschließlich männlichen Form bei der späteren Fortsetzung der Aufzählung quasi kompensieren sollte, weil eine solche Auslegung – wenngleich grundsätzlich denkbar – im noch engeren Sinnzusammenhang, wie zuvor beschrieben, der Logik zuwidergelaufen wäre.

Anders ist es hingegen, wenn im Originalton einmal die weibliche und in einem anderen Fall die männliche Form gewählt wird, wie etwa bei „Sehr geehrte Zuseherinnen vor den Bildschirmen und Zuhörer hier im Saal!“ – In einem solchen Fall scheint tatsächlich die Absicht bestanden zu haben, quasi im Sinne einer Geschlechtergerechtigkeit einmal (nur) die weiblichen, das andere Mal (nur) die männlichen Adressaten bzw. Adressatinnen zu nennen. Dies kommt mitunter vor, ist als Absicht erkennbar und wird daher auch im Stenographischen Protokoll so wiedergegeben.

In der Rede von Selma Yildirim in derselben Sitzung nimmt sie im sechsten Absatz auf die Reden ihrer „VorrednerInnen, speziell aus den Reihen der ÖVP“ Bezug. Ausgesprochen wurde „VorrednerInnen“ tatsächlich auch in diesem Fall so, als handelte es sich nur um die weibliche Form. Nun waren aber unter den zahlreichen Personen, die vor Abg. Yildirim in dieser Debatte gesprochen haben, sowohl männliche

als auch weibliche, und im Fall der von ihr hervorgehobenen ÖVP waren es sogar sechs männliche Redner (Kurz, Wöginger, Nehammer, Mahrer, Gödl, Stocker) und nur eine Rednerin (Steinacker) – siehe 60. Sitzung des Nationalrats vom 5. November 2020 (60/NRSITZ) | Parlament Österreich. Es war daher auch in diesem Fall davon auszugehen, dass sowohl weibliche als auch männliche Redner und Rednerinnen gemeint waren.

Gerade bei Bezugnahmen auf die Vorredner und Vorrednerinnen kommt es nicht selten vor, dass im O-Ton „Vorrednerinnen“ gesagt wird, sich aber bei Überprüfung der Liste der zu Wort gekommenen Personen herausstellt, dass auch männliche Abgeordnete bzw. männliche Regierungsmitglieder gesprochen haben. Sofern in der Rede nichts darauf schließen lässt, dass tatsächlich nur weibliche Vorrednerinnen gemeint waren, wird daher in solchen Fällen im Protokoll die den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende (und daher, wovon in einem solchen Fall ausgegangen werden kann, auch der Intention des Redners bzw. der Rednerin entsprechende) gegenderte Form verwendet.

Beim Protokollieren von Reden ist unsere Herangehensweise in solchen Fällen also wie folgt: Wenn wir Grund zur Annahme haben, dass jemand, würde er oder sie das betreffende Wort schreiben, den Doppelpunkt, das Binnen-I oder ein sonstiges Genderzeichen verwenden würde, dann verschriftlichen wir dieses Wort auch in gegendeter Form.

Ganz grundsätzlich gilt, dass bei Texten von Personen, die eine politische Funktion innehaben, die Wahl der geschlechtergerechten Sprache übernommen wird, die die jeweilige Person trifft - gegebenenfalls auch eine nicht geschlechtergerechte Sprache. Dies bedeutet daher, dass bei Verwendung ungegenderter Formen in einer Rede - was durch manche Redner sehr konsequent und offensichtlich sehr bewusst erfolgt -, obwohl sich eine Aussage ganz offensichtlich auch auf weibliche Personen erstreckt, im Protokoll selbstverständlich keine gegenderten Formen eingefügt werden.

Wir hoffen, wir können Ihre Frage damit beantworten, und stehen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Gerda Helscher

—

Sehr geehrte Frau Helscher,

vielen lieben Dank für Ihre ausführliche Antwort.

Weitere Stellen, die mir bis jetzt untergekommen sind:

1. Sitzung, 23.10.2019

- Jörg Leichtfried "PräsidentInnen"
- Gabriele Schwarz laut Protokoll "PräsidentInnen" -> Video gesichtet "Präsidentinnen und Präsidenten"
- Andrea Kunzl "PräsidentInnen"
- Michel Reimon "SozialdemokratInnen"

16. Sitzung, 15.03.2020

- Werner Kogler "HelferInnen", "KrankenpflegerInnen", "ÄrztInnen" aber auch "Supermarkthelferinnen" und "Heldinnen"
- Pamela Renid-Wagner "AlleinerzieherInnen"
- Sigrid Maurer "Bewohnerinnen"
- Markus Koza "VorrederInnen", "ArbeitnehmerInnen" (3x), "MindesteinkommensbezieherInnen", "StaatsbürgerInnenschaft"
- Josef Schellhorn "ZuseherInnen"
- Josef Muchitsch "Betreuerinnen"

Ich habe noch viele weitere Beispiele, dies würde jedoch länger brauchen.

Meine Fragen nun:

1. Wieso wird oftmals ein Binnen-I verwendet und manchmal doch nur die weibliche Form (siehe oben; wenn auch Männer gemeint sind) (Nicht das von Ihnen genannte Beispiel in der Anrede) im Protokoll.

2. Wenn gegendert wird, muss ich unterscheiden, wie gegendert wurde [binär] oder [genderinklusiv]. Das Binnen-I fällt in das binäre Gendersystem hinein. D.h. wenn im Protokoll das Binnen-I steht und in der Rede deutlich nur die weibliche Form genannt wird, ordne ich es der Variable [binär] hinzu (Laut ihrer Erklärung im Mail, vielen lieben Dank nochmals!). Wenn das Binnen-I geschrieben wird, ich jedoch einen deutlichen "Abstand" höre, ordne ich es [genderinklusiv] zu.

Mit freundlichen Grüßen

Emelie Greimel

5.11.2025

Sehr geehrte Frau Greimel,

zunächst eine generelle Anmerkung zur Verwendung von Binnen-I versus Doppelpunkt:

Diesbezüglich änderten sich in der Parlamentsdirektion vor einigen Jahren die Richtlinien, und man ging aus Barrierefreiheitsgründen bei der Genderschreibweise vom (binären) Binnen-I zur (genderinklusiven) Schreibweise mit Doppelpunkt über. Dementsprechend sind etwa noch im Inhaltsverzeichnis der 169. Sitzung vom 8. Juli 2022 die „RednerInnen“ jeder Debatte aufgelistet (Stenographisches Protokoll, 169. Sitzung, XXVII. GP des NR), ab der im Herbst 2022 beginnenden ordentlichen Tagung 2022/2023 jedoch jeweils die „Redner:innen“ (siehe etwa das Protokoll der 171. Sitzung vom 21. September 2022: Stenographisches Protokoll, 171. Sitzung, XXVII. GP des NR.

Dies sollte sich auch in den Redeprotokollen so wiederfinden. (Und die unter Punkt 2 Ihrer Mail gezogenen – für mich nicht wirklich nachvollziehbaren – Schlussfolgerungen sollten sich damit erübrigen.)

Zu Ihren sonstigen Anmerkungen:

Dass ein O-Ton „Präsidentinnen und Präsidenten“ im Protokoll auf „PräsidentInnen“ geändert wurde, ist ganz sicher nie so vorgesehen gewesen und ist definitiv ein Versehen.

Derartige Dinge kommen am ehesten dadurch zustande, dass eine der – mit freiem Dienstvertrag hier beschäftigten – Schreibkräfte bestimmte Regeln oder Gepflogenheiten, die möglicherweise an einer anderen ihrer Arbeitsstellen einzuhalten sind, versehentlich auch hier zur Umsetzung gebracht hat, und aufgrund des Zeitdrucks am Sitzungstag wurde so etwas beim Redigieren übersehen, sodass eine Rückkorrektur auf den Originalwortlaut letztlich unterblieb. Es sind beim Ausarbeiten des Protokolls sehr viele gravierendere Dinge richtigzustellen (Orthografie, Schreibung von Eigennamen, Überprüfen von Zitaten aus Medien und parlamentarischen Materialien, Klärung semantischer Fragen) sowie oft zig Zwischenrufe einzuarbeiten, viele Beifälle zuzuordnen, oft auch redaktionelle Bemerkungen einzufügen, sodass der Fokus der Aufmerksamkeit

hier vielleicht nicht unbedingt auf die tatsächlich verwendete Form der geschlechtergerechten Sprache gerichtet war.

Zu Ihrer ersten Frage, warum manchmal nur die weibliche Form verwendet wurde, obwohl auch Männer gemeint sind: Die Entscheidung, ob bei Nennung der weiblichen Form nun tatsächlich nur Frauen oder aber auch Männer gemeint sind - etwa wenn es um die gering bezahlten Supermarktkassier(:)innen oder um die prekäre Situation vieler Alleinerzieher(:)innen geht -, wird oft nach Abwägung mehrerer Faktoren getroffen:

So würde etwa ein Redner, der sonst leidenschaftlich gegen das Gendern auftritt, bei Nennung der weiblichen Form kaum beide (bzw. alle) Geschlechter meinen.

Auch der Kontext der Rede kann manchmal hilfreich sein. Geht es z.B. in einer Debatte um Frauenpolitik, dann könnte vielleicht (aber muss nicht unbedingt) eher nur die weibliche Form gemeint sein, wenn etwa von notwendigen Verbesserungen für Alleinerzieher(:)innen gesprochen wird.

Auch das in sonstigen Reden zum Ausdruck gebrachte Rollenbild eines Redners oder einer Rednerin – sehr traditionell oder aber sehr auf Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet – könnte eine Entscheidungshilfe sein.

Auch da ist aber nicht auszuschließen, dass Sie vielleicht den einen oder anderen Fall entdecken werden, der sich den genannten Erklärungsversuchen entzieht, und wir bitten um Verständnis, dass wir nicht über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, um jeden einzelnen von Ihnen genannten Fall zu überprüfen und zu erläutern.

Grundsätzlich sei auch nochmals auf die Möglichkeit der Rednerkorrektur gemäß § 52 GOG-NR hingewiesen, wenn eine Rednerin oder ein Redner der Ansicht ist, dass seine Aussage im Protokoll nicht seiner Intention entsprechend wiedergegeben wurde.

Wir hoffen, Ihnen damit weiterzuhelfen, und stehen für grundsätzliche Fragen zur Protokollerstellung immer gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Gerda Helscher

## 7. Abstract

Die vorliegende Masterarbeit untersucht das Genderverhalten österreichischer Politiker:innen in den Plenardebatten des Nationalrates während der 27. Gesetzgebungsperiode (2019–2024). Ausgangspunkt der Untersuchung ist die zunehmende gesellschaftliche und politische Relevanz geschlechtergerechter Sprache sowie die Frage, inwiefern sich diese Entwicklung im parlamentarischen Sprachgebrauch widerspiegelt. Ziel der Arbeit ist es, zu analysieren, in welchem Ausmaß österreichische Nationalratsabgeordnete gendergerechte Sprache verwenden, welche Genderformen bevorzugt eingesetzt werden und ob sich Unterschiede hinsichtlich Parteizugehörigkeit, Geschlecht der Abgeordneten sowie im zeitlichen Verlauf feststellen lassen. Methodisch basiert die Untersuchung primär auf quantitativen und ergänzend auf qualitativen Inhaltsanalysen ausgewählter Plenardebatten. Die Datengrundlage bilden stenographische Protokolle und ergänzend Videoaufzeichnungen von 15 zufällig ausgewählten Nationalratssitzungen im Zeitraum vom 23.10.2019 bis zum 23.10.2024. Die Redebeiträge wurden anhand eines standardisierten Codebuchs hinsichtlich der Verwendung gegenderter Substantive sowie verschiedener Formen geschlechtergerechter Sprache systematisch codiert und ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede im Genderverhalten zwischen den politischen Parteien sowie zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten. Insbesondere verwenden weibliche Abgeordnete häufiger gendergerechte Formen als ihre männlichen Kollegen. Darüber hinaus weisen die Ergebnisse auf parteispezifische Präferenzen hinsichtlich der verwendeten Genderformen hin. Insgesamt verdeutlicht die Analyse, dass sprachliche Praktiken im parlamentarischen Kontext nicht nur kommunikative Funktionen erfüllen, sondern auch Ausdruck politischer Positionierungen und gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse im Umgang mit Geschlecht und sprachlicher Repräsentation sind.